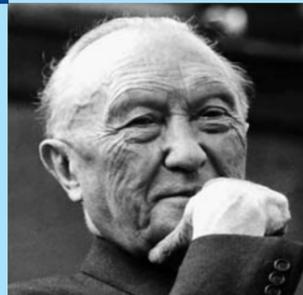


# Konrad Adenauer Stiftung





# Freundeskreis

## Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung trifft sich bei Studienreisen und Veranstaltungen im In- und Ausland

Rund 1.500 Förderer im In- und Ausland gehören inzwischen dem Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung an, der im November 2004 sein fünfjähriges Bestehen feierte.

Auch im Berichtsjahr nahm der Freundeskreis an vielen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung teil und bereicherte diese durch großes Interesse und sachkundige Beiträge außerordentlich. Seminare in Cadenabbia und Wendgräben/Berlin sowie eine Studienreise durch die drei baltischen Staaten stießen bei den Teilnehmern auf große Resonanz.

Der Freundeskreis unterstützt mit Hilfe seiner Mitglieder und Förderer die Stiftung dabei, die christlich-demokratischen Grundwerte in unserer Gesellschaft weiter zu entwickeln und zu stärken. Die Erziehung zur Demokratie, die jugendpolitische Bildungsarbeit und die Förderung begabter und sozial engagierter junger Menschen stehen im Vordergrund.

Die Förderer zahlen wahlweise einen Mindestbeitrag von 60 Euro oder einen höheren Beitrag. Sie stehen in regelmäßiger Kommunikation mit der Stiftung und erhalten kontinuierlich aktuelle Informationen über Schwerpunkte der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, über wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen und natürlich über den Freundeskreis.

Wenn die Arbeit der Stiftung auf dem heutigen hohen Niveau auch in Zukunft weitergeführt werden soll, erfordert dies auf allen Ebenen Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement. Begabtenförderung und politische Bildung sind heute wichtiger als je zuvor. Das Netzwerk eines Freundes- und Fördererkreises der Stiftung ist eine notwendige Grundlage zur Gestaltung der Zukunft, zur Sicherung der Demokratie und zum Erhalt der sozialen Gerechtigkeit. Gemeinsam mit ihren Partnern und Freunden wird die Konrad-Adenauer-Stiftung auch zukünftig ihren Auftrag erfüllen.

## Impressum

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Kommunikation und Medien  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: 0 22 41/ 2 46-0  
Telefax: 0 22 41/2 46-5 91

Tiergartenstraße 35  
10785 Berlin  
Telefon: 0 30/2 69 96-0  
Telefax: 0 30/2 69 96-261  
E-Mail: [redaktion@kas.de](mailto:redaktion@kas.de)

### Redaktion

Walter Bajohr, Elisabeth Enders

### Durchführende Agentur

MEDIA CONSULTA  
Deutschland GmbH, Köln/Berlin  
Hildeboldplatz 15-17  
50672 Köln  
Telefon: 0221/35 00-0  
Fax: 0221/35 00-350

### Art Direktion

Hans-Dieter Großjohann, Daniel Kirschner

### Projektkoordination

Constanze Kusch-Plewe

### Produktion

Thomas Ahlrichs

### Druck

DRUCKREIF

Printed in Germany 2004



## Liebe Leserin, lieber Leser,

wer eine kurze Formel für Sinn, Zweck und Vielfalt unserer Arbeit sucht, wird sie am ehesten in diesen Worten finden: Dienst an der Demokratie. Auch durch den Jahresbericht 2004 zieht sich diese Formel wie ein roter Faden. Ob politische Bildung, Begabtenförderung, historische Forschung, internationale Zusammenarbeit oder politische Analyse und Beratung – immer steht im Vordergrund das Bemühen, auf christlich-demokratischer Grundlage Demokratie zu fördern, zu stabilisieren und für die Zukunft wetterfest zu machen.

Das ist beileibe nicht nur eine Aufgabe für die internationale Entwicklungspolitik. Auch in Deutschland bedarf eine stabile Demokratie trotz aller Verwurzelung immer wieder der Vergewisserung ihrer Grundlagen und der sie flankierenden Ordnungsprinzipien. Obwohl punktuelle Wahlerfolge extremer Parteien noch lange keine Gefährdung der demokratischen Fundamente bedeuten, ist die Existenz eines vagabundierenden Protestes, der sich mal hier und mal da festmachen kann, stets auch ein Symptom für eine Mangelerscheinung im Organismus unseres Gemeinwesens. Dazu gehört sicher eine spürbare Verständnisbarriere zwischen Politik und Bevölkerung. Dazu gehört auch das Absinken der Bildungsstandards. Und schließlich sind Arbeitslosigkeit und soziale Ängste, vor allem in der Kombination aller dieser Faktoren, immer ein dankbarer Nährboden für vermeintlich einfache Wahrheiten.

Aber auch längerfristige Entwicklungen wirken sich aus. Der Zusammenhang zwischen Demographie und abnehmender Risiko- und Innovationsbereitschaft ist ein zentrales Problem bei den Bemühungen um eine Auflösung des sogenannten Reformstaus. Und ob sinkende Wahlbeteiligungen ein Ausweis demokratischer Reife sind oder doch eher ein sich ausbreitendes Phlegma signalisieren, das einer Mischung aus Entpolitisierung und zunehmendem Vertrauensschwund in die Kraft politischer Gestaltung entspringt, ist jedenfalls keine nebensächliche Frage.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung können und dürfen diese Dinge nicht gleichgültig sein. Was hält die Gesellschaft zusammen? Wie viel emotionale Bindung ist erforderlich, um Belastungen bei tiefgreifenden Reformen erträglich zu machen? Unser Plädoyer für einen modernen, aufgeklärten Patriotismus, unser stetiges Bemühen um einen inhaltlich definierten Bildungskanon, die Förderung von werte- und verantwortungsbewussten Nachwuchseliten und die Suche nach Lösungen bei immer komplexer werdenden Problemstellungen wie Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt, Migration und Integration sowie interreligiöser Dialog beschreiben nur einen Ausschnitt aus dem Spektrum dieser Herausforderungen.

Die interne Vernetzung bei den die einzelnen Hauptabteilungen übergreifenden Themen ist deutlich verbessert worden. Sicherheits-, Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verschmelzen immer mehr zu einer Einheit. Viele Sachgrundlagen für die internationale Arbeit werden inhaltlich von der Hauptabteilung Politik und Beratung mit vorbereitet. Umgekehrt fließt der große Schatz an Wissen in den weit über 70 Auslandsbüros der Stiftung verstärkt zurück in unsere nationale Arbeit. Durch

den Aufbau spezieller elektronischer Verteiler werden Medien, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft jeweils schnell und aktuell mit Informationen und Berichten aus dem Ausland versorgt.

Die Nutzung von Wissensressourcen insbesondere aus dem Bereich der Altstipendiaten und Vertrauensdozenten wird systematisch ausgebaut. Die dadurch entstehenden Netzwerke lassen sich in vielfältiger Form sowohl für die nationale wie für die internationale Arbeit einsetzen. Ein Beispiel dafür ist die Medienarbeit der Stiftung, der im Kapitel Schwerpunkte dieses Jahresberichts ein eigener Beitrag gewidmet ist. Auch hier ist die konstitutive Bedeutung von freien Medien und gut ausgebildeten, verantwortungsbewussten Journalisten für stabile demokratische Strukturen Richtschnur unseres weltweiten Engagements.

Dieser Jahresbericht kann wie in den vergangenen Jahren nicht alle Aktivitäten der Stiftung angemessen würdigen. Eine Auswahl soll vielmehr ein möglichst repräsentatives Bild unserer Arbeit zeichnen. Dahinter stehen Menschen, ohne deren Einsatz und Engagement die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr hohes Ansehen nicht würde erhalten und ihren Auftrag nicht würde erfüllen können. Der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland wiegt um so schwerer, als die Bedingungen für ihre Arbeit nicht leichter geworden sind.

Oft ist es schon das Wissen darum, in einer schwierigen Lage ein Schiff an allen Fährnissen vorbei auf Kurs gehalten zu haben, das einen zufrieden zurückblicken lässt. 2004 war für die Stiftung kein einfaches Jahr. Das Zusammentreffen von öffentlichen Sparmaßnahmen und die mit Verzögerung wirksam werdende Veränderung des Zuwendungsschlüssels für politische Stiftungen, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung besonders hart trifft, erzwang eine kritische Überprüfung aller Arbeitsbereiche. Das Erschließen von Effizienzpotenzialen, die bei abnehmenden Mittelzuflüssen dennoch die Breite der Arbeit sicherstellen sollen, bleibt weiter auf der Tagesordnung.

Immer häufiger ist die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Erfüllung bestimmter Aufgaben oder Projekte auf die Mithilfe von Sponsoren und Spendern angewiesen. Trotz ermutigender Erfolge im Berichtsjahr wird die Stiftung ihre Anstrengungen im Bereich der privaten Finanzierung weiter erhöhen. Unser besonderer Dank gilt deshalb allen Freunden, Förderern und Partnern, die unsere Arbeit ideell und materiell unterstützt haben.

Von Montesquieu stammt der Satz, man müsse Zustimmung für seine Arbeit suchen, nicht Beifall. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat 2004 erneut viel Zustimmung erfahren. Das macht uns Mut, in unserem weltweiten Engagement nicht nachzulassen. Wir hoffen und wünschen, dass dieser Jahresbericht zu der Überzeugung beiträgt, dass es sich auch künftig lohnt, die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu unterstützen.

Sankt Augustin / Berlin, im März 2005

Bernhard Vogel

Wilhelm Staudacher



zwei Gedanken spielen

Fangen



# Highlights



# Preise

## 2004

### Die Stiftung zeichnet aus

Mit drei Preisen honoriert die Stiftung jedes Jahr hervorragende Leistungen von Menschen, die sich im Sinne der von der Konrad-Adenauer-Stiftung vertretenen Ideale durch Originalität und die Leidenschaft für ihre Profession ausgezeichnet haben.

Der Lokaljournalistenpreis, der 2004 zum 24. Mal verliehen wurde, zählt längst zu den angesehensten seiner Art in Deutschland. Etwa 400 Bewerbungen von Zeitungen und Journalisten beweisen, wie begehrt dieser „Oscar“ unter den zahlreichen Medienpreisen ist.

Der Literaturpreis, den die Stiftung 1993 zum ersten Mal auslobte, entwickelte sich rasch zu einer festen Größe im literarischen Leben Deutschlands. Die Auszeichnung ehrt Autoren, die der Freiheit das Wort geben.

Mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft zeichnet die Stiftung seit 2002 Persönlichkeiten aus, die sich um Stärkung und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft verdient gemacht haben.

# Freiheit in Seelen und Ländern

## Literaturpreis 2004 für Herta Müller

Am 16. Mai 2004 erhielt die 1987 aus der Ceaucescu-Diktatur nach Deutschland geflohene Autorin Herta Müller in Weimar den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung. Diktatur und Tätergeneration der Eltern, Aufbruch nationaler Minderheiten in Osteuropa, Sprache und Politik, Verteidigung des Grundwerts der Freiheit: Das sind die Themen, um die die Werke der 1953 in Nitzkydorf/Rumänien geborenen Autorin beharrlich kreisen. In ihren Romanen und Essays habe Herta Müller – so die Begründung der Vorsitzenden der Jury, Professor Birgit Lermen (Universität zu Köln) – protestiert gegen verordnetes Denken und entmündigtes Sprechen. Ihre Essays dokumentieren die politischen und historischen Bedingungen ihres Schreibens und ihre kritischen Reflexionen über das gesprochene Wort: „Sprache war und ist nirgends und zu keiner Zeit ein unpolitisches Gehege, denn sie läßt sich von dem, was Einer mit dem Anderen tut, nicht trennen.“ Ihre Romane beschreiben die Kindheit als Schule der Angst, in der die Schrecken der Diktatur ihre Urszene haben.

In seiner Laudatio führte Joachim Gauck, Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, aus: „Herta Müller hat dem Dunkel des Ostens viele Melodien abgelauscht. Die dissonanten fallen uns schwer auf die Seele, weil sie an das Geräusch der Ketten erinnern, die uns gebunden hatten. Aber die unterschiedlichen Melodien ergeben doch ein Ganzes, dessen Botschaft klar ist [...]. Die Totenklage über die Zerstörten beschwört das Lebensrecht und die Würde aller Bedrohten. Die Menschen haben eine Wahl, das macht sie zu etwas Besonderem. Ohnmacht ist wandelbar – und Freiheit kann und wird in Seelen wie Länder Einzug halten.“

Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Bernhard Vogel, betonte in seinem Grußwort die europäische Dimension von Herta Müllers Werken: „Inmitten des Prozesses des zusammenwachsenden Europas dokumentiert sie, dass Europas Zukunft auch und besonders in der Herkunft liegt: im Wachhalten des osteuropäischen Geschichtsgedächtnisses.“

### Literaturpreisträgerin 2004

Herta Müller und Prof. Bernhard Vogel



# Deutscher Lokaljournalistenpreis

Es waren wieder mehrere hundert Einsendungen, aus denen die Jury die Preisträger für Veröffentlichungen des Jahres 2003 herausfiltern musste. Die Entscheidung fiel knapp aus: Der 1. Preis ging an den Trierischen Volksfreund für eine Serie über humane Sterbebegleitung. „Da-Sein – Würdiges Leben bis zuletzt“, so der Serientitel, griff ein sperriges Thema ebenso sensibel wie engagiert auf. Menschlich bewegend, nie peinlich – und erfolgreich: Die Leser spendeten über 350.000 Euro für die Einrichtung eines Sterbe-Hospizes. Langer Tradition folgend fand der Festakt am Ort des ersten Preisträgers, diesmal also in Trier in der antiken Kulisse der Viehmarktthermen statt. Laudator Wolfgang Schäuble MdB würdigte in seiner Festrede vor allem die oft unterschätzte Funktion der Lokaljournalisten: Sie arbeiten an den Wurzeln unseres Gemeinwesens, sie machen das Allgemeine im Konkreten erfahrbar, und deshalb sind sie unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Strukturen. Den 2. Preis erhielt der Berliner Tagesspiegel für die Serie „Wie retten wir Berlin?“. Die Süddeutsche Zeitung gewann den 3. Preis mit einer Artikelfolge über das heikle Thema „Entmietung“. Sonderpreise erhielten die Bremer Nachrichten, die NRZ Essen, der Oeffentliche Anzeiger Bad Kreuz-



Laudator Wolfgang Schäuble im Kreis der Preisträger. Links KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher.

nach, die Mainpost (Lokalredaktion Kitzingen) und die Märkische Allgemeine. Es war die 24. Preisverleihung. 2005 feiert der Deutsche Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung sein Silberjubiläum.

# Ökonomischen Gewinn in den Dienst der Gesellschaft stellen

## Preis Soziale Marktwirtschaft 2004 für Helmut Maucher

**Mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft ehrte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 18. November 2004 in der Frankfurter Paulskirche den langjährigen Konzernchef der Nestlé S.A., Helmut Maucher.** „Ohne ethische und soziale Verantwortung zu übernehmen, können Unternehmen auf lange Sicht nicht überleben.“ Mit dieser Überzeugung machte Helmut Maucher Nestlé zum größten Nahrungsmittelkonzern der Welt und hat in beispielhafter Art und Weise großen unternehmerischen Erfolg mit vorbildlichem sozialem Engagement verknüpft.

In der Begründung der Jury heißt es: „Mit einem einzigartigen Gespür für neue Märkte und Produkte von morgen, mit der ausgeprägten Überzeugung, dass wirtschaftlicher Erfolg nur von Dauer ist, wenn soziale und ethische Verantwortung in der Unternehmensführung gelebt werden, ist es Dr. Helmut Maucher gelungen, den größten Nahrungsmittelhersteller der Welt aufzubauen. Seine Persönlichkeit ist geprägt durch seine Weltoffenheit und Heimatverbundenheit, aber ebenso durch seine Bereitschaft, auch Unbequemes offen auszusprechen.“

Dr. Helmut Maucher ist eine Leitfigur für den unternehmerisch handelnden Manager, der dauerhafte Erfolge für alle am Unternehmen Beteiligten schafft – für die Mitarbeiter, die Kunden und die Aktionäre. Damit hat Dr. Helmut Maucher auch auf behutsame, aber stetige Art ökonomischen Gewinn in den Dienst der Gesellschaft gestellt.“ Über die Interessen seines eigenen Unternehmens hinaus hat sich Maucher in Verbänden und in der allgemeinen Öffentlichkeit engagiert.

Prof. Bernhard Vogel und der Vorsitzende der Jury, Jens Odewald, überreichten den Preis vor tausend Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In seiner Laudatio hob der Aufsichtsrats-

vorsitzenden der BASF AG, Jürgen Strube, hervor, dass soziale Verantwortung zu übernehmen für Maucher nicht schmückendes Beiwerk, sondern elementarer Bestandteil seines Begriffs von Unternehmertum sei.

Der Preis würdigt Prinzipien und Werte der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Konrad Adenauer und Ludwig Erhardt durchgesetzt und ausgestaltet wurden. Soziale Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftstheorie: Sie stellt den Menschen, sein Engagement und seine Initiative in den Mittelpunkt. Die Preisträger sind Vorbild und ihr Handeln gibt Mut, die Soziale Marktwirtschaft mit Leben zu erfüllen.

**Das Ehepaar Maucher (rechts) mit der Urkunde, die von Prof. Bernhard Vogel und dem Juryvorsitzenden Jens Odewald (von links) überreicht worden war .**



# Widerstand in der Diktatur

Am 20. Juli 2004, dem 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler, gedachte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Veranstaltung in Berlin des Widerstands gegen die NS-Diktatur. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel würdigte in ihrer Ansprache die Männer des 20. Juli 1944 für ihr „mutiges, aber gescheitertes Vorhaben, für den moralischen Selbstbehauptungswillen und die aufrechte Verteidigung der Menschenwürde“. Aus der Aussage Henning von Tresckows, „der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben zu geben“, leitete sie die Aufgabe, ja die Pflicht jedes Einzelnen ab, Widerstand zu leisten gegen ein verbrecherisches Regime. Die Bedeutung des 20. Juli liege auch darin, sich auf die Wurzeln des eigenen Handelns zurückzubedenken, sich an unveräußerlichen Grundwerten zu orientieren und aus innerer Über-

zeugung zu handeln. Zu den geistigen und politischen Wurzeln der CDU gehöre der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime: „Die CDU wurde in den Gefängnissen von Tegel gegründet (Eugen Gerstenmaier).“ Das Vermächtnis des 20. Juli bedeute für die heutige Generation, „dass wir an einem einigen und selbstbewussten Europa teilhaben, das bereit ist, in der Welt Verantwortung für die Freiheit zu übernehmen“.

An der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Intendant Ernst Elitz moderiert und vom Deutschlandradio live übertragen wurde, nahmen Staatsminister a. D. Prof. Hans Maier, Bundespräsident a. D. Richard von Weizsäcker und Prof. Richard Schröder teil. Erörtert wurden vor allem die Rahmenbedingungen des Widerstandes in einer totalitären Diktatur, die jede Art von „Dagegensein“ kriminalisierte und als Hoch- oder Landesverrat definierte; die Verführung der Bevölkerung durch den „Führermythos“, das

Ansehen Hitlers als erfolgreicher Staatsmann (Münchener Abkommen) und anfangs siegreicher Feldherr sowie die spürbare Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Als vorrangige Ziele der Widerstandskreise galten die antitotalitäre Frontstellung, die Wiederherstellung des Rechts, eine sozial ausgewogene Marktwirtschaft und die europäische Einigung.

Zugleich wurde das von G. Buchstab, B. Kaff und H.-O. Kleinmann herausgegebene Buch „Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union“ (Herder Taschenbuch, 2004) vorgestellt (siehe auch Neuerscheinungen Seite 68). 60 Lebensbilder von Gründern und führenden Politikern der CDU und CSU in der Nachkriegszeit, von Konrad Adenauer bis Yorck von Wartenburg, beschreiben „sehr persönliche Lebensentscheidungen, sich einem brutalen Herrschaftsapparat zu verweigern und der völligen Entwertung aller humanistischen Traditionen mutig entgegenzutreten“. Das einende Band des politischen Handelns dieser Widerständler war der christliche Glaube und die Verpflichtung auf den christlichen Wertekanon und die christliche Sozialethik, auf die antitotalitäre Tradition und eine sozialverpflichtete Wirtschaftspolitik. Dieser dezidiert christliche Widerstand führte folgerichtig nach dem Untergang der Nazidiktatur zur Gründung der beiden C-Parteien. Das Buch räumt nicht nur mit der Legende auf, die Union sei nach dem Krieg ein Sammelbecken alter Nazis und ihrer Mitläufer gewesen; es grenzt auch den eigenständigen christlich-demokratischen Widerstand gegenüber der „bürgerlichen Opposition“ ab und erinnert an das große Erbe der geistig-politischen Vorgeschichte der Union.



Josef Wimmer



Bernhard Letterhaus



Theodor Steltzer



Eugen Gerstenmaier



Helene Rothländer



Constantin von Dietze



Eugen Bolz



Robert Lehr

BETRIFFT: EHEMALIGE LANDTAGS- UND REICHSTAGSABGEORDNETE  
DER ZENTRUMSPARTEI, DER BVP BEZW. DER CHRISTLICH-  
SOZIALEN VOLKSPARTEI; —  
BEZUG: FS- DES CHEFS DER SIPO UND DER SD VOM 30.7.44  
— ERSUCHE UM SOFORTIGEN AUSFUEHRLICHEN BERICHT IN  
DOPPELTER AUSFERTIGUNG UEBER DIE IM ZUGE DER AKTION  
FESTGENOMMENEN PERSONEN; GLEICHZEITIG IST EINGEHENDE  
POLITISCHE BEURTEILUNG VOR UND NACH 1933 BEIZUFUEGEN.  
— RSHA — ROEM. 4 A 4 KL. A — K — SOND —



Andreas Hermes



Jakob Kaiser



Mina Amann



Hans Wölfel

# Erinnerung an zwei große Europäer

## Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer stellten Weichen in die Zukunft

Den 50. Todestag Alcide De Gasperis am 19. August 2004 haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Fondazione Alcide De Gasperi zum Anlass genommen, mit einer Ausstellung und mehreren Veranstaltungen an das Erbe der Gründerväter der Europäischen Union zu erinnern. Höhepunkt war ein Festakt im Gebäude des Bundesrates, in dessen Verlauf der Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident Dieter Althaus, der Außenminister der Republik Italien, Franco Frattini, der Präsident des Italienischen Senates, Prof. Marcello Pera, und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, aus verschiedenen Perspektiven die politischen Leistungen De Gasperis und Adenauers und deren Wirkung bis in die aktuelle Politik würdigten.

Die Ausstellung „De Gasperi und Adenauer – Gründungsväter Europas“ zeigte die Verdienste Alcide De Gasperis um Europa und die deutsch-italienischen Beziehungen. Vor allem aber vermittelte sie – dank zahlreicher Exponate, die die Familie De Gasperi zur Verfügung gestellt hatte – einen Eindruck von der Persönlichkeit Alcide De Gasperis. Interessant ist die große Parallelität in den Lebensläufen, in den Überzeugungen und den daraus resultierenden politischen Zielen und Taten der beiden Politiker. Sie haben

unter dem Eindruck ideologischer Verblendung, von Terror und Zerstörung durch Krieg, dem Projekt der Einigung Europas nicht nur konkrete Gestalt gegeben, sondern ihm durch ihre Erfahrung, ihre Weitsicht und ihr Beispiel auch eine ethische Dimension verliehen. Es ging ihnen um Frieden und Gerechtigkeit, um Solidarität und Freiheit – innerhalb der Länder, für die sie verantwortlich waren, und zwischen den Völkern und deren Nachbarn.

Zur Eröffnung der Ausstellung Mitte August 2004 in der Akademie der Stiftung in Berlin beschrieben der Direktor des Italienischen Kulturinstitutes in Berlin und Mitinitiator, Prof. Renato Cristin, der Vorsitzende der Italienischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte, Prof. Vincenzo Cappelletti, sowie der Generalsekretär der Fondazione Alcide De Gasperi, Armando Tarullo, die Stationen der deutsch-italienisch-europäischen Beziehungen. Bei der Finissage der Ausstellung ließen Mitglieder der Familien De Gasperi und Adenauer persönliche Erinnerungen an die beiden Staatsmänner und ihre Begegnungen aufleben. Die Präsidenten der Stiftungen, Prof. Bernhard Vogel und Giulio Andreotti, würdigten die Staatsmänner aus der Stiftungsarbeit heraus. Zur Ausstellung ist ein aufwendig gestalteter Katalog erschienen.

## 15 Jahre Fall der Mauer – ein öffentliches Nachdenken

Am 9. November 2004 jährte sich zum 15. Mal der Fall der Mauer in Berlin. Die spontane Öffnung der DDR-Grenze leitete das rasche Ende des SED-Regimes ein und ermöglichte dadurch die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nach 40 Jahren der Teilung. Das Ereignis ist nicht nur historisch betrachtet ein zentrales Datum der jüngeren deutschen Geschichte, sondern wirft zugleich die Frage auf, wie in den Jahren danach mit dieser Chance umgegangen worden ist.

In einer Kooperationsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und des Info-Radios Berlin sowie mit Unterstützung des Deutschen Rundfunkarchivs fand im November 2004 ein öffentliches Nachdenken von Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl und der ehemaligen Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley an historischem Ort statt: dem Tränenpalast am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin – allen ehemaligen DDR-Reisenden als Grenzübergang und Schauplatz tränenreicher Abschiede wohl bekannt.

Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, betonte in seiner Einführung, dass die Erinnerung an die Opfer des SED-Regimes nicht nachlassen dürfe, und unterstrich die Wichtigkeit einer zeitgemäßen Form der Erinnerungsarbeit vor allem für die jüngere Generation. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in der DDR aufgewachsen, gewährte in ihrer Einführung sehr persönliche Einblicke in ihr Leben hinter dem Eisernen Vorhang.

Zwei der wichtigsten Akteure beim Mauerfall, die ostdeutsche Bürgerrechtlerin und der damalige Bundeskanzler, berichteten anschließend aus erster Hand über die damaligen politischen Vorgänge. Im Gespräch reflektierten sie zugleich ihre eigene Rolle und legten Rechenschaft darüber ab, wie sie heute über die nachfolgende Entwicklung denken. Von beiden wurde nochmals das Tempo der Entwicklungen als ein entscheidender Faktor für das politische Handeln benannt. Bilanzierend wurde gefragt, wie der Stand der deutschen Einheit aus heutiger Perspektive zu bewerten ist. Was hätte man besser oder anders machen können? Haben die Deutschen die unerwartete Chance vom Herbst 1989 wirklich richtig genutzt? Und warum ist die Euphorie des Novembers so schnell wieder verfliegen?

Helmut Kohl und Bärbel Bohley merkten selbstkritisch an, dass Fehler gemacht worden seien, zum Teil aus Unkenntnis der wirklichen Zustände in der DDR, zum Teil aus mangelnder Erfahrung, wie man in solch einer historisch einmaligen Situation richtig handelt. Man wollte die Bürger der DDR nicht entmutigen und als Deutsche zweiter Klasse behandeln. Die Zeit drängte, und es musste permanent in komplizierten Fragen entschieden werden. In einem waren sich Kohl und Bohley allerdings völlig einig: Das wiedervereinigte Deutschland ist ein so vielfältiges, kulturell interessantes und reiches Land mit enorm vielen Chancen und Möglichkeiten, dass trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten kein Grund zur Resignation besteht.



# Election-Party im Schloss

## Die lange Nacht der amerikanischen Präsidentenwahl

**Große Wahlparty in Eichholz:** ein nicht zu erwartender Erfolg. Rund 600 interessierte Bürgerinnen und Bürger kamen am 2. November zur amerikanischen Wahlnacht in das Bildungszentrum Eichholz. Das im Vorfeld der Wahlen sich abzeichnende große Interesse der Medien wie auch der Öffentlichkeit an den Wahlen in den USA hatte zu dem Angebot „Politische Bildung – einmal anders“ geführt. Kein Seminar, kein Kolloquium, keine Abendveranstaltung, nein: Party – Wahlparty unter dem Motto „Bush oder Kerry?“ sollte es sein, denn „Politische Bildung braucht neue Wege“.

Mit von der Partie waren u.a. das Amerikahaus in Köln sowie entsprechende Institute der Universitäten Köln und Bonn und die Deutsch-Atlantische Gesellschaft. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Universitäten war es selbstverständlich, dass die mit der Thematik befassten Professoren für die inhaltlichen Teile eingebunden werden konnten. Gerade die Verbindung zu den Universitäten und zum Amerikahaus brachten der Veranstaltung große Popularität auf unterschiedliche Weise ein: Das Amerikahaus wies die regionalen Medien immer wieder auf die KAS-Veranstaltung hin, so dass eine überdurchschnittliche Medienpräsenz erreicht werden konnte; die Einbindung der Universitäten hatte zur Folge, dass viele Studenten und Studentinnen den Weg nach Eichholz fanden. Viele von denen, die an diesem Abend Eichholz kennen lernten, hatten zuvor noch keinen Kontakt zur Stiftung.

Mit ausschlaggebend für die Mitwirkung der verschiedenen Institutionen war auch, dass die KAS im Vorfeld schon amerikanische Gäste eingeladen hatte, so dass allen Interessierten ein „Get Together“ mit amerikanischen Gästen zugesagt werden konnte. Es handelte sich dabei unter anderem um Studenten der University of Norfolk, Fulbright-Stipendiatinnen und eine Studentengruppe der Academy for International Studies von der University of Los Angeles.

Der hohe Anteil junger Menschen prägte das Gesicht des Abends und der Nacht. Eröffnet wurde die Wahlnacht vom stellvertretenden Generalsekretär der Stiftung, Christoph Kannengießer. Im Anschluss gab es Gelegenheit, sich entweder über die Verfolgung der Fernsehduelle Bush/Kerry oder aber über den Film „Wag the

Dog“ auf die weiteren Ereignisse der Nacht einzustimmen. In den Gängen und Hörsälen sowie im Speisesaal waren insgesamt sieben Übertragungsstätten eingerichtet, so dass sich die Anwesenden gut verteilen konnten. Am späten Abend fand im zentralen Raum eine Expertendiskussion zur amerikanischen Politik statt. Kurz vor Beginn der Wahlberichterstattung erleichterte eine Einführung in das amerikanische Wahlrecht und Wahlsystem allen Teilnehmern eine rasche Einordnung der Fernsehberichte und Zwischenergebnisse.

Ab dem frühen Morgen stand dann die Verfolgung der Wahlentscheidung im Mittelpunkt, auf unterschiedlichen Kanälen in Deutsch und Englisch. Jeder hatte die Möglichkeit, sich „seinen“ Sender auszusuchen und Vergleiche anzustellen. Die Gelegenheit, nicht nur die Wahlen zu verfolgen, sondern gleichzeitig Ergebnisse und aktuelle Politik mit Amerikanern und Deutschen zu diskutieren, war letztlich der Schlüssel zum Erfolg. Insgesamt wurde in vier Fernsehsendungen und auf drei Radiosendern über das Ereignis in Eichholz mit Live-Schaltungen bis in die frühen Morgenstunden berichtet. Die US-Wahlparty fand in der gesamten regionalen Presse ein ungewöhnlich großes Echo.

**Live in Hörfunk und TV (unten). Christoph Kannengießer (oben links) im Kreise amerikanischer Gäste.**



# Ausverkauft!

## Poetische Erzählbilder von Rebecca Raue

Mit Werken von Rebecca Raue, Meisterschülerin von Rebecca Horn, beschloss die Stiftung ihren Ausstellungszyklus 2004. Die junge Künstlerin stellte zwanzig Exponate vor, die unter dem Titel „zuhause ist für die meisten Menschen sehr weit weg“ kongenial Malerei und Text verbinden. Die Arbeiten, die gesehen und gelesen werden wollen, thematisieren das Sujet der Identitätsfindung.

Die Erzählbilder verwandelten die Stiftung in ein begehrtes Märchenbuch. „Wenn die Elefanten reisen / Komm ich mit“ – dieser kindliche Wunsch war der Ausgangspunkt der ebenso poetischen wie malerischen Reise einer Künstlerin zu sich selbst; und einer Reise, auf die sich 500 Vernissagengäste am 2. Dezember 2004 gerne mitnehmen ließen. Am Ende stand die Erkenntnis, die auch das Motto der Ausstellung formulierte: Zuhause ist für die meisten Menschen sehr weit weg. Nähe schafft Distanz, Distanz schafft Nähe.

Rebecca Raue trifft mit ihren Arbeiten auf eine allgemeine Gemütslage, die sich durch das Verlangen nach emotionaler Ansprache und der Suche nach Werten definiert. Es zeichnet die junge Künstlerin aus, dass sie diesem Bedürfnis nicht mit gefühlsduse-



ligem Kitsch, sondern mit intellektuell reifen Reflektionen und künstlerischer Souveränität entspricht. „Ein expressives, zartes Künstler-Selbst kommt zum Vorschein, das stets zwei Welten denkt – davor und danach, heute und morgen, lieb und böse“, schrieb der Tagesspiegel.

Die erste große Soloschau von Rebecca Raue endete mit einem sensationellen Ausverkauf der ausgestellten Werke. Die Resonanz beim Publikum war so bemerkenswert, dass die Ausstellung bis zum 19. Januar 2005 verlängert wurde.

# Föderalismusreform – jetzt erst recht

## Die Stiftungsallianz Bürgernaher Bundesstaat als Motor der Diskussion

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Ende 2003 unter dem Titel „Mehr Effizienz und Transparenz im föderalen Staat“ ein zukunftsorientiertes Konzept zur Föderalismusreform vorgelegt, das eine am Bürger orientierte, grundlegende Reform skizziert. Neben einer breiten Rezeption des Papiers in den Medien wurden Einzelaspekte in mehreren Expertengesprächen vertieft, die teilweise zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt wurden.

Die Föderalismusreformdiskussion in Deutschland hat unter maßgeblicher Beteiligung der KAS auf zivilgesellschaftlicher Ebene mit dem Zusammenschluss von acht renommierten Stiftungen zur „Stiftungsallianz Bürgernaher Bundesstaat“ eine neue Dimension gewonnen. Unter dem Motto „Handlungsfähiger Föderalismus erfordert mutige Reformschritte“ begleitete die Stiftungsallianz die politische Debatte als Impulsgeber und zivilgesellschaftliches Forum. Sie ist 2004 mit vier Kongressen in Erscheinung getreten.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte standen Maßnahmen, welche die Arbeit der Bundesstaatskommission kritisch begleitet haben. Eine Veranstaltung in Frankfurt/Main zum Thema „Föderalismus wagen“, die zusammen mit dem BDI, der Hanns-Seidel-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung durchgeführt wurde, war mit den Referenten Rogowski, Bernhard Vogel, Rüdiger Pohl, Staatsminister Weimar und Ursula Männle hochrangig besetzt. Ebenso eine Fachtagung, die u.a. mit dem Bundesverband Deutscher Banken am 25. November in Berlin durchgeführt wurde. Thema: „Fit für Europa? Zur Europafähigkeit Deutschlands vor dem Hintergrund der Föderalismusreform und der EU-Verfassung.“

Die KAS ist mit der Bertelsmann-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Hanns-Seidel-Stiftung und der Stiftung Markt-

wirtschaft an der Schriftenreihe „Forum Föderalismus 2004“ beteiligt, die bislang vier Publikationen zu den Themen „Fiskalischer Föderalismus in der Schweiz“, „Bürgergesellschaft und Bundesstaat“, „Föderalismusreform in Deutschland. Ein Leitfadens zur aktuellen Diskussion und zur Arbeit der Bundesstaatskommission“ und „Bildungspolitik im föderativen System und internationaler Einfluss“ herausgegeben hat.

Die Studien zu Föderalismus und Dezentralisierung in Europa wurden in der Reihe „Zukunftsforum Politik“ unter dem Titel „Föderalismus in Europa III“ mit Beiträgen zu Frankreich, Italien, Polen und Ungarn abgeschlossen.

**Trotz des vorläufigen Scheiterns der Reformbemühungen auf politischer Ebene Ende 2004 bleibt das Thema auf der Tagesordnung. Auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung.**





## Auf die Eliten kommt es an

**Die Elitenförderung in Deutschland** war ein lange tabuisiertes Thema. OECD-Studien über den Bildungsstand in Deutschland hoben den niedrigen Anteil an Hochschulabsolventen sowie besonders den Mangel an Eliten hervor und gaben damit der Diskussion neue Impulse. Nicht erst seitdem ist der Konrad-Adenauer-Stiftung die Förderung von besonders begabten jungen Menschen ein wichtiges Anliegen. Die argumentative und praktische Förderung nationaler wie internationaler Nachwuchseliten steht im Fokus der Arbeit der Begabtenförderung.

Unter dem Titel „Konjunktur der Köpfe“ nehmen sich die Herausgeber Oscar W. Gabriel, Beate Neuss und Günther Rütter argumentativ des Elitenthemas an. Die 28 Einzelbeiträge namhafter Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dokumentieren die facettenreiche Neuentdeckung und Zukunftsperspektive der Elite in Deutschland. Jahrzehnte war es verpönt, von ihr zu sprechen und sich zu ihr zu bekennen; zu stark wirkte das Versagen – insbesondere der politischen Eliten – in den großen Zeitenwenden des 20. Jahrhunderts nach. Elite wurde vielfach mit Machtmissbrauch und Arroganz gleichgesetzt und damit als Synonym für ein Fehlverhalten, das vielen Menschen Unglück brachte. Ein stark vom Prinzip der Gleichheit geprägtes Gesellschaftsbild hat zudem Eliten diskreditiert.

Im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat und zur Diktatur legitimiert sich die Elite in der Demokratie vor allem durch ihre soziale Verantwortung, durch ihre Verankerung in der Gesellschaft.

Daraus geht sie hervor, und ihr ist sie in letzter Konsequenz verantwortlich. Das gilt für die Politik, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Bildung und andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Die hier tätigen Teileliten entscheiden über Freiheit, Wohlstand und den sozialen Frieden der Bürger in Deutschland. Wenn hervorragendes Wissen die Grundlage dafür ist, dann braucht gerade die moderne Wissensgesellschaft Eliten, die diesen Roh-

stoff schaffen und erfolgreich einsetzen. Werden die Eliten ihrer besonderen Verantwortung gerecht? Haben sie aus Versagen gelernt? Was ist zu tun, um Eliten auszubilden? Auf die Elite kommt es an; ihr ist ungeteilte Aufmerksamkeit zu schenken.

**Der praxisnahen Förderung** hervorragend ausgebildeter deutscher Nachwuchskräfte, die als Funktions- und Führungseliten national, europa- und weltweit eingesetzt werden können, widmet sich innerhalb der Begabtenförderung die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung. Förderprojekte sind unter anderem seit 2001 Trainings zur Vorbereitung von jungen Altstipendiatinnen und Altstipendiaten auf die Concours der Europäischen Institutionen. Fachberater und Referenten der Trainings sind europäische Beamte, darunter hochrangige Alumni der Stiftung, und Personalberater aus der Wirtschaft. Ende 2002 wurden – in Zusammenarbeit mit den Außenstellen der Konrad-Adenauer-Stiftung – mit Blick auf die EU-Osterweiterung auch akademische Nachwuchskräfte aus den mittel- und osteuropäischen Ländern einbezogen. Bis Ende 2004 konnten in insgesamt 17 Concours-Trainings mehr als 1.000 deutsche und ausländische Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Concours vorbereitet werden. Von denjenigen, die anschließend teilnahmen, waren etwa sieben Prozent erfolgreich – angesichts der grundsätzlich geringen Erfolgsquote bei Concours ein hoher Prozentsatz.

Als weitere Einstiegshilfe für deutsche Nachwuchskräfte in internationale Berufe dient das Berufs-Kolleg für Internationale Politik. Dieses neue Talentförderprogramm, das von der Altana AG und The Boston Consulting Group finanziell gefördert wird, ist im Juli 2004 an den Start gegangen. Es wendet sich an leistungsstarke, ziel- und wertorientierte Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Fachrichtungen, die verantwortungsvolle Positionen in der internationalen Politik und Wirtschaft anstreben.

Ein Fachbeirat unter Vorsitz von Prof. Beate Neuss, der die inhaltliche Arbeit des Kollegs fördert, hat 29 Stipendiaten für den ersten Ausbildungsjahrgang 2004/2005 ausgewählt. Ein System aufeinander aufbauender Kurse vermittelt ihnen interdisziplinäres Fachwissen aus den Praxisfeldern der internationalen Politik und Wirtschaft.

Die Absolventen sind miteinander vernetzt und bilden in ihrer Gesamtheit einen Personalpool für Verwendungen in europäischen und internationalen Berufsfeldern.





# Schwerpunkt



# China

## Weltmacht im Werden

**In China, dem bevölkerungsreichsten Land der Erde, vollziehen sich umfassende Transformationen, mit denen tief greifende Änderungs- und Wandlungsprozesse einhergehen. Ihre Auswirkungen könnten zu einer dynamischen Verschiebung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und damit auch politischen Strukturen führen. Sie berühren darüber hinaus Chinas Stellung innerhalb der Region und seine Rolle in den internationalen Beziehungen.**

**Das Reich der Mitte** strebt zweifellos danach, wieder im Zentrum der Weltöffentlichkeit zu stehen. Dies manifestiert sich sowohl in wirtschaftlicher wie in außen- und innenpolitischer Hinsicht. Mit dem Beitritt zur WTO hat sich China auf die Internationalisierung seiner Wirtschaftsstrukturen und die Öffnung seiner Märkte festgelegt. Diese Entscheidung der chinesischen Regierung wird einerseits den Reformkurs stärken (und hat dies in den vergangenen Jahren bereits getan), andererseits wird dadurch der Druck auf Politik und Wirtschaft in China enorm zunehmen. Um in dieser Situation die gesellschaftliche Stabilität aufrecht zu erhalten, ist die Volksrepublik dringend auf Wachstum angewiesen. Keine der vielen Reform- und Restrukturierungsmaßnahmen konnten die Probleme der Staatsbetriebe lösen. Ihre wirtschaftliche Wertschöpfung ist fallend, sie weisen noch keine internationale Bedeutung auf.

Ähnlich wie in Russland wurde im Reformprozess nationales Vermögen in privaten Wohlstand (Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne) umgewandelt. Wachstum und Beschäftigung kann daher nur über den dynamisch sich entwickelnden Privatsektor kommen. Er umfasst mittlerweile die Hälfte der Wirtschaft. Vordringlich muss es daher sein, weitere Voraussetzungen auf allen Ebenen für die Entwicklung der Privatwirtschaft zu schaffen. Ganze Wirtschaftsbereiche (Telekommunikation, Energie und Transport) sind jedoch staatlich monopolisiert, und der Zugang zu Krediten ist für private Unternehmen nach wie vor weitgehend ausgeschlossen. Innerchinesischer Protektionismus und Unzulänglichkeiten des Rechtssystems sind ein großer Hemmschuh.

Neben diesen **schwierigen Problemen** stellt auch die weitere Entwicklung der Finanzmärkte für China eine zentrale Frage dar. Mittlerweile gibt es an den beiden Börsen Shanghai und Shenzhen bereits mehr als 40 Mio. Kleinanleger. Sollte es hier zu großen Verwerfungen kommen, würde dies enorme Konsequenzen für die Stabilität der Gesellschaft haben.

Ein weiteres signifikantes Problem der Wirtschaftstransformation ist die rasant wachsende Arbeitslosigkeit und ein nur rudimentär vorhandenes Sozialhilfesystem. Es weist nur ein niedriges Leistungsniveau auf. Insgesamt erbringt der Stand der Sozialversicherungen (Alter, Gesundheit, Arbeitslosigkeit) ernüchternde Ergebnisse. Es häufen sich die Berichte, nach denen Teile der staats-eigenen Betriebe Gehälter und Renten nur verspätet oder gar nicht mehr auszahlen. Die hohe Sparrate der Bevölkerung vor allem als Vorsorge für eine unsichere soziale Zukunft ist darauf die Antwort. Der jährliche Anstieg der urbanen Arbeitslosigkeit wird auf 4–7 Mio. pro Jahr geschätzt und beträgt in manchen Zentren bereits bis zu 30%. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in dieser Höhe ist nicht in Sicht. Landesweit steigt die Kriminalität stark an. Unmuts-äußerungen, Proteste und Demonstrationen vor allem in den Pro-



vinzen im Nordosten und Westen nehmen zu. Der weitere Auf- und Ausbau der Sozialsysteme, verbunden mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, ist daher von hoher Bedeutung für die innenpolitische Stabilität des Landes.

Die unbewältigten Strukturdefizite im Bereich der staatlichen Unternehmen, der staatlichen Finanzen und Banken, aber auch die zunehmende Migration sowie Alterung der chinesischen Gesellschaft machen weitere Umbaumaßnahmen an der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung erforderlich. Der ordnungspolitische Dialog ist deshalb ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Volksrepublik China. Im Mittelpunkt stehen die Arbeitsmarktpolitik sowie der Aufbau eines tragfähigen Sozialversicherungssystems. Gleichzeitig soll China bei der Umsetzung der WTO-Normen beraten werden.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Publikation des Lexikons 'Soziale Marktwirtschaft in chinesischer Sprache'. Mit diesem Gemeinschaftsprojekt des Shanghai Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem der bedeutenden wissenschaftlichen Verlage Chinas, der Fudan University Press, soll die große Nachfrage nach wirtschaftspolitischem Fachwissen aus Deutschland bedient werden. In dem ursprünglich im Auftrag der KAS beim UTB-Verlag auf Deutsch erschienenen Lexikon werden das Ordnungskonzept sowie die bedeutendsten Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft in knapp 190 Beiträgen umfassend und gut verständlich beschrieben.

Bereits zum vierten Mal in Folge führte die KAS in Zusammenarbeit mit dem Shanghai Institute for Foreign Trade ein hochrangig besetztes WTO-Forum durch zur kontinuierlichen Begleitung des Integrationsprozesses Chinas in die Welthandelsorganisation. Im Mittelpunkt standen die Entwicklungen des Finanz- und Dienstleistungssektors sowie Chinas Rolle in den Doha-Verhandlungen.

Die mit der rasanten **Wirtschaftsentwicklung** einhergehenden innenpolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen (Arbeitslosigkeit, zunehmende Einkommens- und Entwicklungsunterschiede) bergen ein hohes Konfliktpotenzial. Die Spannungen in der Gesellschaft und eine diffuse Unzufriedenheit sind aber auch durch einen Wandel der Wertevorstellungen vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erklären. Es fehlt bisher an Vermittlungsinstrumentarien zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Das hat auch die politische Führung der KP Chinas erkannt und unter der Überschrift „Gesellschaft des kleinen Wohlstands“ begonnen, sich mehr auf diejenigen zu konzentrieren, die durch die Reformen nicht profitiert, sondern eher verloren haben. Zumindest ist das Bewusstsein gewachsen, Jugendliche an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und die KP für eine neue Generation attraktiv zu halten.



Dieser Prozess des gesellschaftlichen Wandels ist auch stärker in den Fokus der KAS-Arbeit in China getreten. Mit einer international besetzten Fachtagung „Jugend und Gesellschaft im Wandel“ hat die Stiftung eine für die Volksrepublik China neuartige Thematik aufgegriffen. In Kooperation mit dem ZK der KP Chinas diskutierten junge deutsche Abgeordnete mit jüngeren chinesischen Politikern, Journalisten von Jugendzeitschriften sowie Wissenschaftlern über Globalisierungsprozesse und Jugendkulturen sowie das Verhältnis von Politik zur Jugend.

**Auch Chinas Außenpolitik** hat sich in den vergangenen Jahren sehr stark verändert. Legte die Volksrepublik zuvor sehr großen Wert auf ein Höchstmaß an Flexibilität in ihren Außenbeziehungen ohne langfristig bindende Verpflichtungen, so ist Peking heute zunehmend bereit, sich international zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Dies zeigt sich bei den Nordkorea-Gesprächen, bei denen die Volksrepublik die Rolle eines Organisators und Vermittlers übernommen hat. Die jüngsten Entwicklungen in Richtung einer Freihandelszone in Asien gehen auf einen Vorschlag zurück, den Chinas damaliger Ministerpräsident Zhu Rongji im November 2002 am Rande einer ASEAN Tagung machte. Im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), einem Gremium, das ursprünglich die Aufgabe hatte, den bei Zusammenbruch der Sowjetunion noch nicht abschließend geklärten Grenzverlauf zwischen China und den angrenzenden GUS-Staaten zu regeln, übernimmt die Volksrepublik heute eine zuvor nicht erwartete aktive Rolle. Im Rahmen der UNO entsendet die Volksrepublik mittlerweile auch Polizeitruppen sowie Beobachter in internationale Krisengebiete.

Gleichzeitig gibt es aber auch Faktoren, die destabilisierend auf die Region und darüber hinaus wirken können. Sicherlich wäre dies nicht im Interesse der chinesischen Führung, denn eine friedliche internationale Umgebung gilt als wichtige Bedingung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Dennoch gibt es Themen, die für China so elementar sind, dass Peking auch krisenhafte Entwicklungen in Kauf nehmen würde – so z.B. die Taiwanfrage.

Das außenpolitische Engagement der Führung dient einer friedlichen Entwicklung Chinas zur Großmacht. Sicherheitspolitische Kooperation, Multilateralität und regionale Zusammenarbeit sollen ein stabiles Umfeld für den inneren Aufbau des Landes gewährleisten. Diesen Fragen nimmt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihren außen- und sicherheitspolitischen Dialogveranstaltungen an. Dies ermöglicht es, neben der offiziellen Diplomatie zu einem vertieften Erfahrungs- und Informationsaustausch beizutragen und das gegenseitige Vertrauen zu stärken.



## Indien – in Chinas Schatten?

Die Anfang bis Mitte der neunziger Jahre eingeleitete wirtschaftliche Reformpolitik und die Abkehr vom sakrosankten indischen Sozialismus der Gandhi/Nehru-Ära hat zu einer umfassenden wirtschaftlichen Transformation geführt, die auch in den bislang festgefügtten gesamtgesellschaftlichen Strukturen große Veränderungen bewirkt und verstärkte Modernisierungsprozesse ausgelöst hat. Die Auswirkungen dieser Veränderungen könnten zu einer dynamischen Verschiebung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systems beitragen.

Trotz der gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritte und erkennbaren Erfolge bei der Armutsbekämpfung ist Indien bis heute ein ausgeprägtes Entwicklungsland geblieben. Seine wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede, seine gesellschaftlichen und regionalen Disparitäten haben sich noch nicht nachhaltig geändert. Dennoch blieb Indien als bevölkerungsreichste Demokratie der Welt trotz aller Spannungen und Probleme bemerkenswert stabil und bietet damit gute Rahmenbedingungen für weiteres wirtschaftliches Wachstum.

Außenpolitisch hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Indien ist regional und international aktiver geworden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatte sich Indien der Koalition zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus angeschlossen. Als zweitgrößte Regionalmacht neben China hat Indien auch weltpolitisch an Gewicht gewonnen und erfüllt, trotz vielfältiger eigener Probleme, die Funktion eines Stabilitätsankers für die Region. Dies wird auch deutlich im Bemühen, mit Pakistan einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund begann die Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien einen trilateralen Dialog mit führenden Vertretern aus Wissenschaft und Politik aus Indien, China und Deutschland. Bei diesem Zusammentreffen ging es neben den aktuellen strategischen Entwicklungen in Asien und Fragen der internationalen Abrüstung auch um die konkrete Fragestellung, wie der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus begegnet werden kann und welche Perspektiven sich durch die Auswirkungen der Anschläge vom 11. September 2001 und des Irakkriegs für die internationale Politik ergeben. Ein weiteres wichtiges Thema waren die trilateralen Beziehungen zwischen Indien, China und Deutschland/Europa.

Obwohl Indien bereits auf eine lange rechtsstaatliche Tradition blicken kann, müssen Rechtssystem und Rechtspraxis den veränderten Verhältnissen entsprechend weiterentwickelt werden. Im Vordergrund steht derzeit eine Reform der Verfassung, um die rechtspolitischen Grundlagen den neuen Herausforderungen anzupassen. Erstmals auf nationaler Ebene waren renommierte Wissenschaftler und Rechtspolitiker auf Einladung der KAS zusammengekommen, um mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Ernst Benda, die aktuellen Probleme bei der Fortführung der begonnenen Verfassungsreformen zu diskutieren. Damit konnte ein Prozess in Gang gesetzt werden, in dessen Verlauf konkrete Vorschläge für die notwendigen rechtspolitischen Entscheidungen erarbeitet werden sollen.



# Was die Gesellschaft zusammenhält

**Was für andere Nationen und Völker völlig normal ist, macht uns Deutschen nach den Verbrechen der Nationalsozialisten und der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs immer noch Bauchschmerzen. Dürfen wir stolz sein auf unser Vaterland? Und dürfen wir das auch zeigen? Oder ist das alles nur eine künstliche Debatte, weil die Menschen in Wahrheit längst viel weiter sind? Jedenfalls ist es an der Zeit, das Thema aus den alten Verkrampfungen zu lösen und positiv zu wenden. Ein Plädoyer für einen modernen Patriotismus.**

Verfemte Begriffe melden sich zurück, wenn die Zeit sie braucht, gestern „Elite“, heute „Patriotismus“ – gerade nach den Wahlergebnissen von 2004 in den neuen Ländern. Die Verwendung dieses Begriffs ist allerdings noch tastend: Bundespräsident Horst Köhler fühlt „Liebe“ zu seinem Land, Angela Merkel verwies auf die Integration konservativen Gedankenguts in das demokratische Spektrum, als sie in der sogenannten Hohmann-Affäre einen angemessenen Umgang mit Geschichte anmahnte. Und Bundeskanzler Schröder appellierte an Gemeinwohl und Opferbereitschaft, als er die Verlagerung von Arbeitsplätzen als „unpatriotisch“ und die vermisste Zustimmung zu seinen Reformen als Patriotienpflicht bezeichnete.

Hinter all diesen Facetten steckt der Versuch, eine Antwort auf ein vielfach empfundenes Defizit und auf zunehmende Modernisierungs- und Differenzierungsprozesse zu finden: Was hält unsere Gesellschaft angesichts zunehmender Individualisierung, knapper werdender Verteilungsspielräume und wachsender Internationalisierung eigentlich zusammen? Was stiftet Zusammengehörigkeit und Gemeinwohlorientierung unter den Bedingungen der Globalisierung und jenseits der Rechtsordnung?

Aktuell ist das Thema auch deswegen, weil vermutet wird, Patriotismus könne eine mögliche Antwort auf diese drängenden Fragen geben. Modernisierungsprozesse sind immer auch Differenzierungsprozesse, die sich heute dynamischer denn je entwickeln. In freiheitlichen Gesellschaften ist die Anpassung an diese dynamischen Entwicklungen geradezu notwendig.

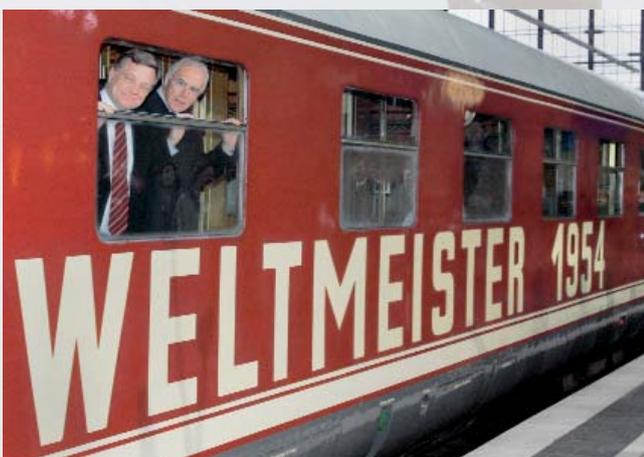
Die Geschichte zeigt, dass es immer wieder bestimmter Formen bedarf, um Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Zusammengehörigkeit, mit einem Wort „Identität“ zu begründen. Patriotismus versteht sich als ein gesellschaftlich-politisches Verhalten, „bei dem nicht die eigenen oder Gruppeninteressen im Vordergrund stehen ..., sondern die Gesellschaft als Ganzes, der Staat ..., das heißt in älteren Begriffen: das bonum commune (Gemeinwohl), das Wohl des Vaterlandes (patria). Patriotisches Verhalten ist daher stets Ausdruck einer besonderen politischen Kultur und Erziehung“ (Otto Dann).

Wie ist diese allgemeine Definition näher zu konkretisieren und in Politik umzusetzen?

Der normale deutsche Bürger, vor allem der an Geschichte interessierte, bezieht seine Identität, wenn er denn überhaupt um die Fragestellung weiß, ganz natürlich aus gegebenen Lebenskontexten, aus eigener Erinnerung, aus seiner Arbeit, aus der Familie, aus sportlichen Wettkämpfen (Fußballweltmeister 1954), aus der wirtschaftlichen Leistungskraft. Die Probleme, die wir heute haben, sind entstanden durch Gefährdung von Arbeitsplätzen infolge von Wettbewerb durch Globalisierung, durch die demographische Entwicklung und durch die Vernachlässigung von Bildung und Forschung. Um diese Probleme bewältigen und dringend notwendige Reformen durchsetzen zu können, appelliert man an den Gemeinsinn und an den Patriotismus der Bürger.

Pathos und Appell ändern aber nichts an der Tatsache, dass völlig unklar ist, welche Rahmenbedingungen und Rahmenorientierungen Patriotismus heute eigentlich haben soll, und vor allem, wie er wieder zu beleben sei. Gemeint sein kann nur ein „aufgeklärter“ Patriotismus, der sich nicht als Abgrenzung versteht, sondern in sich kulturelle Identität und Geschichtsbewusstsein, Gemeinschaftsgefühl, Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu innerem Frieden, Berechenbarkeit und schließlich Offenheit und Toleranz vereint.

Patriotismus ist kein seelischer Dauerzustand, er artikuliert sich aber dann, wenn positive Gefühle bestehen. Hier ist vieles an natürlichen Emotionen zurückgedrängt worden. Sie werden öffentlich nur selten präsent, daher ist auch das öffentliche Bekenntnis dazu rar geworden. Dass der neue Bundespräsident mit dem einfachen Bekenntnis, er liebe dieses Land, so viel Aufmerksamkeit hervorgerufen hat, zeigt doch nur, dass hier über Jahrzehnte etwas ganz Ursprüngliches verdrängt worden, aber nicht verschwunden ist, was sich schon in ganz einfachen Lebenskontexten zeigt, in denen patriotische Emotion zum Ausbruch drängt: Wer jubelt schon einer fremden Nationalmannschaft zu? Oder wer will „Made in Germany“ abschaffen? Daher ist Patriotismus auch nicht ersetzbar durch „Eine Welt“-Visionen. Deutschland kann sich nicht verstecken hinter Vorstellungen von einer „Weltgesellschaft“ oder einer „Weltinnenpolitik“. Ein „global village“ ist allenfalls Medienrealität und suggeriert zudem falsche Heimeligkeit. Insofern ist es unzutreffend, die Rückkehr zu einer positiv empfundenen Geschich-





te als nostalgischen Eskapismus und als Angst vor der Zukunft zu deuten. Es bleibt ein elementares Bedürfnis, kollektiv bezogene Emotionen haben zu dürfen.

### Notwendige Rahmenbedingungen

Eine sinnvolle Debatte über Patriotismus kann freilich nicht bei bloßen Appellen oder zeitdiagnostischem Kulturpessimismus stehen bleiben. Sie muss tiefer ansetzen, sie bedarf fördernder Rahmenbedingungen, deren sich Politik und Gesellschaft gemeinsam annehmen müssen.

Die Konzentration unserer öffentlichen „Erinnerungskultur“ auf die deutsche Katastrophe zwischen 1933 und 1945 darf das Vorangehende nicht nur als „Vorgeschichte“ erscheinen lassen, sondern muss deren großes kulturelles Erbe zugunsten positiver Identifikation präsent halten. Eliten müssen vorleben, mitziehen und erklären. Nur immer auf die eigenen Schwächen zu insistieren, demotiviert. Wir müssen – bei gebotener Würdigung unserer unseligen jüngeren Vergangenheit – auch unsere eigenen Stärken wieder mehr betonen. Und angesichts der noch längst nicht überwundenen Trennung zwischen West und Ost brauchen wir mehr Wissen übereinander, mehr Dialog und Begegnung miteinander. Die Kultusministerkonferenz (KMK) muss endlich zu Gemeinsamkeit über die Behandlung der „deutschen Frage“ in der Schule finden.

Auch Migranten müssen über Rechtstreue hinaus in die Verantwortung für dieses Land eingebunden werden. Familie und vorschulische Erziehung müssen sich als Orte „sozialer“ und „politischer“ Integration verstehen. Das Bildungswesen muss Formen entwickeln, die Gemeinschaft und Gemeinsinn fördern, muss daher einen „aufgeklärten“ Patriotismus, wie in einigen Landesverfassungen vorgegeben, wieder als Lernziel verstehen. Dazu bedarf es der Pflege positiver Geschichtsbilder – gerade auch der Jahre nach 1945 –, der Pflege positiver Symbole, ihrer freiheitlich-demokratischen Tradition, und als Ausdruck der Kulturation der Vermittlung unseres großen kulturellen Erbes. Wir brauchen zudem eine Selbstvergewisserung über den eigenen Wertekanon, der zur Selbstbehauptung motiviert. Toleranz darf nicht mit Relativierung verwechselt werden. Dieser Wertekanon kann nur im europäischen

Kontext stehen, der aus gemeinsamer historisch-kultureller Erfahrung Einsichten und Konsequenzen begründet. Dazu bedarf es der Vermittlung der Architekturprinzipien und der geistigen Grundlagen Europas in den Bildungseinrichtungen, um die Bezugspunkte einer europäischen Identität jenseits der Ökonomie zu begründen, in die nationale Identitäten einfließen können.

### Sympathie und Selbstbewusstsein

In deutsch-europäischer Kultur, Fernerinnerung, in den freiheitlichen und demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte, auch in der Vergegenwärtigung des Widerstandes gegen das NS- und gegen das SED-Regime und der Leistungen der Nachkriegsgeschichte, können positive, auch rational gerechtfertigte und vermittelbare, daher natürliche Gefühle stützende Anknüpfungspunkte für einen modernen, zukunftsgerichteten Patriotismus liegen, dessen emotionale Grundlage man mit Respekt, Wohlwollen, Sympathie gegen sich selbst und gelassenem Selbstbewusstsein nach außen beschreiben könnte.

Wenn man sich auf Wohlwollen und Sympathie zu sich selbst als emotionale Formen eines modernen Patriotismus verständigt, dann ist es nur natürlich, auch Trauer über das, was wir anderen und uns selbst angetan haben, und über dessen Konsequenzen zu empfinden und zum Ausdruck zu bringen. Eigenes Leid relativiert ja nie fremdes Leid, wie dieses auch nicht eigenes relativieren kann. Das Entscheidende ist vielmehr die Verständigung mit sich selbst und den anderen darüber, dass Erinnern und Trauern kein „Revanchismus“ ist, und dass niemand darauf Monopolanspruch haben kann. Eine Nation als Geschichtsgemeinschaft lebt nun einmal von der Teilhabe an „Ruhm und Reue“ (Ernest Renan).

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat diesem wichtigen Thema ein Grundsatzpapier gewidmet, das in der Reihe „Zukunftsforum Politik“ als Nr. 62 im Oktober 2004 erschienen ist:

**Günter Buchstab/Jörg-Dieter Gauger:**

**Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus.**

[www.kas.de/publikationen/zukunftsforum\\_politik.html](http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html)



# Medien und Demokratie

**Ohne freie Medien ist Demokratie nicht möglich. Medien stellen Öffentlichkeit her. Sie sind Informationsträger, Wächter, Antreiber. Sie unterhalten und sie bilden. Und sie haben eine herausgehobene Verantwortung. Um ihr gerecht werden zu können, bedarf es gut ausgebildeter Journalisten, die nicht nur ihr Handwerk hervorragend verstehen, sondern die auch um ihre wichtige Funktion in der Demokratie wissen und sie ausfüllen. Journalistenausbildung ist deshalb Dienst an der Demokratie – und für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein wichtiges nationales und internationales Arbeitsfeld.**

## In Deutschland hat die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits eine lange Tradition.

Die Stabsstelle Medienpolitik hat in 2003 den Faden der fachpolitischen Begleitung und Beratung wieder aufgenommen und die Netzwerkbildung im Medienbereich insbesondere über die Altstipendiaten der Stiftung auf eine neue konzeptionelle Grundlage gestellt und seither kontinuierlich weiterentwickelt. Die Journalistenausbildung selbst kann auf über 25 Jahre erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Viele der mittlerweile über 600 Absolventen der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS waren und sind in führenden Positionen im Medienbereich tätig. Die studienbegleitende Ausbildung hat sich dabei über die Jahre hinweg bewährt und ist auch nach der Neukonstituierung der Nachwuchsförderung im Rahmen der Gründung der Journalisten-Akademie der KAS im Herbst 2002 bewusst beibehalten worden. In der Journalisten-Akademie sind die bis dahin in verschiedenen Bereichen der Stiftung angesiedelten Aus- und Weiterbildungsaktivitäten für Journalisten zusammengefasst und strategisch neu ausgerichtet worden.

Das Dreisäulen-Modell der Journalisten-Akademie schlägt den Bogen von der frühzeitigen Entdeckung von Talenten (Schülerzeitungsarbeit in der Medien-Werkstatt) über die eigentliche Journalistenausbildung (Journalistische Nachwuchsförderung) bis hin zur Weiterbildung und Netzwerkbetreuung (Medien-Kolleg). Insbesondere die eigentliche Journalistenausbildung ist auf ein Konzept umgestellt worden, das in dieser Form in Deutschland einzigartig ist. Wie bei allen Stipendiaten der Begabtenförderung sind überdurchschnittliche Leistungen in Abitur und anschließendem Studium neben gesellschaftlichem oder sozialem Engagement Voraussetzung für die Teilnahme am Programm. Die Stipendiaten der Journalisten-Akademie erhalten aber neben ihrem Vollstudium (Fächerwahl beliebig) eine auf ca. drei Jahre angelegte Fachausbildung, die einem redaktionellen Volontariat gleichwertig ist. Sie sind nach dem Durchlaufen des Programms fertige Journalisten.

Das außerordentlich ambitionierte, auf „cross-mediale“ Kompetenz angelegte und sehr zeitintensive Ausbildungsprogramm verlangt von den Stipendiaten hohes Engagement und die Bereitschaft, zwei parallel verlaufende Ausbildungsgänge bei jeweils hohem Leistungsniveau miteinander zu vereinbaren. Ziel der Journalisten-Akademie ist es, nicht nur hervorragend ausgebildete Journalisten mit exzellenten Berufschancen, sondern mit ihnen vor allem auch potenzielle Führungskräfte für den Medienbereich zu „produzieren“. Die ersten Absolventen des neuen Programms werden im Laufe des Jahres 2005 ihre volontariatsadäquate Ausbildung beenden.

Nach den ersten Erfahrungen in der neu konzipierten Arbeit der Journalisten-Akademie und der wiederaufgenommenen medienpolitischen Aktivitäten ist als weiterer Schritt eine engere Verzahnung mit den internationalen Medienprojekten der Konrad-Adenauer-Stiftung geplant. Auch sie können auf eine zum Teil langjährige erfolgreiche Arbeit zurück blicken, die – wie auch das Beispiel Lateinamerika zeigt – immer wieder neu gefordert ist.

Die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika, Asien und Lateinamerika ist in den vergangenen Jahren – im Gegensatz übrigens zu den Anstrengungen auch anderer politischer Stiftungen und sonstiger Träger der Entwicklungszusammenarbeit – nachhaltig verstärkt worden. Dies trägt den Tendenzen hin zu einer globalen Informations- und Mediengesellschaft ebenso Rechnung wie dem erhöhten Bedarf gerade der politischen Partner, Überlegungen der politischen Kommunikation stärker in ihre Planungen einzubeziehen, sich der Bedeutung pluralistischer Medienordnungen für den Dialog mit dem Bürger bewusst zu sein und auf Jour-

nalisten zu treffen, die professionell und ethisch fundiert ihrer Arbeit nachgehen.

Mit regionalen Sektorprogrammen für Asien (Sitz in Singapur), Lateinamerika (Sitz in Lima/Peru) sowie Süd- und Ostafrika (Sitz in Johannesburg) und zahlreichen nationalen Ländermaßnahmen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in der internationalen Medien- und Journalistenförderung engagiert. Die konkrete Arbeit orientiert sich an den örtlichen und regionalen Anforderungen und Gegebenheiten.

In Asien unterstützt die Stiftung besonders die Arbeit des Council of Asia-Pacific Press Institutes (CAPPI), zu dem in jüngster Zeit weitere Mitglieder gestoßen sind und das zu einem zentralen Baustein der asiatischen Journalistenausbildung geworden ist. Einen Beitrag zum Verständnis innerhalb der Region leistet der Informations- und Artikelaustausch innerhalb des Asia News Networks (ANN), dem ersten Zusammenschluss führender Zeitungen Asiens. Der Kooperation zwischen Südostasien und der Bundesrepublik Deutschland dient als wichtiges Instrument das Asian German Editors Forum. Flankiert werden die Maßnahmen durch ein umfangreiches, internetgestütztes Informationsangebot für Journalisten, Beratungsmaßnahmen im Bereich Medienpolitik und Medienrecht sowie eine eigene Publikationsreihe zu journalismusbezogenen Fachthemen.

In Johannesburg ist das jüngste regionale Medienprogramm der Stiftung mit Zuständigkeit für Süd- und Ostafrika entstanden. Auch hier steht neben der Förderung und Konsolidierung der Pressefreiheit das Bemühen um eine pluralistische Medienlandschaft im Mittelpunkt der Arbeit. Der Fachausbildung von Journalisten kommt eine ebenso herausragende Rolle zu wie der Beeinflussung medienrechtlicher und medienpolitischer Rahmenbedingungen. Auch sollen Medieneigner und Journalisten mit Weiterbildungsangeboten im Medienmanagement, Medienrecht und im Bereich neue Medien unterstützt werden.

In Lateinamerika setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrem Programm, das auf eine rund 30jährige Geschichte zurückblicken kann und hier etwas ausführlicher geschildert werden soll, mittlerweile auf drei Schwerpunkte: Politische Kommunikation, Medienrecht und Medienpolitik sowie Ausbildung von Fachjournalisten in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Justiz. Wenn dann und wann Anrufer aus Deutschland im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lima nachfragen, ob in Lateinamerika denn tatsächlich Bedarf an journalistischer Aus- und Weiterbildung bestehe, löst das dort regelmäßig Verwunderung aus. Denn die Mitarbeiter des südamerikanischen Medienprogramms können sich über mangelnde Nachfrage nicht beklagen. In Deutschland aber hält sich hartnäckig die These vom mangelnden Bedarf.





Leider wird heute viel zu selbstverständlich unterstellt, dass die Aus- und Weiterbildung lateinamerikanischer Journalisten nicht mehr notwendig sei, seit sich Televisa, Globo, Clarín & Co. als "Global Player" nach internationalen Qualitätsstandards positionieren. Damit hätte sich die „Medienzusammenarbeit überlebt und sollten die Entwicklungsgelder sinnvoller Weise woanders investiert werden“, wie ein freundlicher Besucher aus Deutschland einmal anmerkte.

Doch aus den zerklüfteten Medienlandschaften in Lateinamerika ragen beileibe nicht nur die international tätigen Konzerne hervor. Der fortschreitenden Marktkonzentration zum Trotz, behaupten sich in den Kabelnetzen und Kiosken zahllose kleinere und mittlere Anbieter, lokale TV-Veranstalter, Zeitungen und Bürgerradios. Sie rekrutieren ihr Personal nicht selten aus Quereinsteigern. Mit viel Wohlwollen darf deren journalistisches Wirken noch als semiprofessionell durchgehen. Auch die großen Medienkonzerne machen weltweit nicht gerade mit Qualitätsjournalismus von sich reden. In kaum einer anderen Entwicklungsregion aber ist der Einfluss der Medien auf demokratische Prozesse, die öffentliche Meinung und die gesellschaftlichen Werte gleichzeitig so groß wie in Lateinamerika. Ein gutes Beispiel dafür ist Venezuela.

Vor diesem Hintergrund freut sich das KAS-Regionalprogramm über volle Seminarräume. Aus Kapazitätsgründen konnten nicht alle Anfragen bedient werden. Aber der „Markt“ ist schwierig, vor allem deshalb, weil es ein Markt ist. In den Führungsetagen der Medienhäuser sitzen Unternehmer, keine Journalisten. Für die kommerziellen Anbieter muss sich jede Investition lohnen, also zusätzliche Werbe- und Anzeigenumsätze bringen. Das gilt auch für Investitionen in die Ausbildung. Da ihr Nutzen nicht unmittelbar vorhersehbar ist, darf die Qualifizierung zumindest nichts kosten.

Natürlich erlaubt der gegebene Rahmen keine Basislehrgänge. Das journalistische Grundwissen vermitteln die Universitäten des Subkontinents mit ihren kommunikationswissenschaftlichen Fakultäten, mit deren Dachverband FELAFACS die Konrad-Adenauer-Stiftung seit über zwei Jahrzehnten partnerschaftlich zusammenarbeitet. Bei der Interamerikanischen Pressevereinigung in Miami stehen die akademischen Journalistenschmieden inzwischen Schlange, um sich nach US-amerikanischen Bewertungskriterien als Top-Anbieter akkreditieren zu lassen.

Zwar mag der Wettbewerb unter den Medienhäusern und den Universitäten dabei eine Art handwerkliches Niveau sicherstellen. Damit aber ist es nicht getan. Verantwortungsvoller Journalismus erfordert wenigstens ein Mindestmaß an Spezialisierung. Das KAS-Regionalprogramm bietet deshalb vor allem Aufbaukurse an. Das Ziel ist die Vertiefung der bestehenden Kenntnisse. Die Teilnehmer der Seminare und Workshops bringen Berufserfahrung mit. Oftmals arbeitet die Stiftung mit Redaktionsleitern oder Fachjour-

nalisten. Sie haben die Möglichkeit, im eigenen Hause neue Standards einzuführen und Wissen weiterzugeben.

Nicht selten haben die Themen einen aktuellen Bezug. Das kann bei Wahlkämpfen der kritische Umgang mit Meinungsumfragen sein. In Kolumbien setzt sich das Programm in Zusammenarbeit mit verantwortlichen Medienvertretern für den Schutz der Journalisten in den Bürgerkriegsgebieten ein. Flächendeckend werden Weiterbildungsangebote zu Wirtschafts-, Justiz-, Umwelt- und investigativem Journalismus nachgefragt. Wachsendes Interesse finden organisatorische Fragen (z.B. Wahlberichterstattung). Der Bedarf ist also da – trotz zumeist noch immer gegenteiliger Meinung.

In allen regionalen Medienprogrammen wird neben der praktischen Aus- und Weiterbildung Einfluss auch durch Übersetzungsbände deutschsprachiger Autoren zu Fragen der Politischen Kommunikation und des Medienrechts genommen, die viel zitiert werden und Eingang in die aktuelle Fachdiskussion finden. In Zeitschriften der Stiftung wie "Dialogo Político" widmen sich spezielle Medienausgaben der Thematik. CD-Roms zu Konzeptionen des Politischen Marketings oder zur fachlichen Weiterbildung von Journalisten (Lateinamerika) und zu speziellen Fragen von Medienrecht und Medienpolitik (Asien und Lateinamerika) runden das Angebot ab. Studien haben sich zudem u.a. mit dem Medieneinfluss auf die Kandidatenauswahl der Parteien, der Stimulierung sozialer Konflikte durch Medien und der Ausgewogenheit von Medienberichterstattung in Wahlkämpfen beschäftigt.

**Das hervorragende Kontaktnetz der Konrad-Adenauer-Stiftung** in der ganzen Welt erlaubt hier überdies vergleichende Perspektiven, deren Möglichkeiten bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Aufbau, Pflege und dann vor allem die Nutzung überkontinentaler Netzwerke gerade von Medien- und Politikberatern, Kommunikations- und Politikwissenschaftlern sowie Meinungsforschern ist noch stark ausbaufähig. Das Ende 2004 gestartete Projekt „KAS-Demokratiereport“ hat mit einer internationalen Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn am 31. Januar 2005 immerhin einen ersten Versuch zu einer vergleichenden Analyse der internationalen Abhängigkeiten von Medien und Demokratie unternommen. Darüber wird im Jahresbericht 2005 zu berichten sein.





# Plädoyer gegen das Vergessen eines Kontinents

Auf dem Weg zur Demokratie haben die Staaten Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten bedeutende Fortschritte erreicht. Mit Ausnahme Kubas verfügen inzwischen alle Länder der Region über demokratische Verfassungen. Dennoch sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in vielen Ländern nicht gefestigt. Wirtschaftliche Erfolge wie in Brasilien, Chile oder Mexiko können nicht überdecken, dass es in anderen Staaten teilweise dramatische Fehlentwicklungen und gravierende Defizite bei Transparenz und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen gibt. Autoritäre und neopopulistische Tendenzen machen besorgt. Hinzu kommen Massenarmut und soziale Ungleichheit, durch die breite Bevölkerungsschichten Lateinamerikas von politischer und wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

## Die Konsolidierung der jungen Demokratien zu unterstützen, war auch im Jahr 2004 die zentrale Aufgabe der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika.

Darüber hinaus wollte die KAS einen Beitrag dazu leisten, dem politischen Dialog mit den Staaten Lateinamerikas neue Impulse zu verleihen. Denn leider muss festgestellt werden, dass die strategische Bedeutung des Subkontinents für Deutschland und Europa vielfach nicht oder nicht mehr gesehen wird. So gerät aus dem Blick, dass Lateinamerika für uns ein wichtiger Partner in der internationalen Politik ist, mit dem uns gemeinsame Werte, Überzeugungen und Interessen verbinden. Dies gilt in besonderem Maße im Hinblick auf die vielfältigen neuen und weltweiten Herausforderungen: die Gestaltung der Globalisierung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der Klimaschutz – um nur diese drei Beispiele zu nennen.

Um Lateinamerika wieder stärker in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Strategiepapier mit dem Titel „Deutschland – Lateinamerika – Neue Impulse für eine bewährte Partnerschaft“ vorgelegt. Darin werden nicht nur die Aktivitäten der Stiftung in einem neuen konzeptionellen Zusammenhang beschrieben, sondern auch die Anforderungen für eine zukünftige Lateinamerikapolitik an die Adresse von Politikern, Institutionen und Multiplikatoren formuliert. Deutschland und die Europäische Union sollen und müssen den politischen Dialog mit Lateinamerika verstärkt pflegen und durch neue Impulse im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft weiterentwickeln.

Für die Verbesserung und Intensivierung dieses Dialogs bieten sich verschiedene Themen und Aufgaben an. Um zum Beispiel eine dauerhafte Konsolidierung der lateinamerikanischen Demokratie zu fördern, muss ein deutscher Beitrag durch den Transfer von

Knowhow vor allem auf eine Stärkung und Absicherung der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und des demokratischen Entscheidungsprozesses abzielen. Damit lässt sich am ehesten der gegenwärtigen Institutionenkrise und der Ausbreitung autoritärer und neopopulistischer Strömungen entgegenwirken. Funktionierende rechtsstaatliche Institutionen, von unabhängiger Justiz über einen gesicherten Zugang zum Gerichtswesen bis hin zu umfassender Rechtspflege und einer Verbesserung des Menschenrechtsschutzes, außerdem Unterstützung politischer Reformen, Förderung der demokratischen Partizipation, Stärkung von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung sowie eine Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ärmerer und insbesondere indigener Bevölkerungsschichten, beschreiben die konkreten Ansatzpunkte der Stiftungsarbeit.

Mit dem regionalen Sektorprogramm „Rechtsstaat und Demokratie“ für Lateinamerika will die Konrad-Adenauer-Stiftung die Demokratisierung in den Ländern dieser Region nachhaltig unterstützen und einen Beitrag zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen, rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Rechtsordnung als Kernbestandteil jedes demokratischen Systems leisten. Im Jahr 2004 konzentrierte sich die Programmarbeit vor diesem Hintergrund auf folgende vier Schwerpunktthemen:

- **Verfassungsrecht**
- **Menschenrechtsschutz**
- **Integrationsrecht**
- **Verfahrensrecht**

Das Rechtsstaatsprogramm arbeitet mit zwei Standorten: Montevideo (Uruguay) für Südamerika, Mexiko-Stadt für Mittelamerika und die Karibik. Der Beratungsbedarf ist in allen Ländern der Region erheblich. Da sich das Programm bei der Zielgruppe, zu der

## Verführer der Massen und Vorbild für neopopulistische Versuchungen: Venezuelas Präsident Hugo Chavez





### Unter der Oberfläche emsiger Geschäftigkeit sammelt sich sozialer Konfliktstoff: Straßenszene in Mexiko-Stadt

unter anderem Richter von Obersten Gerichtshöfen und Verfassungsgerichten, Rechtspolitiker, Rechtswissenschaftler, Staatsanwälte oder beispielsweise auch Polizisten zählen, inzwischen Vertrauen und Akzeptanz erworben hat, sind seine Wirkungsmöglichkeiten im Sinne der Zielbestimmungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kaum zu unterschätzen. Begegnen staatliche Institutionen ausländischen Organisationen gerade im Rechtsbereich oft mit einem gewissen Misstrauen, lässt sich für das KAS-Sektorprogramm das Gegenteil feststellen.

Das zweibändige Jahrbuch, das seit 10 Jahren von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben wird, ist ein besonderes Instrument innerhalb des Rechtsstaatsprogramms und steht beispielhaft für die intensive Publikationstätigkeit im Rahmen unserer Aktivitäten. Thematisch wird über die Notwendigkeit von Verfassungsgerichtshöfen in den Ländern ebenso diskutiert wie über die institutionelle Organisation des Staates vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Rahmenbedingungen. Ein weiterer Themenschwerpunkt betrifft die Menschenrechte und ihre Umsetzung in Lateinamerika, besonders wieder aus verfassungsrechtlichen Blickwinkeln. Dabei beziehen sich die Einzelthemen ganz konkret etwa auf die Garantie von zweisprachiger Bildung in Peru oder die Wahrung der freien Meinungsäußerung in Mexiko. Darüber hinaus fand der Themenkomplex des Integrationsrechts Eingang in das Verfassungsjahrbuch 2004, darunter auch mit einem Vergleich zwischen der Entwicklung regionaler Integration in Lateinamerika und in der Europäischen Union.

Dem großen Renommée des Jahrbuchs sowie seiner Einzigartigkeit auf dem lateinamerikanischen Markt ist es zu verdanken, daß die zum Teil prominenten Autoren ihre Beiträge unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Publikationen des Rechtsstaatsprogramms sind in allen einschlägigen Fachbibliotheken der Projektregion weit verbreitet, was sich u.a. an deraußerordentlich hohen

Zitierhäufigkeit in der rechtswissenschaftlichen Literatur des Subkontinents ablesen lässt.

Neben der Arbeit im Rahmen der KAS-Rechtsstaatsprogramme bildet die Förderung einer sozial verträglichen Wirtschaftsentwicklung eine wesentliche Voraussetzung für die dauerhafte Stabilisierung der lateinamerikanischen Demokratien. Bei der Suche nach einem Wirtschaftsmodell, das wirtschaftliche Freiheiten mit sozialem Ausgleich verbindet, wird die Soziale Marktwirtschaft zunehmend als Leitbild gesehen. Die Herausgabe des Lexikon Soziale Marktwirtschaft in spanischer Sprache war ein wichtiger Beitrag der Stiftung zu dieser Entwicklung. Deutschland insgesamt hat die Chance, im Rahmen eines ordnungspolitischen Dialogs den Diskussionsprozess über eine Wirtschaftspolitik zu fördern, welche die Grundlage für eine Überwindung von Massenarmut und sozialer Ausgrenzung legt. Der Modernisierung der Bildungssysteme, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitsmärkte, einer Modernisierung der Steuersysteme, dem Aufbau einer funktionierenden Wettbewerbsordnung sowie der regionalen Wirtschaftsentwicklung kommt daher besondere Bedeutung zu.

Die KAS hat sich im Jahr 2004 im Rahmen der Entwicklung des neuen Strategiepapiers für Lateinamerika auch mit ihren Veranstaltungen an den Schwerpunktthemen des Konzepts orientiert. Wichtige Konferenzen waren dabei zum Beispiel das VII. Deutsch-Brasilianische Symposium, das alle zwei Jahre stattfindet und zu einer mittlerweile festen Größe im Dialog zwischen Deutschland und Brasilien geworden ist. Im Mittelpunkt stand die neue Verantwortung Brasiliens im internationalen System unter der Regierung Lula sowie der Integrationsprozess im Rahmen des Mercosur. Die Beziehungen des gesamten Kontinents zu Europa und Deutschland wurden ebenfalls diskutiert.

Für die Vertiefung unserer Beziehungen zu Lateinamerika ist ganz entscheidend, daß der Dialog zwischen den politisch Verant-



### Erbe der Diktatur: Suche nach verschwundenen Angehörigen

wortlichen beider Regionen verstärkt wird. Im Rahmen ihrer Programme hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auch im Jahr 2004 intensiv bemüht, den direkten Meinungsaustausch zwischen deutschen und lateinamerikanischen Politikern zu fördern. An einer internationalen Parlamentarierkonferenz in Chile, die bereits zum dritten Mal stattfand und auch fortgesetzt werden soll, nahmen Vertreter von vier wichtigen Parteien aus Lateinamerika und Europa (PDC Chile, PAN Mexiko, PP Spanien, CDU Deutschland) teil. Zielsetzung dieser Parlamentariertreffen ist es, konkrete Themen der gegenseitigen Beziehungen im Kontext des atlantischen Dreiecks zu diskutieren und daraus gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln. Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, die programmatische Profilierung im christlich-demokratisch geprägten Parteienspektrum der politischen Mitte voranzubringen. Die diesjährige Parlamentarierkonferenz befasste sich mit dem Thema: „Europa und Lateinamerika im Dialog – ein Erfahrungsaustausch über Fragen der globalen Politik“.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist für die KAS die soziale Verantwortung von (Wirtschafts-)Eliten. Mit der Konferenz „Globalisierung und soziale Verantwortung – ein europäisch-lateinamerikanischer Dialog zwischen Politik und Wirtschaft“, die ebenfalls in Chile stattfand, war die Absicht verbunden, dieses wichtige Thema verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und die Diskussion um Beiträge zur Überwindung der extrem geöffneten Armutsschere in der Region weiter voranzutreiben. Mit dem Thema der „Elitenförderung“ beschäftigte sich auch die Jahrestagung der

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lateinamerikaforschung (ADLAF), die in diesem Jahr von der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgerichtet wurde. Hier ging es vor allem um die Analyse der Struktur und der Rekrutierungsmuster von Eliten sowie um deren Rolle im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse Lateinamerikas. Diese Frage ist von erheblicher entwicklungspolitischer Relevanz, da den Eliten – verstanden als politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Führungsschichten – zentrale Bedeutung für den Erfolg oder das Scheitern von Transformationsprozessen zukommt. Aus diesem Grunde stellt die Zusammenarbeit mit Eliten insbesondere bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die KAS einen wichtigen und notwendigen Ansatzpunkt dar.

Im Bereich der Menschenrechte bildet die Aufarbeitung der Vergangenheit eine unerlässliche Grundlage für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. So hat man Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie beispielsweise in Argentinien Initiativen zur Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen gestartet. Vor sechs Jahren wurde das Archiv der Geheimpolizei von Buenos Aires aufgelöst, seit 2000 wird es der Öffentlichkeit schrittweise zugänglich gemacht. Es enthält umfangreiche Daten über politisch-ideologische Verbrechen gegenüber Männern und Frauen über den Zeitraum eines halben Jahrhunderts. Unter anderem sind dort die Aktivitäten von Genossenschaften, Berufsvereinigungen, Gewerkschaften und Studentenverbänden minutiös dokumentiert. Getragen wird die Arbeit von der sogenannten Erinnerungskommission (Comisión por la Memoria) der Provinz Buenos Aires. Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik („Birthler-Behörde“) und der Heinrich-Böll-Stiftung ein zweiwöchiges Studien- und Informationsprogramm für die Erinnerungskommission in Berlin durch, um über in Deutschland gemachte Erfahrungen zu informieren und insbesondere die Arbeit der Birthler-Behörde vorzustellen – Anschauungsunterricht für die praktische Arbeit vor Ort.

### Zwischen Perspektivlosigkeit und Gewalt: Straßenkinder im Schnüffelrausch





# Brennpunkte



# Deutschland im Wandel

**Alter als Herausforderung und Chance. Der demographische Wandel gilt als eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen – mit weitreichenden Folgen für den Einzelnen, für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.**

**In einem Symposium** der Reihe „Cadenabbia Gespräche Medizin – Ethik – Recht“, das im September 2004 unter der Leitung von Prof. Volker Schumpelick, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik der TH Aachen und Mitglied des Kuratoriums der Stiftung, stattfand, diskutierte ein interdisziplinärer Kreis aus Medizinern, Soziologen, Juristen, Philosophen, Ethikern und Politikern über das „Alter als Herausforderung und Chance“.

Die Fakten sind seit langem bekannt: Die Lebenserwartung in Deutschland ist von 45 Jahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf 82 Jahre bei Frauen bzw. 75 Jahre bei Männern angestiegen. 20 Millionen Deutsche sind bereits heute über 60 Jahre alt. Der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe wird bis 2050 auf über ein Drittel ansteigen.

Der Traum vieler Menschen von einem langen Leben wird Wirklichkeit – dank des medizinischen Fortschritts, verbesserter Hygiene und guter Lebensbedingungen. Körperliche und geistige Fitness sind auch im hohen Alter noch möglich und eröffnen Handlungsspielräume über das gesetzliche Rentenalter hinaus. So weit das Positive. Die negativen Seiten des Alters lassen sich jedoch

nicht leugnen: Auch körperlicher und geistiger Abbau, die Zunahme chronischer Leiden und soziale und emotionale Vereinsamung sind eine Realität und belasten alte Menschen. Hier besteht enormer Handlungsbedarf.

Auch für Gesellschaft und Wirtschaft ist die „Überalterung“ mit vielen Herausforderungen verbunden, zumal sie mit einem Bevölkerungsschwund durch die seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenziffern einhergeht. Das Verhältnis der arbeitenden zur nicht arbeitenden Bevölkerung wird ungünstiger; es werden zunehmend Arbeitskräfte und spezifische Qualifikationen fehlen, ebenso Steuerzahler und Beitragszahler für die Sozialsysteme. Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem geraten dadurch an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Arbeitsproduktivität wird befürchtet. Außerdem werden sich die Bedürfnisse der Menschen – z. B. in Medizin und im Gesundheitswesen, bei Konsumgütern, beim Wohnbedarf und im sozialen Umfeld – ändern. Dies erfordert die Anpassung der Infrastruktur und der sozialen Sicherungssysteme ebenso wie die der privat und staatlich angebotenen Güter und Dienstleistungen.

Grund für Fatalismus besteht allerdings nicht. Auch wenn die Herausforderungen noch so groß und einfache Lösungen nicht in Sicht sind, bestehen viele Ansatzpunkte für wirkungsvolles Handeln: Die Reform der Sozialsysteme ist ein erster wichtiger Schritt. Gesundheitliche Versorgung und Pflege bedürfen einer Verbesserung. Ein gerechter Generationenausgleich ist notwendig. Die Potenziale älterer Menschen sollten besser genutzt werden. Benötigt wird nicht nur eine Politik „für Alte“, sondern vor allem auch „mit Alten“. Darüber hinaus ist gerade in einer „alternden“ Gesellschaft auch eine Förderung der jungen Generation und der Familien essentiell, eine „Altenpolitik“ alleine würde zu kurz greifen.

Die Ergebnisse des Symposiums „Alter als Herausforderung und Chance“ werden als Buchpublikation einem größeren Interessentenkreis zugänglich gemacht werden.

**Zukunft der Sozialsysteme.** Anknüpfend an eine lange Tradition freundschaftlicher Beziehungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu dem amerikanischen Gesundheitsminister Tommy Thompson wurde das Thema demographischer Wandel und die Notwendigkeit der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme bei verschiedenen Gelegenheiten auch im internationalen Kontext diskutiert. Dem diente auch der Austausch von Experten des amerikanischen Gesundheitsministeriums und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In Berlin konnte ein internationales Expertengespräch zum Thema „Welfare Reforms: Necessary Answers to Aging Societies“ realisiert werden. In einem Kreis international ausgewiesener Experten wurden hier die neuesten Forschungsergebnisse aus Medizin, Verhaltensforschung und Ökonomik vorgetragen und diskutiert. Richard Suzman vom National Institute of Aging/National Institutes of Health und Prof. James W. Vaupel vom Max Planck Institute for Demographic Research waren sich einig in dem Befund, dass die Alterung der Gesellschaften einen in der Geschichte der Menschheit einschneidenden Transformationsprozess („watershed transformation“) darstellt, der die Gesellschaften und das Leben fundamental verändern wird. Wirtschaftswissenschaftler prognostizieren ein deutlich sinkendes Wachstum des Bruttoinlandsproduktes; die Alterung der Bevölkerung wird sich über die veränderte Konsumstruktur deutlich auf die Arbeitsnachfrage auswirken. Qualifikationen und Erfordernisse am Arbeitsmarkt werden zunehmend auseinander klaffen, wenn die Bildungspolitik nicht reagiert.

Die Experten sprachen sich für eine Reihe von Reformen aus. So sahen sie eine Erhöhung der Produktivität, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Öffnung für ausländisches Investment als ebenso unerlässlich an wie eine gezielte Immigrationspolitik. Wichtig sind zudem eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Verschärfung der Bedingungen für Frühverrentung. Unterstützt



werden sollten zudem Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate und zur Verbesserung der körperlichen und geistigen Fitness der Alten und Älteren, sowie der Ausbau der Prävention im Gesundheitswesen.

**Reform des Gesundheitswesens.** Während der demographische Wandel erst langsam ins öffentliche Bewusstsein vordringt, ist die Debatte um die Reform des Gesundheitswesens voll entbrannt. „Prämiensystem contra Bürgerversicherung“ lautete die Kurzformel, unter der in 2004 eine heftige politische Auseinandersetzung über die Zukunft des Gesundheitssystems erfolgte. Anliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung war es, zu einer an der Problematik orientierten, sachlich fundierten politischen Meinungsbildung beizutragen. Dazu wurde bereits im Juni 2004 ein Hearing „Finanzierung des Prämienmodells“ durchgeführt, in dem die finanziellen Aspekte der Prämienmodelle erörtert und die Modelle im Vergleich mit der Bürgerversicherung bewertet wurden.

Auch in einem Abendforum „Gesundheitsreform – patientengerecht, sozial verträglich und wirtschaftlich tragfähig“ wurde diese Thematik aufgegriffen und um zusätzliche Aspekte erweitert. Gesundheit ist ein hohes Gut. Rund elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden in das Gesundheitswesen investiert. Vor dem Hintergrund der finanziellen Grenzen der Sozialsysteme stellt sich die Frage, was wir uns leisten können und wollen, in aller Schärfe. Während es auf der Ausgabenseite vor allem um Effizienz- und Qualitätssteigerungen gehen muss, lautet die entscheidende Frage auf der Einnahmenseite: Wie kann es gelingen, bei geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit die Finanzierung des Gesundheitswesens in wirtschaftlicher und sozial vertretbarer Weise dauerhaft zu sichern?



# Kleine Schritte für den Frieden

## Nahost I: Wirtschaftskooperationen als "Eisbrecher"

Zehn Jahre nach Abschluss des Friedensvertrages blüht der israelisch-jordanische Handel.

Auf einer gemeinsam vom Büro Jerusalem der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Israelisch-Jordanischen Handelskammer durchgeführten Konferenz zogen am 12. Dezember 2004 rund 400 Unternehmer und die zuständigen Minister beider Staaten eine positive Bilanz der wirtschaftlichen Beziehungen und entwickelten Perspektiven für die nächste Dekade.

Die grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen in der Nahost-Region bewähren sich zunehmend als „Eisbrecher“. Der israelisch-jordanische Handel hat sich allein in den letzten fünf Jahren nahezu verzehnfacht und umfasst heute ein Handelsvolumen von rund 200 Millionen US Dollar. Dank einer jordanisch-israelisch-amerikanischen Freihandelszone werden insgesamt über 50 Prozent der jordanischen Exporte in Richtung Westen über Israel abgewickelt.

Doch obwohl dieser Handel einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leistet, stehen insbesondere die jordanischen Unternehmer wegen ihres Israel-Engagements unter politischem Druck. Der Wirtschaftsdialog zwischen Jordanien und Israel wird aber auch in Zukunft seine Bedeutung für Vertrauensbildung und den politischen Stabilisierungs- und Versöhnungs-

prozess in der Region haben. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll in den nächsten zehn Jahren insbesondere in den Bereichen der exportorientierten Industrie, dem Transithandel und im Transportwesen ausgebaut werden. Darüber hinaus wird angestrebt, die wirtschaftliche Kooperation vielfältiger zu gestalten und neue Sektoren, wie Landwirtschaft, Tourismus, Infrastruktur und Informationstechnologie, einzubinden. Aber auch ganz praktische Fragen, wie eine erleichterte Visa-Erteilung für jordanische Unternehmer und ausländische Investoren, wurden auf dem Treffen, an dem auch Botschafter der EU und der USA teilnahmen, diskutiert.

Der Ort des Treffens, die Scheich-Hussein-Brücke, war selbst sichtbares Symbol für den Aufschwung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Baulärm erfüllte während der Konferenz den Tagungsort, da der Grenzübergang aufgrund des regen Lastwagenverkehrs ausgebaut werden muss. Wegen fehlender Konferenzgebäude vor Ort wurden kurzerhand zwei Zelte aufgebaut.

Die wirtschaftliche Integration der Region wird weiter intensiv vorangetrieben: Kurz nach der KAS-Konferenz wurde ein Vertrag über eine ägyptisch-israelisch-amerikanische Freihandelszone in Kairo abgeschlossen. Die KAS-Jerusalem wurde vom israelischen Wirtschaftsministerium gebeten, dieses Projekt, das fast vom Nullpunkt startet, zu unterstützen.



## Nahost II: Rechtsstaatshilfe für die palästinensischen Gebiete

Eine der wichtigsten Säulen der Projektarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den palästinensischen Gebieten ist die Rechtsstaatsförderung, die für einen zukünftigen, lebensfähigen palästinensischen Staat unabdingbar ist. Die Stiftung kooperiert hierfür mit dem rechtswissenschaftlichen Institut (IOL) der Bir Zeit Universität, der mit Abstand renommiertesten Rechtsinstitution Palästinas. Seit dem Beginn der Zusammenarbeit in 1996 konnten die KAS und das IOL durch zahlreiche Projekte erfolgreich zur Harmonisierung und Weiterentwicklung der Judikative und der Legislative beitragen. Als Resultat gewann das Rechtsstaatsprinzip vor allem in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen enorm an Bedeutung.

Mit dem Aufbau einer Datenbank, die sämtliche geltenden Rechtsnormen für die palästinensischen Gebiete beinhaltet, wurde ein Instrument entwickelt, das als Bezugspunkt für Rechtsetzung und Rechtsprechung dient. Das Fortbildungsprogramm für den „juristischen Sektor“ zielt darauf ab, in der Rechtsprechung ein Mindestmaß an gemeinsamer juristischer Interpretation zu erreichen. Durch die Analyse geltender Rechtsnormen in verschiedenen Studien konnte ein Prüfschema zur Verfassungsmäßigkeit der Gesetze erstellt werden, das von den relevanten Institutionen genutzt wird. Nicht zuletzt werden in nationalen und internationalen Konferenzen der Diskussions- und Konsensbedarf in der palästinensischen Gesellschaft und Politik aufgefangen und Lösungen für aktuelle politische Rechtsfragen entwickelt bzw. deren Applikation geprüft.

# Ukraine

## Ein Land an der Wegscheide

**Die seit 13 Jahren unabhängige Ukraine** befindet sich weiterhin in einem tiefgreifenden politischen und sozio-ökonomischen Transformationsprozess, der mit dem Machtwechsel nach der „Revolution Orange“ im Dezember 2004 eine neue Dynamik erfahren hat. Der Beginn des Jahres 2004 war von der Diskussion über eine von Präsident Kutschma initiierte Verfassungsreform geprägt, welche die kurzfristige Änderung der Spielregeln vor den Präsidentschaftswahlen zur Folge haben sollte: Sie zielte auf die Schwächung des Spitzenkandidaten der Opposition, Viktor Juschtschenko, im Falle seines Wahlsiegs. Die außenpolitische Debatte wurde von der Frage des zukünftigen Weges der Ukraine bestimmt: Richtung Mitgliedschaft in der EU oder Integration in den „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ mit Russland, Weißrussland und Kasachstan. Der Kampf um die Nachfolge von Präsident Kutschma bestimmte die innenpolitische Auseinandersetzung in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 und fand ihren negativen Höhepunkt in den eklatanten Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen, die zu einer Wiederholung der Stichwahlen am 26. Dezember führten und Juschtschenko als klaren Sieger sahen.

**Dieses politische Umfeld** bestimmte die Arbeit der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 2004. Der Vorstand von „Nascha Ukraina“ hatte den Wunsch nach einer Konsolidierung des Wahlbündnisses in Richtung auf den Aufbau einer Volkspartei nach europäischem Vorbild geäußert. Deshalb hat die KAS bereits Anfang 2004 ihre Bemühungen auf ein Zusammenrücken dieser Reformparteien zur Bildung einer gemeinsamen Wahlplattform gerichtet. Ziel war es, unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen mit dem schrittweisen Aufbau einer Volkspartei der Mitte zu beginnen. Die dabei erarbeiteten Papiere in Form von konkreten Handlungsempfehlungen flossen in die Strategie der Allianz ein, bildeten ein wichtiges Fundament für die

...dank der Unbeugsamkeit seiner Anhänger



Der neue Präsident Viktor Juschtschenko: Wahlsieger...

Arbeit an der Programmatik und hatten damit einen Anteil am Ausgang der Präsidentschaftswahlen. Anfang November wurde in einem Gespräch mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Juschtschenko, den Mitgliedern eines von ihm ernannten Teams sowie wichtigen Persönlichkeiten der Europäischen Volkspartei der Fahrplan für Maßnahmen zur Bildung einer einheitlichen Volkspartei im Jahr 2005 festgelegt.

In Ergänzung zu den **Beratungsmaßnahmen** wurden vor allem in der zweiten Jahreshälfte mit bedeutenden politischen Beratungsgremien öffentlichkeitswirksame Rundtische und Expertengespräche für Politiker, Parlamentarier, Journalisten und Vertretern der Exekutive durchgeführt. Es ging um aktuelle und teilweise brisante innenpolitische Themen, wie z.B. die Auswirkungen der Verfassungsreform, die Vorstellung und Diskussion eines Langzeitmonitorings über die einseitige Berichterstattung in den Fernsehsendern oder die Präsentation und Diskussion eines kritischen Berichts über die Manipulationen beim ersten Wahlgang.

Das zentrale außenpolitische Thema der zukünftigen Regierung Juschtschenko, die Annäherung der Ukraine an euro-atlantische Strukturen, stand ebenfalls im Zentrum der KAS-Aktivitäten. Hauptpartner ist in diesem Bereich das Institut für Euro-Atlantische Zusammenarbeit unter dem früheren und möglichen neuen Außenminister Tarasjuk. Dessen persönliches Auftreten bei den Rundtischen und die Einbeziehung der EU- und NATO-Vertretungen sowie die Teilnahme mehrerer EU-Botschafter sicherten den Veranstaltungen einen hohen Grad öffentlicher Aufmerksamkeit und trugen wesentlich zur Popularisierung des EU-Integrationsgedankens in der Ukraine bei. Höhepunkt war eine zweitägige auch international auf große Resonanz stoßende Konferenz zum Thema „Die Rolle der Ukraine in Europa und der Welt“, an der mehrere frühere Regierungschefs und Außenminister aus Schweden, Ungarn, der Slowakei und den USA und die beiden Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch und Juschtschenko teilnahmen. Die weltweite Berichterstattung zu dieser Konferenz trug dazu bei, die Ukraine in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken und das Interesse an dem Land zu steigern.



# Fidel Castros bunte Hölle

**Kuba ist „eines der größten Gefängnisse für Journalisten“, so das Urteil der Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Tatsächlich ist die Karibikinsel in Menschenrechtsfragen und hinsichtlich der demokratischen Entwicklung ein Anachronismus.**

Seit rund 45 Jahren laufen alle Fäden der Macht in den Händen Fidel Castros zusammen. Glaubens-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit bestehen de facto nicht. Verschiedenen Berichten zufolge befinden sich trotz einiger Freilassungen seit Mitte 2004 mehr als 300 politische Häftlinge in Kubas Gefängnissen.

Angesichts der aufkeimenden Oppositionsbewegungen und des sich abzeichnenden Endes der Castro-Diktatur hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Beobachtung der politischen Entwicklung Kubas 2004 intensiviert. Anlass zu Besorgnis gibt insbesondere die Behandlung der politischen Gefangenen, die gezielten Beleidigungen, Misshandlungen und extrem unwürdigen Haftbedingungen ausgesetzt sind. Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission oder der OAS wird die Ausübung ihres Auftrags verwehrt. Repressalien gegenüber Angehörigen der Opposition sind an der Tagesordnung.

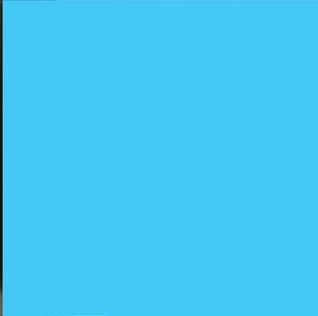
Im Mittelpunkt des KAS-Interesses stehen in Kuba das „Varela-Projekt“ und der „Nationale Dialog“ – Reformbewegungen, die im Inneren Kubas wurzeln. Zudem haben sie angesichts der bislang weit mehr als 30.000 Unterschriften für das Varela-Projekt eine beachtliche Breitenwirkung entwickelt. Beide Initiativen sowie die in der ODCA vertretene „Christliche Befreiungsbewegung“ (Movimiento Cristiano Liberación; MCL) werden von Oswaldo Payá Sardiñas angeführt, der unter anderem den Sacharow-Preis des Europaparlaments erhielt.

Das Varela-Projekt versucht, politische Fenster innerhalb der bestehenden Ordnung aufzustoßen, sowie das aktuelle Rechtssystem von innen heraus zu reformieren und zu demokratisieren. Durch das Erreichen des Quorums für Gesetzesinitiativen aus der Bürgerschaft von 10.000 Unterschriften wurde die Legislative auf-

gefordert, sich mit einem Vorschlag zu befassen, der die gesetzliche Gewährleistung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit zum Gegenstand hatte. Teil des Gesetzentwurfs ist auch eine Amnestie für alle politischen Gefangenen und die Abhaltung freier Wahlen. Das Parlament verweigerte die Debatte über das Dokument. Die Unterschriftensammlung wird dennoch fortgeführt.

Der Nationale Dialog versucht mit dem Entwurf einer Übergangsverfassung, frühzeitig zu verhindern, dass in Kuba im Falle eines Umbruchs ein Rechtsvakuum entsteht. Das Ziel: Konsens und nationale Versöhnung. Denn eine Gesellschaft, die in Gewinner und Verlierer gespalten ist, ist kein guter Nährboden für Demokratie.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dafür eingesetzt, in Deutschland und insbesondere in Lateinamerika auf die problematische politische Situation in Kuba aufmerksam zu machen, deren Bild vielfach durch eine nach wie vor verbreitete „Revolutionsromantik“ getrübt wird. In Mexiko veranstaltete die KAS zudem in Zusammenarbeit mit der Universität CIDE ein zweitägiges Seminar mit renommierten Experten aus Lateinamerika, den USA, Kanada und Spanien, um zunächst eine „politische Landkarte“ Kubas anzufertigen. Das Interesse bestand insbesondere darin zu prüfen, inwieweit bestehende Strukturen in einen demokratischen Übergang einzubinden sind. Führende Kuba-Forscher aus den USA bestätigten zudem die Einschätzung der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass das Varela-Projekt sowie die weiteren Initiativen von Oswaldo Payá und seinen Mitstreitern heute hinsichtlich der Tiefenwirkung und des Organisationsgrades die wichtigste und für Kubas Zukunft nach Castro vielversprechendste Oppositionsbewegung stellen.



# Die Stiftung



# Wir über uns

**Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in zwei Bildungszentren und 19 Bildungswerken aktiv ist.**

**Unsere Auslandsbüros betreuen weltweit mehr als 200 Projekte in über 120 Ländern. Unser Sitz ist Sankt Augustin bei Bonn und Berlin.**

# Wir danken unseren Stiftern, Spendern und Sponsoren

**Konrad Adenauer und seine Grundsätze** sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers; sie ging aus der bereits 1956 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ hervor.

**National und International** setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind uns besondere Anliegen.

**Als Think Tank und Beratungsagentur** erarbeiten wir wissenschaftliche Grundlagen und aktuelle Analysen vorausschauend für politisches Handeln. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

**Auf Tagungen und Kongressen** bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren mehr als 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr 145.000 Menschen (letzte Erhebung).

**Begabte junge Menschen** nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell. Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 9.000 im In- und Ausland.

**Ausstellungen, Lesungen und Preise** ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der Preis Soziale Marktwirtschaft wurde erstmals im Jahr 2002 verliehen.

**Die Geschichte der christlichen Demokratie** in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 165.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

Einen besonderen Dank richten wir an unsere Spender und Sponsoren. Durch sie gelang es im Jahr 2004, die Einnahmen im Bereich der Privaten Finanzierung nahezu zu verdoppeln.

Viele Menschen unterstützen die Stiftung bisher durch die Gründung von Fonds, durch Förderbeiträge im Freundeskreis oder durch Spenden in den Hilfs- und Sozialfonds der Altstipendiaten. Durch ehrenamtliche Tätigkeiten tragen Referenten, Vertrauensdozenten und Altstipendiaten in hohem Maße dazu bei, dass die Stiftung bis heute trotz erheblicher Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse ihre Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen konnte und eine breite Öffentlichkeit im In- und Ausland mit ihren Projekten und Programmen erreicht hat.

Die gesellschaftliche Anerkennung eines Stifters schon zu Lebzeiten, aber auch über den Tod hinaus, verbunden mit legalen Steuervorteilen, macht das Modell der gemeinnützigen Fonds und Stiftungen besonders attraktiv.

Folgende Fonds für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden in den letzten Jahren gegründet:

- Else-Heiliger-Fonds  
zur Förderung bedürftiger deutsche Künstler;
- Theodor- und Elisa-Weimar-Fonds  
zur Förderung der wissenschaftlichen Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen;
- Werner-Hintzler-Fonds  
zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit;
- Hilfsfonds für internationale Solidarität  
für die unbürokratische Einzelfallunterstützung in Not geratener politisch Verfolgter im Ausland.
- Fonds Soziale Marktwirtschaft  
zur Förderung von Aktivitäten, die den Ideen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet sind.

Die jährlichen Erträge aus den zur Zeit bestehenden Fonds unterstützen direkt und ohne zusätzliche Verwaltungsausgaben die Arbeit der Stiftung. Die Verwendung der Mittel wird durch ehrenamtliche Beiräte bestimmt und durch Prüfer sorgfältig kontrolliert.

Wir alle können mehr bewegen, wenn wir Menschen in unserer Umgebung wissen, die uns begleiten und fördern. Wenn auch Sie die Zukunft selbst gestalten möchten und Ihnen bestimmte Schwerpunkte unserer Arbeit, wie z. B. die Begabtenförderung, die politische Bildung, die internationale Zusammenarbeit oder Kunst und Kultur, besonders am Herzen liegen, bietet eine Stiftung oder ein Fonds die ideale Form, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen.

Wir beraten Sie gerne in Ihrem persönlichen Engagement zur Unterstützung unserer Arbeit.

Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Kulcsar

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Tel: 02241 / 246 616

Fax: 02241 / 246 539

E-Mail: [www.petra.kulcsar@kas.de](http://www.petra.kulcsar@kas.de)



# Globale Herausforderungen

Die Hauptabteilung „Internationale Zusammenarbeit“ steht derzeit vor gewaltigen Herausforderungen. Die internationale Sicherheitslage – bedroht durch die Risiken des Terrorismus –, die Zunahme der von Zerfall bedrohten Staaten – Afghanistan, Irak, Liberia, Elfenbeinküste u. a. – und die weltweit spürbaren Folgen der Globalisierung verlangen nach neuen Antworten. Gleichzeitig sieht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Problem immer knapper werdender finanzieller Mittel konfrontiert. Um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, konzentrierte sich die Internationale Zusammenarbeit im Jahr 2004 noch stärker als bisher auf ihre Kernaufgaben. Hierzu gehören Demokratieförderung, Rechtsstaatsberatung, Medien und Soziale Marktwirtschaft. Auch unter schwierigen Bedingungen hält die KAS an ihrer Verpflichtung fest, demokratischen Grundwerten Geltung zu verschaffen, politisch und sozial gerechte Ordnungsmodelle zu stabilisieren und zu der friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist derzeit mit 77 Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeitern in etwa ebenso vielen Außenstellen und Auslandsbüros in wichtigen Hauptstädten der Welt vertreten. Deren Arbeit wird – auch daran sollte einmal erinnert werden – in den jeweiligen Einsatzländern von insgesamt weit über 200 Ortskräften unterstützt und häufig in Kooperation mit noch einmal so vielen Partnerorganisationen umgesetzt. Der weitaus größte Teil des Haushalts, der 2004 zur Verfügung stand, wurde wiederum im entwicklungspolitischen Bereich eingesetzt. Im Mittelpunkt steht hierbei das Anliegen, das Leitbild freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie auch unter den schwierigen Bedingungen der Globalisierung im internationalen Rahmen zur Geltung zu bringen. Dabei ist es zugleich das Ziel, auch die positiven Seiten der Globalisierung zu unterstreichen und den Entwicklungs- und Schwellenländern zu helfen, die damit verbundenen Chancen wahrzunehmen. Weitere Schwerpunktthemen der Arbeit in diesen Ländern waren 2004: die Förderung demokratisch-freiheitlicher Entwicklung durch Bildung und Beratung, Mittelstandsförderung und Ordnungspolitik, politische Dezentralisierung, die Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft, die Entwicklung des ländlichen Raumes, wissenschaftliche Kooperation, die Stärkung von Parteien der politischen Mitte und bewusstseinsbildende Maßnahmen zum Umweltschutz. Ebenso aktiv war die KAS auch in den Hauptstädten vieler europäischer Länder. Das Büro in Brüssel sowie die Außenstelle in Washington haben sich inzwischen zu Drehscheiben der internationalen Zusammenarbeit entwickelt. Die wichtigsten Anliegen hier sind die Stärkung und Weiterentwicklung der europäischen Einigung insbesondere in den ost- und südosteuropäischen Transformationsländern und die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen.

Zentrale Bedeutung kam auch 2004 den Programmen zur Demokratieentwicklung und Rechtsstaatsberatung zu. Sie bilden die beiden wichtigsten Säulen der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Unter den regionalen Rechtsstaats- und Medienprogrammen, an deren Weiterentwicklung kontinuierlich gearbeitet wird, sind besonders hervorzuheben:

**Die Rechtsstaatsprogramme Südamerika, Zentralamerika und Karibik**, deren übergeordnetes Ziel es ist, die Demokratisierung in diesen Regionen nachhaltig zu unterstützen und einen Beitrag zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen staatlichen Ordnung zu leisten, die rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht. Besonderer Bildungs- und Beratungsbedarf besteht gegenwärtig auf dem Gebiet des Verfassungsrechts, des Schutzes der Menschenrechte sowie der Korruptionsbekämpfung.

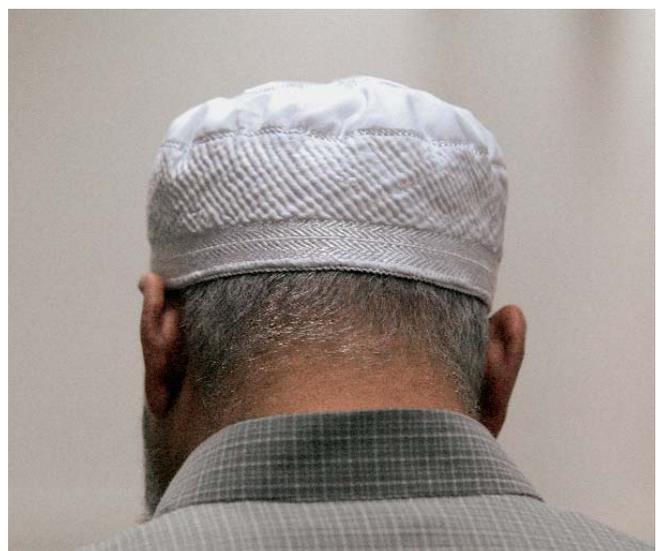
**Die Regionalprogramme Medien und Demokratie in Lateinamerika und Sub-Sahara-Afrika.** Wie die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Medienarbeit in den letzten Jahren nachhaltig ausgebaut hat, beschreibt das Schwerpunkt-Thema „Medien und Demokratie“ dieses Jahresberichts.

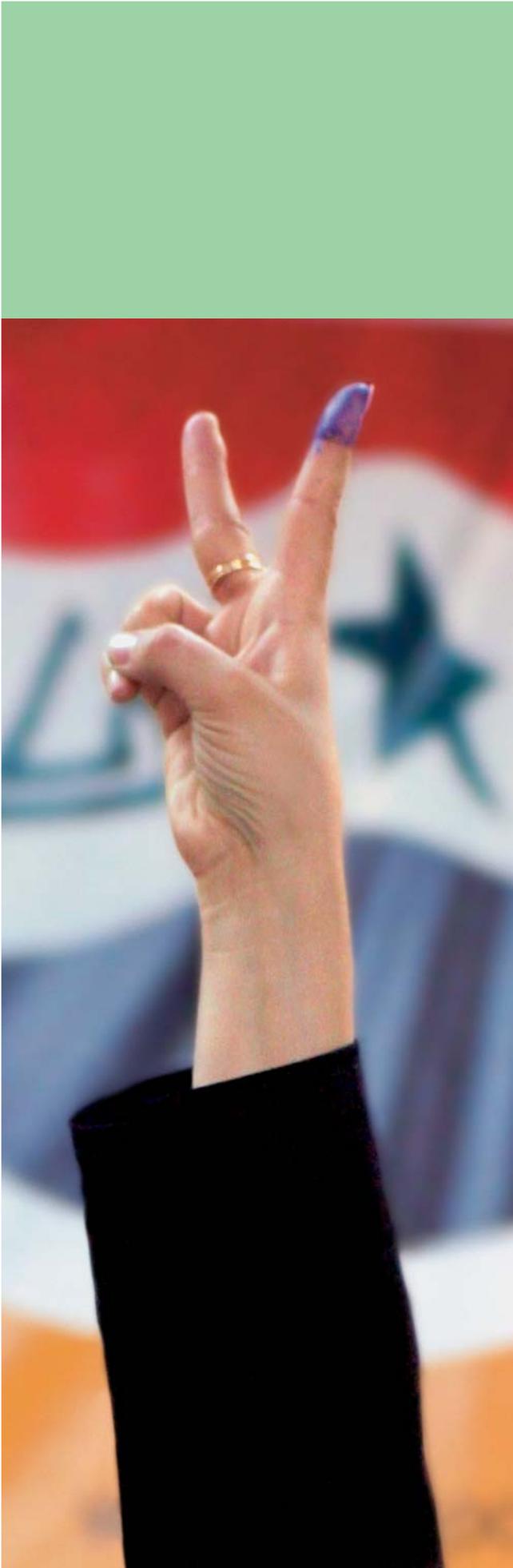
**Das Regionalprogramm Südostasien – Politik und Medien** mit Sitz in Singapur fördert durch seine regelmäßigen Treffen den Wissenstransfer zwischen Think Tanks und Beratungsinstituten aus Europa und der Region Südostasien. Darüber hinaus bietet das Regionalbüro dem East and Southeast Asia Network for Better Local Governments eine Plattform, um ihre Programme im Bereich der Dezentralisierung weiterzuentwickeln.

Ähnliche Programme werden derzeit auch für andere Regionen konzipiert. Hiermit verfolgt die KAS das Ziel, ein globales Netzwerk aufzubauen. Im Rahmen eines neuen Projekts unter dem Titel „Globale Ordnungspolitik“ sollen ab 2005 multilaterale Maßnahmen sowohl zu den Nord-Süd- als auch zu den Süd-Süd Beziehungen entwickelt und miteinander verknüpft werden. Hierdurch

sollen neue Projekte in den beiden Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieentwicklung sowie Folgen und Chancen der Globalisierung gefördert und gesteuert werden. Das Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis der unterschiedlichen und komplexen Aspekte der sich derzeit vollziehenden Globalisierungsprozesse zu fördern, und zwar bei staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Entwicklungs- und Schwellenländern einerseits und denen in wirtschaftlich entwickelten Demokratien andererseits. Ferner will die Adenauer-Stiftung eine Plattform bieten für den Dialog und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen als Elemente globaler Ordnungspolitik zwischen diesen Akteuren in den Bereichen von Gesellschaft und Staat, Wirtschaft und Sozialordnung sowie in ethischen Fragen. Sie leistet hierdurch eine Hilfestellung auf der Grundlage der Wertentscheidungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit sowie der gemeinsam mit Partnern aus Entwicklungsländern erarbeiteten Positionen globaler Ordnungspolitik. Diese dienen – unter Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen – der Erarbeitung von Strategien zur nationalen und regionalen Steuerung der Globalisierungsprozesse und der Bewältigung ihrer Folgen in Entwicklungsländern. Nur so ist es möglich, systematisch die Chancen herauszuarbeiten, welche die ablaufenden Globalisierungsprozesse bei der Verfolgung zentraler Ziele deutscher Entwicklungszusammenarbeit bieten. Hierzu gehören Armutsbekämpfung, Schutz von Menschenrechten, Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie verstärkte politische Partizipation.

Ein ergänzender Bestandteil des Projekts „Globale Ordnungspolitik“ ist die Weiterentwicklung des Dialogs mit dem Islam. Dieser sogenannte Islamdialog erfolgt ebenfalls länderübergreifend und orientiert sich eng an politisch relevanten Sachthemen, die sowohl in Deutschland als auch in der islamischen Welt von aktueller Bedeutung sind. Dabei geht es in der Regel nicht um religiöse Inhalte, sondern um die Folgen der Globalisierung, um demokratische Lösungsmodelle und um die gemeinsame Verantwortung in der Welt. Die Maßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung bemühen sich in besonderer Weise darum, ihr Augenmerk nicht nur auf den Nahen Osten zu richten, sondern die islamischen (und teils islamischen) Länder östlich des Hindukusch und in Sub-Sahara-Afrika gleichgewichtig mit einzubeziehen. Die Stiftung leistet damit einen eigenständigen Beitrag zur Förderung rechtsstaatlichen Denkens in der islamischen Welt, der friedlichen Konfliktregulierung und des interreligiösen Dialogs. In vielen Ländern bietet sie gleich-





zeitig Hilfestellung bei den Prozessen marktwirtschaftlicher Konsolidierung, bei der demokratischen Partizipation und der politischen Konfliktbewältigung. Die KAS trägt so zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt bei und wirkt an der Schaffung einer internationalen Ordnung mit, die Frieden und Gerechtigkeit ermöglicht.

Der Kontext der veränderten internationalen Rahmenbedingungen machte 2004 besonders deutlich, dass Sicherheits-, Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik immer mehr zu einer Einheit verschmelzen. Fragen der Entwicklungspolitik stellen sich zunehmend auch in der Sicherheitspolitik. Die Vermittlung ethischer Grundlagen im Rahmen der Demokratieförderung in der internationalen Zusammenarbeit ist Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik zugleich. Durch ihr weltweites Netzwerk aus Partnerorganisationen, die an strategischer Stelle die politischen Gestaltungsprozesse beeinflussen, kann die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Herausforderungen flexibel und adäquat begegnen.

### **Beispiele für die internationale Arbeit der KAS in ausgewählten Partnerländern und Regionen**

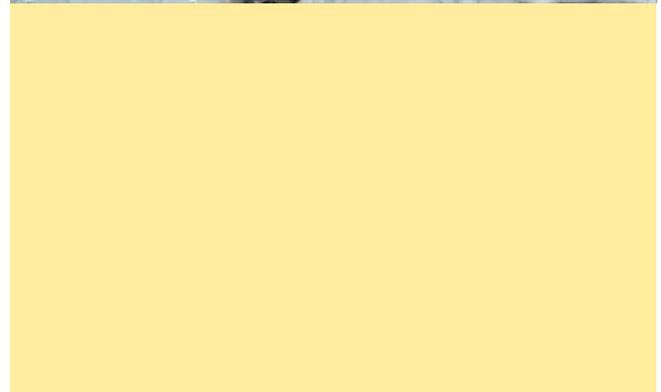
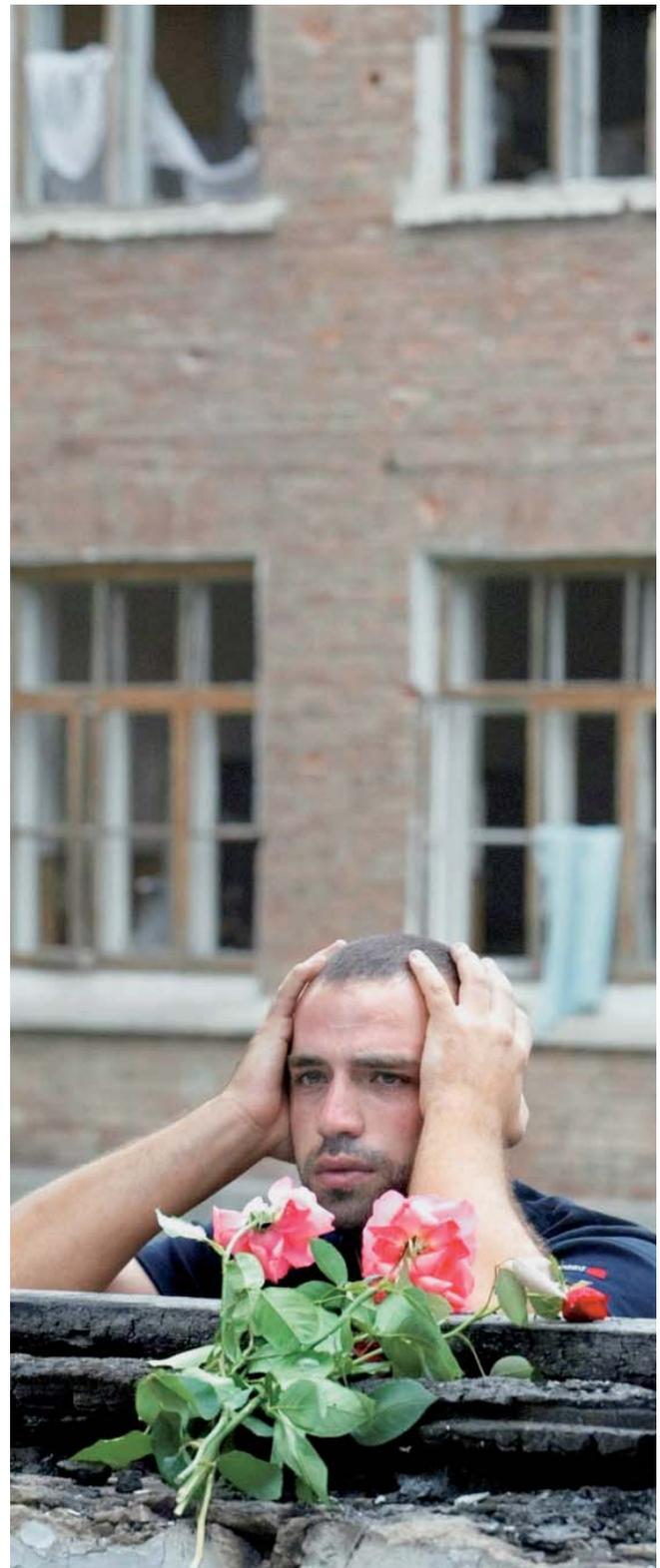
Stellvertretend für die Arbeit in den **USA** soll auf eine Tagung der deutsch-amerikanischen Strategiegruppe hingewiesen werden, die im April 2004 in Washington durchgeführt wurde und die dem Ziel diente, die europäisch-amerikanische Kooperation für die gemeinsame Sicherheit zu stärken. Unter Leitung des ehemaligen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General a.D. Klaus Naumann, reiste eine Delegation hochrangiger deutscher Außen- und Sicherheitspolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Andreas Schockenhoff, Ruprecht Polenz, Klaus-Jürgen Hedrich und Karl-Theodor zu Guttenberg) und der EVP-Fraktion (MdEP Karl von Wogau) im Europaparlament nach Washington. In Zusammenarbeit mit dem ehemaligen US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski und weiteren amerikanischen Experten entwarfen sie ein gemeinsames Strategiepapier zur Zukunft der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit im sogenannten „Greater Middle East“. Neben den Arbeitssitzungen der Strategiegruppe trafen die deutschen Experten zu Gesprächen und Konsultationen mit Vertretern der US-Administration und Mitgliedern des US-Kongresses, u.a. mit den Senatoren Jon Kyl und Gordon Smith, zusammen. Als Ergebnis der Fachtagung verabschiedete die deutsch-amerikanische Strategiegruppe ein Memorandum zur amerikanisch-europäischen Kooperation für eine gemeinsame Sicherheitspolitik.

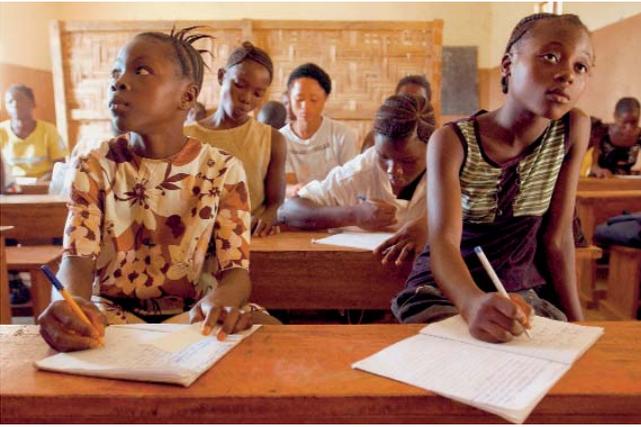




In **Mittel-, Ost- und Südosteuropa** hat die KAS 2004 intensiv bei der Gestaltung des Transformationsprozesses mitgewirkt und den Beitritt von acht Ländern Mittelosteuropas zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 mit zahlreichen Einzelmaßnahmen begleitet. Im Vorfeld der Europawahlen wurde die Professionalisierung von Parteien des bürgerlichen Spektrums im Hinblick auf Management, Organisation und Wählerbindung weiter vorangetrieben. Diese Arbeit wird insbesondere in Südosteuropa auch weiterhin im Mittelpunkt stehen. Ein Großteil der Länder in dieser Region strebt eine baldige EU-Mitgliedschaft an. Dem Ersuchen Bulgariens und Rumäniens, bereits im Jahr 2007 der EU beizutreten, hat sich mittlerweile Kroatien angeschlossen. Hier gilt es, ähnlich wie in Mittelosteuropa tragfähige Strukturen zu schaffen, die erst die Aufnahme in die EU ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit politischen Parteien ist dabei das zentrale Tätigkeitsfeld der Stiftung. Ebenso leistet die KAS einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der krisenbetroffenen Länder Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro sowie Mazedonien durch die Förderung von Eliten und Entscheidungsträgern. Ziel ist es, Anstöße für eine verantwortungsvolle Politik der Verständigung und Versöhnung zu geben, damit auch in dieser Region die lebensnotwendigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demokratischen Transformationsprozesse zu einem guten Ende geführt werden können.

Im Fokus der Interessen der internationalen Zusammenarbeit in Asien steht China. Wie die KAS im bevölkerungsreichsten Land der Welt, in dem sich umfassende Transformationsprozesse vollziehen, agiert, beschreibt das Schwerpunkt-Kapitel „China – Weltmacht im Werden“. Zweitwichtigstes Kernland der internationalen Arbeit in Asien ist **Indien**. Es gehört derzeit zu den am rasantesten aufsteigenden Mächten der Erde. Als bevölkerungsreichste Demokratie der Welt einerseits und als Atommacht andererseits beansprucht das Land in mehrfacher Hinsicht eine neue weltpolitische Rolle. Aus diesem Grund hat die Stiftung im Jahr 2004 begonnen, Indien zu einem neuen Schwerpunktland zu entwickeln. Außenpolitisch zum Beispiel reklamiert Indien nicht nur einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, sondern auch den Status eines Garanten regionaler Sicherheit. Hierauf reagiert die KAS mit multilateralen Dialogprogrammen, in die sie auf der einen Seite neben Deutschland auch die EU und die NATO und auf der anderen Seite China und Japan einbezieht. Damit erkennt sie an, dass Indien es in den vergangenen Jahren geschafft hat, seine Grenzstreitigkeiten mit China weitgehend neu zu regeln und in dem Jahrzehnte alten Konflikt mit Pakistan neue Verhandlungsoptionen zu eröffnen.





Das KAS-Büro in New Delhi hat im Februar und im November 2004 in zwei herausragenden trilateralen Konferenzen, an denen u.a. auch mehrere Mitglieder des Deutschen Bundestages und hochrangige chinesische Delegierte teilnahmen, sowohl sicherheitspolitische als auch wirtschafts- und handelspolitische Fragen thematisiert. Denn auch außenwirtschaftspolitisch geht Indien in die Offensive – ob als Verhandlungspartner der ASEAN Staaten oder als Akteur im Welthandel. Darüber hinaus hat Indien nach der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, dass es den Anspruch an sich selbst stellt, auch in Notfällen nicht mehr auf internationale Hilfe angewiesen zu sein und seine sicherheitspolitischen Interessen im Indischen Ozean souverän vertreten zu können. Indien möchte international mitgestalten und nicht mehr das Image des Entwicklungslandes haben, das gestaltet werden muss.

Die politische und wirtschaftliche Bilanz, die die KAS für 2004 im **Afrika südlich der Sahara** ziehen kann, lässt vorsichtige Hoffnung zu. Zwar bestimmen in Deutschland weiterhin negative Entwicklungen wie in der Elfenbeinküste, der Demokratischen Republik Kongo oder in Simbabwe die Schlagzeilen. Dem stehen aber eindeutig positive Entwicklungen gegenüber, wie sie sich nicht zuletzt in friedlichen und fairen Wahlen in Ghana und Südafrika ausdrücken. Für das Jahr 2005 sieht der Internationale Währungsfond sogar einen Anstieg des Bruttosozialprodukts um 5,8 Prozent und damit den höchsten Anstieg seit drei Jahrzehnten voraus. Eine allgemein spürbare Reduzierung der Armut wird sich durch diese Wachstumsraten zwar noch nicht ergeben. Dieses Wachstum weist aber auf das vorhandene wirtschaftliche Potenzial des Kontinents hin. Länder mit verbesserten politischen Rahmenbedingungen sind wirtschaftlich erfolgreicher und weniger

schockanfällig. Bedingt durch die Heterogenität afrikanischer Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse reichte das Spektrum der Stiftungsarbeit dort auch im Jahr 2004 von der Unterstützung von Reformkräften in autoritären politischen Systemen wie im Fall Simbawes bis hin zur Förderung lokaler politischer Think Tanks in demokratischen Staaten wie Südafrika.

In **Südafrika** unterstützte die KAS im Berichtszeitraum – zehn Jahre nach dem Ende der Apartheid – die Aufarbeitung des Transformationsprozesses. Eine Analyse der südafrikanischen Außenpolitik konnte in 2004 abgeschlossen werden und dient nun insbesondere dem Auswärtigen Ausschuss des Parlaments zur außenpolitischen Willensbildung. In **Simbabwe** sieht sich die Stiftung mit einer Stagnation konfrontiert, die alle Bereiche der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ergriffen hat. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen konnte die KAS zehn öffentliche Diskussionsveranstaltungen durchführen, die parteiübergreifende Themen wie „Auswege aus der wirtschaftlichen Krise“, „Anti-Korruptionspolitik“ oder „Minderheitensprachen“ aufgegriffen haben. In der Demokratischen Republik Kongo startete Ende 2004 eine Reihe von Maßnahmen, die eine faire und demokratische Durchführung der für das neue Jahr vorgesehenen Wahlen sicherstellen sollen. Hierzu gehören u.a. eine intensive Vorbereitung der Medien und die Durchsetzung eines entsprechenden Codes von Verhaltensmaßregeln sowie eine große Konferenz mit dem kongolesischen Nationalparlament zu dem Thema „Voraussetzungen für freie und geheime Wahlen in der DR Kongo“.

Der Dialog mit den **arabischen Staaten** hat 2004 weiter an Bedeutung gewonnen. Dabei ging es unter anderem darum, gegenseitige Mißverständnisse über Religion und Politik aus dem Weg zu räumen. In zahlreichen Veranstaltungen wurde mit Vertreterinnen und Vertretern der arabischen Staaten über das Verhältnis und die Wechselwirkung zwischen Religion und Politik diskutiert. Dabei wurde deutlich gemacht, daß es auch in demokratischen Systemen legitim und möglich ist, Politik aus religiöser Motivation zu gestalten, ohne dass die Religion über die Politik regiert. Die Stiftung führte einen intensiven Dialog mit Vertretern von politischen Parteien und staatlich unabhängigen Institutionen, die für eine politische Dezentralisierung stehen. Gamal Mubarak, Sohn des ägyptischen Staatspräsidenten und Vorsitzender des Programmausschusses der Regierungspartei, der am 2. Dezember 2004 im Rahmen eines Kolloquiums in der Akademie der Stiftung in Berlin sprach, machte für sein Land deutlich, dass den politischen Parteien im zukünftigen Ägypten eine entscheidende Rolle zukommen solle. Gleiches betonte auch der Parlamentspräsident Jordaniens, den Norbert Lammert als stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung Anfang Oktober 2004 bei einer Veranstaltung in Amman traf.





# Politik und Beratung

**Die Hauptabteilung Politik und Beratung hat im zweiten Jahr ihres Bestehens die in vier Arbeitsbereichen - Innenpolitik, Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Europa- und Außenpolitik - konzentrierte inhaltliche Arbeit stark ausgeweitet und ihre Beratungskompetenz kontinuierlich ausgebaut. Aus der Vielfalt der Aktivitäten sollen stichwortartige Beispiele einen Eindruck von der Bandbreite der versammelten Expertise geben.**

**Parteienforschung** Die programmatische Entwicklung der Parteien und die Veränderungen des Parteiensystems sind seit jeher ein zentrales Arbeitsfeld der Stiftung. Im vergangenen Jahr war das Wiedererstarken des Rechtsextremismus eines der Schwerpunktthemen. Nach den Erfolgen der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen wurden die Ursachen der Wahlerfolge und die Entwicklungspotenziale der Parteien im Hinblick auf die Bundestagswahl 2006 analysiert.

**Schwarz-Grüne Bündnisse** In einigen Kommunen funktionieren sie bereits, in anderen wird über die Option schwarz-grüner Bündnisse debattiert. Um Kommunalpolitiker beider Seiten miteinander ins Gespräch zu bringen und die persönliche Annäherung zu fördern, haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung im Dezember 2004 ihre gemeinsame Workshopreihe zum Thema „Schwarz-Grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene“ fortgesetzt.

**Neue Soziale Bewegungen** Im Jahr 2004 hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac durch öffentlichkeitswirksame Aktionen – u.a. bei der Bundespräsidentenwahl oder den Demonstrationen gegen Hartz IV – auf sich aufmerksam gemacht. In einer Studie und auf zahlreichen Veranstaltungen hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Strukturen und Zielen des Netzwerkes der Globalisierungsgegner beschäftigt. Dabei wurde vor allem hinter die Kulissen der Organisation geschaut. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wer Attac dominiert, welche Rolle die Globalisierungskritiker in der deutschen Politik spielen und wie ihre zukünftige Entwicklung einzuschätzen ist.

**Wahlforschung** Im neu eingerichteten Internet-Portal Wahlen ([www.wahlen.kas.de](http://www.wahlen.kas.de)) sind die Wahlergebnisse von Bundes-, Landtags- und Europawahlen seit 1946 einzusehen und werden aktuelle Umfrageergebnisse bereitgestellt. Trends des Meinungsklimas werden dort ständig neu aufbereitet. Nach Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen finden sich dort vertiefende Analysen mit den wesentlichen Einordnungen und Ursachen des Wahlergebnisses. Angeboten werden außerdem Literatur- und Veranstaltungshinweise sowie internationale Wahlergebnisse.

**Neue Länder** Im Jahr 2004 stand die Frage einer Neuausrichtung des Aufbaus Ost im Vordergrund der Arbeit. Der sächsische Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt stellte auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung im April in Berlin sein Konzept „Zukunft Ost – Chance für Deutschland“ vor. Die Strategien der auf Bundesebene agierenden Parteien zum Thema Aufbau Ost wurden in einem Arbeitspapier zusammengefasst und analysiert. Die Synopse bietet dem Leser die Möglichkeit, sich einen raschen Überblick zur Thematik zu verschaffen.

Eine Schlüsselstellung wird in den neuen Ländern der Förderung von Forschung und Entwicklung eingeräumt. Welche Voraussetzungen dafür nötig sind, wurde in einem Expertenworkshop mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft thematisiert.

**Forschung und Innovation** 2004 wurde als "Jahr der Innovation" proklamiert. Dies war für die Stiftung ein Grund mehr, Wissenschaft und Forschung als Motor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen zu thematisieren. In zwei Diskussionsforen wurde die Situation der Hochschulen als wichtiger Ort der Forschung und die Bildung von Clustern behandelt. Ein weiterer Workshop befasste sich mit der europäischen Forschungsförderung im Vorfeld des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU. Die Notwendigkeit einer europäisch abgestimmten Forschung ist unbestritten, nur so kann es gelingen, Europa als führenden innovativen Wirtschaftsraum zu erhalten.

Bei der Tagung „Bio- und Gentechnologie: Chancen für Deutsch-

land“ diskutierten führende Experten die Probleme und den notwendigen Verbesserungsbedarf am Beispiel der Biotechnologie als einer der prominenten "Zukunftstechnologien". Ein Rückblick auf 50 Jahre Gentechnik verdeutlicht die Defizite in Deutschland und ist Grundlage für unverzichtbare Verbesserungsmaßnahmen, um den Biotechnologie- und Forschungsstandort Deutschland international wettbewerbsfähig zu gestalten. Untrennbar mit der Biotechnologie sind Fragen der Bioethik verbunden. Auf der Agenda standen Probleme der völkerrechtlichen Regelungen, des interreligiösen Konsenses zu den ethischen Herausforderungen und die Diskussion um die Sterbehilfe.

**Demographie und Zuwanderung** Auf die gravierenden Folgen des demographischen Wandels hat die Politik bislang völlig unzureichend reagiert. Neben vielen anderen Bereichen bieten sich dabei Optionen in der Familien- und Zuwanderungspolitik an. Aufgrund des demographischen Wandels läuft Deutschland Gefahr, im internationalen Vergleich zurückzufallen. In einer breit angelegten Delphi-Studie haben wir damit begonnen, die Meinungen von Experten unterschiedlicher Fachrichtungen zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands einzuholen. Die Analyse der Umfrageergebnisse aus der Delphi-Studie, die 2005 abgeschlossen wird, wird Handlungsoptionen für die Politik aufzeigen.

**Integration** Vor allem in den größeren Städten nehmen die Probleme der Integration hier lebender Ausländer eher zu als ab. Indikatoren dieser Entwicklung sind hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Deutschkenntnisse und mangelhafte oder keine Schulabschlüsse. Vor allem die türkischen Migranten haben sich in den größeren Städten eine komplette türkische Infrastruktur aufgebaut, die es ihnen ermöglicht, sich in einem geschlossenen ethnischen Umfeld zu bewegen, was die Entstehung von Parallelgesellschaften fördert. Um stärker in die türkische Community hineinzuwirken, wurden regelmäßige Kontakte zwischen Politik und Presse hergestellt. Außerdem wurde mit dem Aufbau einer Datenbank „Integration“ mit Best-Practice-Beispielen begonnen, die 2005 fertig gestellt sein soll.

**Familie** Schule und Kindergarten sind seit der PISA-Studie wieder stärker in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt und zu einem Anliegen aller politischen Parteien geworden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in ihrer Publikation „Jedes Kind zählt: Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung“ und in zahlreichen Expertengesprächen die quantita-





tiven und qualitativen Defizite der Kinderbetreuung in West- und Ostdeutschland thematisiert und versucht, neue Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dabei erscheint ein Umdenken erforderlich zu sein, sowohl hinsichtlich der Bedeutung der ersten Jahre für die Entwicklung des Kindes als auch hinsichtlich der Finanzierung der Kinderbetreuung.

**Bildung und Kultur** Unter den Aktivitäten in 2004 ist das 4. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik am 16. und 17. Oktober hervorzuheben, das dem Schwerpunkt „Erinnerungskultur“ gewidmet war. Eine Broschüre, die die Ergebnisse dieser Veranstaltung zusammenfasst, ist in Vorbereitung. Weitergeführt wurde auch das Online-Periodikum „Kulturpolitische Umschau – Im Gespräch“. Im Bereich der Bildungspolitik wurde die Initiative „Bildung der Persönlichkeit“ mit einem Kerncurriculum zum Musikunterricht, das auch in der überregionalen Presse Beachtung fand, fortgesetzt. Das 15. Wartburggespräch zur Bildungspolitik (19./20. November) fand wieder große Resonanz bei Politik und Verbänden.

**Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung** Sie hat wegen der massiven wirtschaftlichen Probleme Deutschlands hohe Bedeutung und besondere Verantwortung. Sie muss notfalls schmerzhaft Reformen empfehlen, andererseits aber auch praktisch umsetzbar sein. Die KAS hat ein Netzwerk zur wirtschaftspolitischen Politikberatung aufgebaut, um den Dialog zwischen Wirtschaftswissenschaft und Politik zu fördern und so den Reformprozess in Deutschland durch wissenschaftlich solide und politisch realisierbare wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung zu unterstützen. Das Netzwerk tagte im November 2004 zum ersten Mal. Diese Tagungen werden fortgesetzt.

**Osterweiterung der EU** Seit dem 1. Mai 2004 sind 72 Millionen Menschen neue EU-Bürger. Es wurde damit begonnen, ein Netzwerk von leitenden Mitarbeitern wirtschaftspolitischer Beratungs- oder Universitätsinstitute aus Mitglieds- bzw. Nachbarstaaten der EU aufzubauen. Bei einem ersten Treffen diskutierten Vertreter aus 15 Staaten in Berlin wirtschaftliche Chancen und Risiken der Osterweiterung sowie die Beziehungen zu den Nachbarländern der EU. Die Teilnehmer aus Mittel- und Osteuropa waren sehr marktwirtschaftlich eingestellt und befürworteten mehr Wettbewerb, weniger Staatseinfluss, mehr Risiko und Eigenverantwortung als manche ihrer westeuropäischen Gesprächspartner. In den Staaten des ehemaligen Ostblocks scheinen die

Überzeugungen der Sozialen Marktwirtschaft frischer und dynamischer zu sein als etwa in Deutschland.

**Grundfragen der Sicherheitspolitik** Die einzelnen Aktivitäten in diesem klassischen Pfeiler der Stiftungsarbeit wurden von den aktuellen Entwicklungen bestimmt. Die heftige Debatte um das Für und Wider des Irak-Krieges hatte auch die Frage aufgeworfen, wann der Einsatz militärischer Macht vertretbar ist. Während die USA – nach wie vor unter dem Eindruck des 11. September 2001 – das Recht beanspruchen, Streitkräfte auch vorbeugend einsetzen zu können, lehnen andere Länder dies mit dem Hinweis auf das Völkerrecht ab. In einer Studie vertritt die Stiftung die Position, dass die neuartigen Bedrohungen eine Grundsatzdebatte über das Verhältnis von Angriff und Verteidigung erforderlich machen.

**Transatlantische Beziehungen** Herausragendes Ereignisse waren das NATO-Gipfeltreffen von Istanbul und die Präsidentschaftswahlen in den USA. Im Vorfeld des Istanbul-Gipfels wurde eine Analyse vorgelegt, die den Grad der Uneinigkeit im Atlantischen Bündnis aufzeigt. Anlässlich der amerikanischen Präsidentschaftswahlen wurden Einschätzungen über das Profil der Kandidaten in die politischen Entscheidungsprozesse eingespeist. Auch wurden sicherheitspolitische Positionspapiere in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht, um auch im englischsprachigen Raum Informationen bereitstellen zu können.

**Entwicklungspolitik, Globalisierung und Menschenrechte** Seit vielen Jahrzehnten engagiert sich die deutsche Entwicklungspolitik für eine gerechtere Welt, den Abbau von Armut, die Wahrung von Menschenrechten und die faire Gestaltung des Globalisierungsprozesses. Im Rahmen einer Klausurtagung wurden mit zentralen Entscheidungsträgern die derzeitige Entwicklungspolitik mit ihren Schwerpunkten, Instrumenten und Institutionen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Liberalisierung des Welthandels und die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer waren Gegenstand von Expertengesprächen und eines Arbeitspapiers.

**Dialog mit dem Islam** Der Dialog mit dem Islam ist eine der zentralen innen- und außenpolitischen Zukunftsaufgaben. Doch wie, mit wem und über welche Themen soll man ihn führen? Fest steht, dass der Dialog nur dann konstruktiv ist, wenn man die unbequemen Themen nicht scheut. In einer Reihe von Artikeln und dem vierten „Islam-Brief“ wurden Überlegungen über die weitere Ausgestaltung eines kritisch-konstruktiven Dialogs mit Muslimen angestellt und über Veranstaltungen und Aktivitäten der Stiftung berichtet. Eine regelmäßige Diskussionsrunde mit Vertretern aus Politik und Islamwissenschaft hat darüber hinaus neue Ansätze für den Umgang mit dem Islam diskutiert und auf ihre Verwertbarkeit in der politischen Praxis überprüft.

**Stabilität im Nahen und Mittleren Osten** Neben dem Nahostkonflikt bestimmten die Stabilisierungsbemühungen im Irak die sicherheitspolitische Agenda in der Region. Der schwierige Prozess eines Aufbaus demokratischer Strukturen im Land ist nur mühsam vorangekommen. Dennoch gab es einige Fortschritte. Hierzu zählten die Einigung auf eine Übergangsverfassung und die Machtübergabe an eine vorläufige Regierung. Beide Ereignisse wurden in Studien und Arbeitspapieren zeitnah einer kritischen Analyse unterworfen. Daneben hat sich die Stiftung mit den Chancen einer Transformation des Irak zu einer demokratischen Gesellschaft befasst. Dass ein Scheitern der Stabilisierungsbemühungen und die Zunahme von sogenannten „failed states“ nicht nur im Irak zu einem zentralen sicherheitspolitischen Problem werden können, wurde in einer Studie zur Problematik des Staatszerfalls in Entwicklungsländern aufgezeigt.



# Politische **Bildung** und Kommunalpolitik

**Politische Bildung ist eine zentrale Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit ihrem Bildungsangebot richtet sich die Stiftung grundsätzlich an alle politisch interessierten Bürger in Deutschland, darüber hinaus aber auch an wichtige Zielgruppen und Multiplikatoren. Mehr als 100.000 Menschen haben 2004 an den über 1.000 Seminaren und rund 1.000 Abendveranstaltungen teilgenommen. Die regionale Verankerung der Bildungswerke ist dabei eine besondere Stärke der Konrad-Adenauer-Stiftung.**

Die Politische Bildung ist ein Forum der aktuellen politischen Debatte und der grundsätzlichen geistigen Auseinandersetzung für alle Bürger. Sie vermittelt Basiswissen zur christlichen Demokratie, zu den Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie, der Sozialen Marktwirtschaft und der europäischen Einigung und baut Brücken zur praktischen Politik, gerade auch für Menschen im vopolitischen Raum, die Politik und Parteien noch skeptisch gegenüberstehen.

Mit den Leitthemen der Konrad-Adenauer-Stiftung – Soziale Marktwirtschaft, Europa und Ethik der Bürgergesellschaft – ist auch der politischen Bildungsarbeit der Rahmen vorgegeben. Um politische Wirksamkeit zu entfalten, sind dabei die Leitthemen für die Bildungsarbeit auf zwei Kernbotschaften fokussiert worden. Die erste Botschaft hieß: Die Politische Bildung fordert und fördert mit ihren Veranstaltungen den Mut zur Eigenverantwortung. Durch die Rückbesinnung auf den Grundsatz der Subsidiarität wurden wesentliche ordnungspolitische Einsichten der Sozialen Marktwirtschaft neu ins Bewusstsein gerückt, das Leitbild für den institutionellen Aufbau Europas in Erinnerung gerufen und das bürgerschaftliche Engagement geweckt, um öffentliche und private Aufgaben neu zu justieren. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels, der Globalisierung und der demographischen Umbrüche hat die Politische Bildung den Zusammenhang von Freiheit, Verantwortung und Solidarität in ihren Veranstaltungen diskutiert.

Die zweite Botschaft lautete: Die deutsch-amerikanische Partnerschaft stärken und Europa voranbringen. Sie zielt angesichts eines emotionalisierten Antiamerikanismus in Deutschland auf eine neue Fundierung des transatlantischen Verhältnisses in der Bevölkerung einerseits sowie auf die Vermittlung des europäischen Einigungsgedankens andererseits. Dabei ist die Förderung der europäischen Einigung untrennbar mit der Weiterentwicklung der transatlantischen Partnerschaft verbunden. Dass die Politische Bildungsarbeit mit dem Thema Amerika entgegen einer kritischen Stimmung in der Öffentlichkeit gerade unter jungen Erwachsenen auf große Sympathie stößt, belegen eindrucksvoll die Erfolge der Abiturientenakademien des Sommers 2004 und die am 2. November 2004 in Eichholz veranstalteten US-Wahlnacht (s.a. Kapitel Highlights) sowie das hohe Interesse aller regionalen Printmedien und der

Fernseh- und Radiosender an dieser Veranstaltung. Beide Aspekte versteht die Politische Bildung als zwei Seiten einer Medaille. Der Generation, die die deutsch-amerikanische Freundschaft aus eigener Erfahrung mitgetragen hat, folgt die Generation derer, die ein solches emotionales Verhältnis zu den USA nicht mitbringt. Vor dem Hintergrund des Irak-Krieges hat die Politische Bildung in ihren Veranstaltungen die amerikanische Rolle beim Wiederaufbau Europas und im europäischen Einigungsprozess sowie die europäische Verankerung Deutschlands und seine Freundschaft zu den USA hervorzuheben.

Die Angebote im Bildungszentrum Eichholz sind eng verzahnt mit der Arbeit der regionalen Bildungswerke. Eichholz führt aber auch eigene Maßnahmen durch. Diese richten sich mit einem aufbauenden Qualifikationsangebot vorwiegend an politisch Interessierte auf der Länder- und Bundesebene, während die Bildungswerke durch ihre grundlegenden Aktivitäten für eine breite Präsenz der Stiftung in den Regionen sorgen. Das Bildungszentrum Wendgraben arbeitet in besonderer Weise für die innere Einheit Deutschlands und die europäische Integration. Dabei konzentriert es sich auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur aus Sicht der Opfer sowie auf die Vermittlung des europäischen Gedankens und von Informationen über die mittel- und osteuropäischen Staaten.

Die Abteilung Politische Bildung und Zeitgeschehen befasst sich mit grundsätzlichen Fragen der Politischen Bildung. Ein Schwerpunkt ist dabei die Analyse und Umsetzung neuester Entwicklungen der Didaktik, Methodik und Evaluierung der Politischen Bildung. Politische Grundströmungen und Wertorientierung in der pluralistischen Gesellschaft sowie die Stärkung des Mutes zur Eigenverantwortung sind zentrale Themen. Weitere Themen waren die Berücksichtigung der Folgen demographischer, sozialer und globaler Entwicklungen. Sie wurden durch öffentliche Veranstaltungen, z.B. mit Seminarreihen zur Christlich Demokratischen Idee und zum Vereinsmanagement, aufgenommen und mit verschiedenen Zielgruppen, darunter Jugendliche, Pädagogen, Journalisten, Bundeswehr- und Polizeiangehörige, diskutiert.

Um das nach wie vor wichtige Ziel einer wirtschaftspolitischen Breitenbildung zeitgemäß und nachhaltig zu erreichen, wurden die Schwerpunktthemen aus Sicht der Sozialen Marktwirtschaft



behandelt: Zukunft der sozialen Systeme, Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum und Globalisierung, das Verhältnis von Staat und Unternehmen sowie die Reform der Steuerpolitik.

Außerdem wurden Maßnahmen zur Qualifikation neben- und hauptamtlicher Kommunalpolitiker durchgeführt. Forumsveranstaltungen dienten als Begegnungsort von Menschen aus Wissenschaft und kommunaler Praxis sowie als Informationsplattform für Best-Practice-Lösungen. Künftig erfordert Kommunalpolitik nicht nur neue Anstrengungen, sondern auch neue Perspektiven, die zu einem neuen wirtschafts-, finanz-, stadtentwicklungs- und kulturpolitischen Aufgabenverständnis der Kommunen führen. Neue Leitbilder orientieren sich dabei an den Erfordernissen nachhaltiger Regionalentwicklung. Zu den besonderen Themenschwerpunkten zählten Strukturwandel und regionale Kooperation, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa, kommunaler Kulturauftrag sowie kommunale Aufgabenerfüllung in Kooperation mit der Wirtschaft.

Kommunikation und Massenmedien sind für die Gestaltung und Akzeptanz von Politik immer wichtiger geworden. Zur Reflexion über Entwicklungen in der Mediendemokratie, zur Präsentation aktuellster Erkenntnisse im politikfeldübergreifenden, internationalen Vergleich und zur Einübung relevanter Kommunikationstechniken machte die Abteilung Politische Kommunikation ein umfangreiches Angebot. Dazu gehörten Seminare, Trainings und Workshops vor allem für Multiplikatoren und Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Politische Rhetorik, Medientrainings, Praxis für Redenschreiber und Internet-Verantwortliche sowie eine gezielte PR-Weiterbildung standen im Zentrum. Highlights des Jahres 2004 waren die international besetzte Fachkonferenz zum Thema Wahlkampfkommunikation beim ZDF in Mainz und ein intensives Programm zur Beobachtung der amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

Im Mai 2004 vollzog sich der letzte Umzug eines Bildungs-

werks in die Landeshauptstadt, von Aachen nach Düsseldorf. Im überfüllten Plenarsaal des Düsseldorfer Landtags gab der Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel den Startschuss für die Arbeit vor Ort. Dabei betonte der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers MdL die Notwendigkeit eines pluralistischen politischen Bildungsangebots zur Stärkung und Stabilisierung unserer freiheitlichen Demokratie.

Bereits am 24. Februar 2004 hatte Bernhard Vogel das Bildungswerk Schwerin (vormals Rostock) und am 10. März das Bildungswerk Dresden (vormals Leipzig) jeweils der neuen Bestimmung übergeben. Damit unterhält die KAS bis auf Sachsen-Anhalt (Bildungszentrum Schloss Wendgräben) in jedem Bundesland, in dem sie vertreten ist, ein Bildungswerk in der Landeshauptstadt.

Neben dem bisherigen politischen Bildungsauftrag führen die Bildungswerke als Landeshauptstadtbüros Veranstaltungen mit besonderer, landesweiter Bedeutung durch, verstehen sich auch als Seismograph für landesspezifische Entwicklungen, um sie in die Stiftung zu kommunizieren. Darüber hinaus bilden und pflegen sie Netzwerke mit gestaltenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

In der Bundesstadt Bonn kamen bei den „Wasserwerk-Gesprächen“ im Jahr 2004 im ehemaligen Bonner Plenarsaal der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Professor Lothar Späth, der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General a. D. Klaus Naumann, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, Klaus Zumwinkel, der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki sowie der frühere Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Joachim Gauck, vor jeweils über 1000 Zuhörern zu Wort. Die Politische Bildung unterstrich damit an diesem für die parlamentarische Demokratie so wichtigen Ort die enge historische und politische Verbundenheit der Stiftung mit dem Rheinland. Aufgrund des außerordentlich großen Publikumsinteresses werden die Vorträge aufgezeichnet und jeweils als CD veröffentlicht.





# Begabtenförderung und Kultur

Im Rahmen ihrer Initiative zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hatte die Begabtenförderung mit der Fachschaft Naturwissenschaft 2003 ein Forum geschaffen, das die innerdisziplinäre Kommunikation intensivieren sollte. Mit einer im Juli 2004 in Eichholz durchgeführten fachwissenschaftlichen Tagung, an der fast 50 Stipendiaten und Altstipendiaten teilnahmen, konnte die von Stipendiaten und Altstipendiaten gebildete Lenkungsgruppe der Fachschaft einen ersten wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Zieles realisieren. In Zusammenarbeit mit den Stipendiatensprechern wurde ein neuer Seminartyp „Initiativseminare – von Stipendiaten für Stipendiaten“ erarbeitet, aus dem 15 Pilotprojekte für das Seminarprogramm 2005 der Begabtenförderung hervorgingen.

Die Initiativen zur Ansprache von potenziellen Interessenten in bislang unterrepräsentierten Fachrichtungen, die zahlreichen Informationsveranstaltungen, die gezielten Werbemaßnahmen und die Kontakte zu ausgewählten Schulen führten im Bereich der **Deutschen Studentenförderung** 2004 erneut zu einem Anstieg der Bewerberzahlen um 5,3 % gegenüber 2003 auf 1142. Die Zielvorgabe für die Förderung von Fachhochschulstudenten konnte mit 106 Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahre 2004 trotz der rückläufigen Aufnahmezahlen in der Erstförderung wiederum erreicht werden.

Die Gesamtzahl der Stipendiaten aller Förderungsbereiche verminderte sich 2004 im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf insgesamt 1.743 (2003: 1.867). Davon entfielen auf die Deutsche Studentenförderung 1.223 (2003:1.275), auf die Deutsche Graduiertenförderung 288 (2003: 323) und auf die Ausländerförderung 232 (2003:246). Neu in die Begabtenförderung aufgenommen wurden 357 Stipendiatinnen und Stipendiaten. Gegenüber den 356 Neuaufnahmen des Jahres 2003 ist dies insgesamt gesehen keine merkliche Veränderung.

Im Jahr 2004 stiegen die Bewerberzahlen in der **Deutschen Graduiertenförderung** zwar weiter an, doch angesichts der verfügbaren Mittel konnten auch diesmal nur zwei Auswahltagungen durchgeführt werden. 80 Nachwuchswissenschaftler wurden in die Förderung aufgenommen. Von den Absolventen des Jahres schlossen 23 mit summa cum laude, 44 mit magna cum laude und 10 mit cum laude ab. Die Stipendiaten des Promotionskollegs „Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Gesellschaften in der Zeit ihrer Teilung“ stellten bei zwei Treffen erste Forschungsergebnisse vor. Neu ausgeschrieben wurde der Themenschwerpunkt „Der Gottesbezug im Verfassungsdiskurs“. Die KAS möchte einen Beitrag zur Analyse und Aufarbeitung dieses Themenfeldes leisten und vergibt Stipendien an geeignete Promovenden ([www.kas.de/begabtenfoerderung/1791\\_webseite.html](http://www.kas.de/begabtenfoerderung/1791_webseite.html)).

Die Jahrestagung der Vertrauensdozenten fand 2004 in Münster statt. Begegnungen mit der Politik waren ebenso Teil des Programms wie historische und naturwissenschaftliche Themen, Exkursionen und ein Kammerkonzert. Aus dem KAS-Vorstand berichtete die stellvertretende Vorsitzende und Vertrauensdozentin Prof. Beate Neuss. Vier aus dem Amt scheidende Vertrauensdozenten wurden verabschiedet. Neu gewählt wurde der Sprecherrat der Vertrauensdozenten.

Zusammen mit den Stipendiaten und Vertrauensdozenten bilden die **Altstipendiaten** der Konrad-Adenauer-Stiftung ein herausragendes Kompetenz-Netzwerk in allen Studien- und Wissensbereichen. 7.150 ehemalige Stipendiaten im Inland und knapp 2.000 im Ausland tragen in unterschiedlichsten Funktionen Verantwortung in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Sie setzen Akzente in Kunst und Kultur und sind Teil der Funktionseliten Deutschlands und jener Länder, in denen sie leben und arbeiten oder deren Staatsangehörigkeit sie besitzen. Als Mitglieder der „KAS-Familie“ wirken sie mit ihren an den christlich-demokratischen Grundüberzeugungen orientierten Wertvorstellungen an der Entwicklung ihrer Gesellschaften und Staaten mit. Darüber hinaus sind sie wichtige Ansprechpartner für die aktuellen Stipendiaten in Studien- und Berufsfragen, die Vertrauensdozenten sowie für Veranstaltungen und Projekte der Stiftung. Als Nachfolger von Rainer Nitsche als Sprecher der Altstipendiaten, der das Amt seit 1998 bekleidete und nicht mehr kandidierte, wurde auf der Jahrestagung 2004 in Bremen der langjährige Schatzmeister Ralf Heimbach gewählt. Dirk K. Martin wurde neuer Schatzmeister.

Mit der finanziellen und ideellen Förderung ausländischer Graduiertes und Studierender gibt die **Ausländerförderung** einen wichtigen Anstoß zur Ausbildung künftiger Führungskräfte weltweit und gewinnt kompetente Partner für Deutschland. Die Stipendiaten leisten während der Förderung ihrerseits einen Beitrag zur Internationalität deutscher Universitäten. Ihre Integration in unsere Seminare trägt zur Bildung von Netzwerken deutscher und ausländischer Eliten bei. Von den 2004 geförderten 232 ausländischen Stipendiatinnen und Stipendiaten kamen 40 aus Asien, 14 aus dem Nahen Osten, 5 aus Afrika, 75 aus Lateinamerika, 93 aus MOE-Staaten, zwei aus Griechenland und drei aus den USA. Aus Mitteln des Osteuropaprogramms "KASTOR" der Altstipendiaten wurden drei Ausländer mit Vollstipendien gefördert.

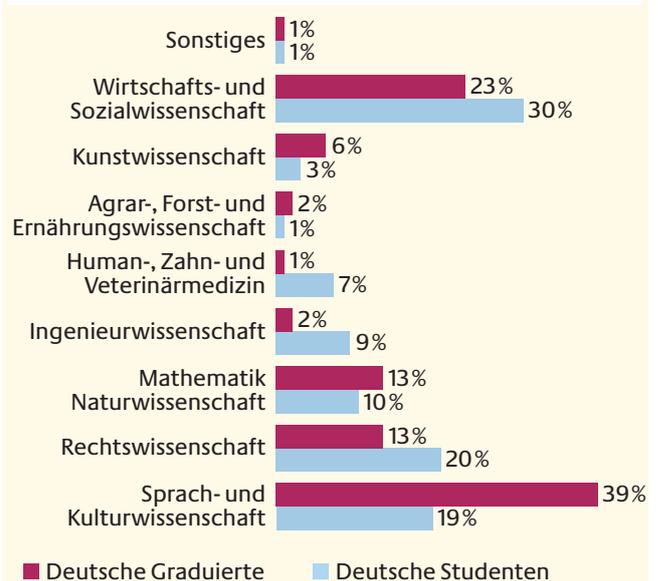
Es fanden für die Auswahl neuer Stipendiaten Auswahltagungen statt in Korea, der Tschechischen Republik, Kolumbien, Polen (mit Bewerbern aus Polen und aus Belarus), der Russischen Föderation und in der Ukraine.

Der akademische Erfolg der ausländischen Stipendiaten ist erneut überzeugend: Von den 49 uns vorgelegten Promotions- bzw. Examszeugnissen waren fast 94% mit einem Prädikat benotet. Erfreulich ist auch, dass viele Promotionsabschlüsse nach erstaunlich kurzer Förderungszeit erreicht werden konnten.

Die Abteilung **Berufsorientierung/Berufsförderung** unterstützte 2004 die Stipendiatinnen und Stipendiaten mit vielfältigen Maßnahmen auf ihrem Weg von der akademischen Ausbildung in verantwortliche berufliche Positionen. Sie begleitete Altstipendiaten besonders während der ersten Berufsjahre. Zentrales Ziel war die Vorbereitung von leistungs- und wertorientierten Nachwuchseliten auf Karrieren in nationalen, europäischen und internationalen Arbeitsfeldern vor allem in Politik und Wirtschaft.

Die Abteilung kooperierte dabei mit renommierten deutschen Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und politischen Mandats- und Funktionsträgern. Hochrangige Altstipendiatinnen und Altstipendiaten in verantwortungsvollen beruflichen Positionen unterstützten die Erfüllung der Aufgaben. Dies hat wesentlich zur Qualifizierung der Arbeit und aufgrund der externen Finanzierung zahlreicher Projekte zu einer erheblichen Einsparung von Haushaltsmitteln beigetragen.

### Aufteilung nach Studienfächern Deutsche Studenten und Deutsche Graduierte 2004



Die engen Kontakte zur Wirtschaft hat die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung 2004 weiter intensiviert. Von mehrtägigen Workshops, die die Unternehmen exklusiv für die Stipendiatinnen und Stipendiaten im In- und Ausland durchführten, über Kooperationen bei Campusaktivitäten bis hin zur Durchführung von Praktikantenprogrammen reichten die Maßnahmen. Regelmäßig wurden auch junge Altstipendiaten in Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen für Nachwuchskräfte und in Trainee-programme der Unternehmen einbezogen. Kooperationspartner waren renommierte Unternehmen wie Siemens, Procter&Gamble, Deutsche Bank, die Unternehmens- und Managementberatungen McKinsey&Company, The Boston Consulting Group, Bain&Company, A.T.Kearney sowie die Werbe- und Marketingagentur BBDO Germany.

Gemeinsam mit der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit wurden auch 2004 Praktika, Tätigkeiten als Werkstudent und Wahlstationen für Rechtsreferendare im In- und Ausland vermittelt. Zudem konnten Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Praktikumsbörse der Berufsförderung online nach über 150 interessanten Angeboten recherchieren. In speziellen Bewerbungstrainings wurden Berufseinsteiger von erfahrenen Personalberatern des Zentrum für Management- und Personalberatung Edmund Mastiaux & Partner in Bonn auf Bewerbungsverfahren, Vorstellungsgespräche und Assessment-Center vorbereitet. Die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Frauen auf dem Weg in Führungspositionen“ vermittelte Stipendiatinnen und jungen Altstipendiatinnen Strategien für den beruflichen Aufstieg. Kommunikations- und Kreativitätstrainings für junge Altstipendiaten ergänzten das Veranstaltungsangebot.

Eine völlig neuartige Form der Kooperation ist 2004 mit der Societät für Unternehmensplanung/S?U?P eingeleitet worden. S?U?P ist ein internationaler Marktführer im Bereich Personalrekrutierung und Personalentwicklung. Das Unternehmen wird künftig talentierte junge Altstipendiatinnen und Altstipendiaten mit einer ausgeprägten Wertorientierung für jeweils zehn Jahre in einem individuell zugeschnittenen Coaching-Programm auf berufliche Verwendungen in Führungspositionen vorbereiten. Vier Altstipendiaten haben sich 2004 im Rahmen eines Wettbewerbs für das Programm qualifiziert. Mit diesem Projekt wollen S?U?P und Konrad-Adenauer-Stiftung in der Öffentlichkeit ein Signal setzen, dass es heute nicht nur um berufliche Leistungen allein geht, sondern dass die Gesellschaft in besonderer Weise auf wertgebundene Eliten angewiesen bleibt.

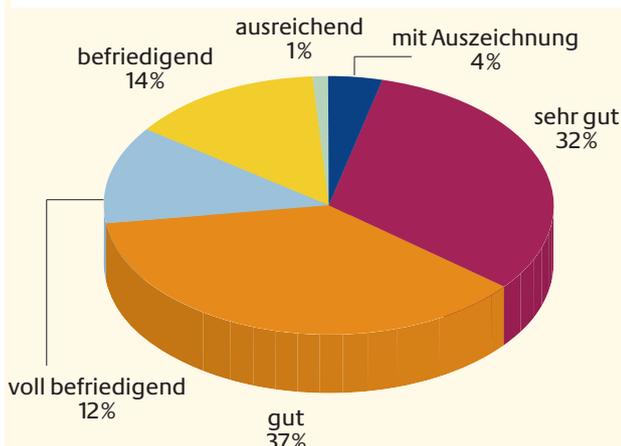
Auf großes Interesse und Akzeptanz in den Medien ist die volontariatsadäquate Ausbildung der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) gestoßen. Das Programm der **Journalisten-Akademie** überzeugte durch eine gelungene Mischung an Praxis- und Theorieseminaren, sowie einer flexiblen Anpassung an aktuelle Anforderungen des Medienmarktes. Die technische Ausstattung des mobilen Redaktionssystems konnte ausgebaut werden. Dies erleichterte die professionelle Produktion von Radio- und TV-Sendungen. Darüber hinaus entstanden zahlreiche schwerpunktbezogene Internet-Dossiers und Veröffentlichungen, zum Beispiel die Publikation „Jüdisches Leben in Berlin“. Stipendiaten der JONA erhielten renommierte Auszeichnungen. Björn Brückeroff aus Münster zum Beispiel gewann den Grimme-Online-Award für sein Magazin „Die Gegenwart“. Der Preis gilt branchenintern als „Internet-Oscar“.

Große Resonanz erzielten die Auslandsreisen des Medien-Kollegs, die in Kooperation mit Medienunternehmen wie z.B. RTL stattfanden. Die teilnehmenden Volontäre und Redakteure trafen in New York, Washington und Warschau Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien, führten Hintergrundgespräche und veröffentlichten im Anschluss zahlreiche Artikel.

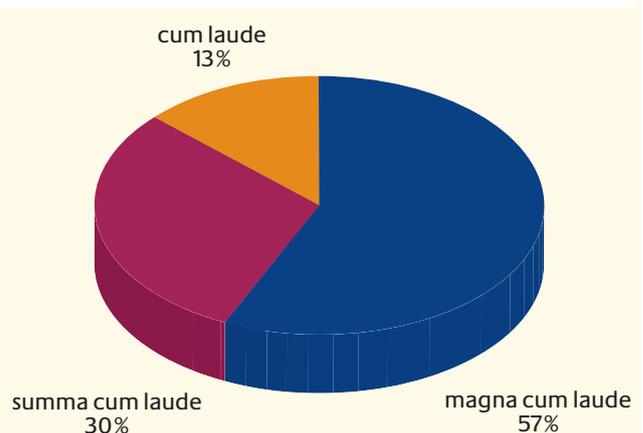
Die Medien-Werkstatt erweitert mit Seminaren für Schülerzeitungsredakteure – insbesondere in den Bereichen Print- und Bildjournalismus – das Ausbildungsprogramm der Akademie. Durch direkte Ansprache von Schulen konnten 2004 mehr als 500 Schülerinnen und Schüler über das vielfältige Berufsbild des Journalisten informiert und gewonnen werden. Die steigende Nachfrage rechtfertigt das vielfältige Seminarprogramm. Vielfältige Schulk Kooperationen mit Gymnasien aus dem gesamten Bundesgebiet stellen die bundesweite Arbeit auf eine solide Basis. Überdies eröffneten Kooperationsveranstaltungen mit Verbänden der deutschen Jugendpresse neue Perspektiven

Die großen künstlerischen und literarischen Veranstaltungsreihen der Abteilung **Kultur** in der Tiergartenstraße haben sich längst zu festen Terminen in der Kulturmetropole Berlin etabliert. Den Auftakt des umfangreichen Kulturrengagements 2004 machte eine feierliche Soirée für Adolf Muschg, den die Konrad-Adenauer-Stiftung gleich zu Beginn des Jahres ehrte. Der Schweizer Schriftsteller und amtierende Präsident der Akademie der Künste war Gast der nun schon traditionsreichen Hommage, die alljährlich einer herausragenden Persönlichkeit des deutschsprachigen Kulturlebens gilt und zu der stets der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung gehören.

### Examensstatistik Deutsche Studentenförderung (einschl. JN) 2004



### Deutsche Graduiertenförderung Promotionsabschlüsse 2004



nauer-Stiftung, Norbert Lammert, einlädt. Die Laudatio auf Muschg übernahm der Schriftstellerkollege Harald Hartung. Buchstäblich von den Stühlen gerissen wurde das überfüllte Auditorium schließlich durch das fulminante Konzert der von der Stiftung geförderten Pianistin und Chopin-Preisträgerin Catherine Gordeladze.

Die international gefragte Musikerin ist nur ein Beispiel für das Erfolgsprogramm des Else-Heiliger-Fonds zur Unterstützung hochqualifizierter und bedürftiger Künstler. Die Anfangsbuchstaben EHF sind zu einem festen Begriff geworden und bürgen für national und international anerkannte Qualität. Auch in diesem Jahr präsentierte die Stiftung ihre Stipendiaten in einer Gruppenausstellung mit szenischer Lesung und stellte damit die Träger des Stipendiums aus dem laufenden Jahr in den Kategorien Bildende Kunst, Literatur und Schauspiel der Öffentlichkeit vor. Erstmals trafen sich ehemalige und aktuelle Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds und Vertreter aus dem Bereich der Kulturvermittlung (Deutsche Guggenheim, ART FORUM, Feuilleton des Tagesspiegel) am Comer See in Konrad Adenauers Feriendomizil, um über „Tabus in Kunst und Literatur“ zu debattieren; ein erfolgversprechender Beginn eines interdisziplinären Austausches.

**Die Villa La Collina in Cadenabbia** war 2004 auch wieder inspirierender Treffpunkt von Schriftstellern, die aus unveröffentlichten Texten lasen und sich anschließend der Diskussion mit der Literaturwissenschaft und der Literaturkritik stellten. Zum zehnjährigen Jubiläum der von Professor Birgit Lermen initiierten Autorenwerkstatt kam auch der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Bernhard Vogel, an den Comer See, um mit den Autoren ins Gespräch zu kommen und ein Jahrzehnt Werkstattgespräche und Lesungen Revue passieren zu lassen.

So sehr die (poetische) Sprache und die Ausdrucksformen der Bildenden Kunst über Bedürfnisse, Hoffnungen und Ängste der Menschen erzählen, Identität schaffen und diese zugleich spiegeln, so sehr gibt die Architektur über das Leben in urbanen Strukturen Auskunft. Die vom Stellvertretenden KAS-Vorsitzenden Anton Pfeifer unterstützte Architekturreihe bat u.a. Stararchitekt Hans Kollhoff, Armand Grüntuch und Thomas Willemeit (graft) zu einem Kamingsgespräch, um über „Schönes Wohnen“ – so der ironische

Titel der überfüllten Veranstaltung – zu diskutieren und dabei der Frage nachzuspüren, ob die moderne Architektur den Menschen aus dem Blick verliert. Die lebhafteste Diskussion bildete zugleich den Rahmen für die Ausstellung dreier von der KAS geförderten EHF-Künstler, die sich der Problematik aus dem Blickwinkel der Bildenden Kunst annahmen.

**Zu den Höhepunkten des „Kulturjahres“** zählt der Internationale Kulturabend der KAS, der 2004 gemeinsam mit der Niederländischen Botschaft veranstaltet wurde. Unter der Regie von Generalsekretär Wilhelm Staudacher und S.E. Botschafter Nikolaos van Dam präsentierte sich das Nachbarland mit herausragenden Vertretern der zeitgenössischen Kunst und Kultur. Neben der Lesung von Hans Maarten van den Brink sorgte vor allem die spektakuläre Installation „PAX“ von Ritsaert ten Cate noch lange für Gesprächsstoff: Europa auf der Suche nach seiner Identität in einer globalisierten Welt.

Um die kulturelle Begegnung mit dem europäischen Nachbarn in Europa ging es auch in zwei Konferenzreihen der Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine osteuropäische Tagungsreihe, die mit Wissenschaftlern, Politikern, Schriftstellern und Studenten in Prag (2002) begonnen und in Danzig (2003) fortgesetzt wurde, widmete sich vor allem dem kulturpolitischen Dialog und der Stärkung der deutschen Sprache und Literatur in den Beitrittsländern. Die Danziger Tagung ist in dem soeben erschienenen Sammelband „Europa im Wandel“ dokumentiert. Im Mittelpunkt der Beiträge stehen die deutsch-polnischen Beziehungen im zusammenwachsenden Europa (Bernhard Vogel, Norbert Lammert), die Erfahrungen von Diktatur, Kollektivismus und Judentum, von Identität und Vertreibung und die Rolle der Literatur als „Raum des europäischen Gewissens“ (Stefan Chwin).

In der westeuropäischen Konferenzreihe war 2004 die französische Gegenwartsliteratur Thema der Eichholzer Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Französischen Botschaft durchgeführt wurde. Die Vorträge – u.a. von Professor Jean-Marie Valentin (Sorbonne, Präsident des Internationalen Germanistenverbands) – über das deutsch-französische Verhältnis heute, über europäische Identität und die wechselseitigen literarischen Bilder der Nachbarnationen liegen mittlerweile auch in einem Sammelband vor. Besonders großen Anklang fand die Lesung des 1938 vor den Nationalsozialisten nach Italien und Frankreich geflohenen Schriftstellers und Übersetzers Georges-Arthur Goldschmidt aus seiner Autobiographie „Über die Flüsse“.

Fortgesetzt wurde auch der an die Bibelreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung anknüpfende Bonner „Dialog der Religionen“. Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, und der Schriftsteller Martin Mosebach sprachen, moderiert von Thomas Rachel MdB, dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, über die Pluralität im ökumenischen Dialog als Vorbild für das Gespräch zwischen den Weltreligionen.

Flankiert wurden die Kulturveranstaltungen mit dem Berliner Theaterseminar, mit Fachtagungen für Lehrer und einer Lesung von Julia Franck, die sich in ihrem Roman „Lagerfeuer“ der deutsch-deutschen Flüchtlingsthematik zuwendet. Im Jahr 2004 vergab der Beirat des Else-Heiliger-Fonds zur Förderung von Künstlern bei etwa 250 Bewerbungen 11 Arbeitsstipendien und 2 Studienstipendien.





# Wissenschaftliche Dienste

Der Tag der Archive, der Ende September 2004 bundesweit zum zweiten Mal stattfand, bot Gelegenheit, die unschätzbaren Sammlungen des Historischen Archivs, der Spezialbibliothek und der Dokumentation einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Ca. 160 Gäste nahmen die Möglichkeit wahr, persönlich die „Wissenschaftlichen Dienste“ kennen zu lernen. Die Präsentation des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) als weltweit anerkanntes Kommunikations- und Dokumentationszentrum der christlich-demokratischen Bewegung und wichtige Anlaufstelle der zeitgeschichtlichen Forschung fand bei den Besuchern und der Presse ein positives Echo.

Kernaufgabe des Historischen Archivs ist die systematische Erfassung und Sammlung der schriftlichen und audiovisuellen Materialien von Organisationen, Gremien und Repräsentanten der CDU, ihrer Vorläuferparteien und der internationalen Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien. In den riesigen Magazinräumen ist historisch wertvolles politisches Schriftgut aufbewahrt. Darunter finden sich auch zahlreiche herausragende Stücke, wie der Abschiedsbrief des nach dem 20. Juli 1944 zum Tod verurteilten Andreas Hermes, eine Abmahnung von Bundeskanzler Konrad Adenauer an Familienminister Wuermeling, Korrespondenz von Bundeskanzler Kiesinger mit ausländischen Staatsmännern, hohe ausländische Orden, die Totenmaske Heinrich Köpplers oder ein Henkelmann mit dem Konterfei Kurt Biedenkopfs. Die Vielfalt des Historischen Archivs wurde auch präsentiert durch seine umfangreiche Sammlung politischer Plakate zu den Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen (Stand 2004 ca. 18.500 Objekte), seine Fotosammlung, die vorwiegend CDU-Politiker, Parteitage und zeitgeschichtliche Ereignisse umfaßt (der Zuwachs im Jahr 2004 betrug ca. 70.000 Fotos durch Übernahme des Bildarchivs des ZDF Bonn) sowie seine audiovisuellen Medien, Filme, Wahlwerbespots und Tonträger.

Auch im Jahr 2004 erfolgten durch kontinuierliche Aktenabgabe und Neuakquisition wesentliche Bestandszuwächse und -erweiterungen, die in das Archiv zu integrieren waren – insgesamt über 250 laufende Meter. Verstärkt fortgeführt wurde (aufgrund der neuerarbeiteten Richtlinien für die Bewertung und Kassation) die Reduzierung der bisher noch nicht abschließend archivierten Bestände mit dem Ziel, nur das historisch wertvolle Material aufzubewahren und dauerhaft zu sichern.

Die Archivierung historisch bedeutsamer Dokumente der CDU/CSU-Fraktion und von Bundestagsabgeordneten wurde mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Bundestags fortgeführt: 2004 wurden im Rahmen dieses Projekts acht Personenbestände bearbeitet (Sabine Bergmann-Pohl, Herbert Gruhl, Heinrich Holkenbrink, Harald Kahl, Heinz Riesenhuber, Hermann Stahlberg, Hans Stercken, Horst Waffenschmidt) sowie Akten der CDU/CSU-Fraktion (des Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger sowie der Parlamentarischen Geschäftsführer Friedrich Bohl und Rudolf Seiters, ferner des Diskussionskreises Mittelstand) verzeichnet. Außerdem wurden etwa 500 Plakate der Bundestagswahl 1957 und 1961 digitalisiert und neu verzeichnet.

In Analogie zu diesem vom Deutschen Bundestag seit 1984 geförderten Projekt unterstützt neuerdings das Europäische Parlament die Archivierung der Materialien von Europaabgeordneten. Hier wird seit Mitte 2004 der umfangreiche Bestand von Günther Rinsche bearbeitet.

Zusammen mit den Archiven der Politischen Stiftungen hat sich das ACDP zu einem von der DFG geförderten Projekt zusammengefunden, um in enger Kooperation sich einer neuen Herausforderung zu stellen: der Archivierung der Internet-Auftritte der Parteien. Innerparteiliche Diskussionen, programmatische Debatten, Wahlkämpfe usw. finden in den letzten Jahren verstärkt über das Internet statt. Diese wichtigen elektronischen Informationen müssen für die historische Forschung langfristig gesichert werden. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und hat das Ziel, mit völlig neuartigen Verfahren diese Quellengattung zu erfassen, zu erschließen und der Forschung verfügbar zu machen.

Service für die Wissenschaft: Die Benutzung des Archivs durch Studenten, Doktoranden, Habilitanden und Hochschullehrer aus dem In- und Ausland (Europa, Israel, USA, Japan) hielt auch 2004 an. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 3043 Akteneinheiten zur Einsicht und Auswertung ausgegeben und 44.500 Einzelko-

pien aus Archivbeständen hergestellt. Nähere Informationen zu den Beständen findet man in der „Kurzübersicht“, 5. Auflage, erschienen 2004, und im Internet [[www.kas.de](http://www.kas.de) (Registerkarte Archiv)].

Mit der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und Editionen in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ (Droste Verlag Düsseldorf) vermittelt das Historische Archiv darüber hinaus der zeitgeschichtlichen Forschung wichtige Impulse. 2004 ist die Habilitationsschrift von Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände“ veröffentlicht worden. Auch die seit 1994 erscheinende Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ stellt neue Forschungen zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien des 19. und 20. Jahrhunderts vor. Einen Schwerpunkt bildet die Forschung über die „Ära Kohl“. Weitere Publikationen des ACDP siehe unter Neuerscheinungen.

Große Resonanz fanden die im Jahr 2004 vom ACDP durchgeführten Veranstaltungen: Am 7. Mai fand die 5. Wissenschaftliche Tagung „Die Ära Kohl im Gespräch“ statt, die dem bisher in der Forschung kaum beachteten Thema „Kulturpolitik“ galt. Die Referenten hoben das Engagement von Bundeskanzler Kohl für den „Kulturstaat Deutschland“, die Übernahme kultureller Aufgaben durch den Bund ohne formalen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder, die Steigerung des Kulturetats um das Vierfache auf 1,25 Mrd. hervor. Kohl wollte mit seinen kulturpolitischen Initiativen in Bonn (Haus der Geschichte, Bundeskunsthalle) und Berlin (Deutsches Historisches Museum, Umbau des Reichstags, Regierungsviertel) symbolische Zeichen setzen.

Schwerpunkt des 14. Buchenwaldgesprächs war das Thema „Freikauf politischer Häftlinge“, das von direkt Betroffenen, von Zeitzeugen und ehemaligen Häftlingen, von Beteiligten, Rechtsanwälten und Ministerialbeamten, und von Historikern sehr lebhaft und kontrovers diskutiert wurde. Einige Freigekaufte berichteten über ihr persönliches Schicksal. Unterschiedlich interpretiert wurde die Rolle von Rechtsanwalt Vogel (IM Georg) sowie die Bezahlung mit Westdevisen, die nicht der Bevölkerung, sondern dem System und der SED-Elite zugute kamen. Die Möglichkeit des Freikaufs war nicht nur für den einzelnen eine Chance, ein psychischer Trost, sondern trug auch allgemein zur Verbesserung der Lage in den Haftanstalten bei.

Am 25. November führte das ACDP in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte eine Tagung über „Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur“ durch, die die Stationen der Verarbeitung von Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR seit 1945 im Kontext des gesellschaftlichen Wandels herausarbeitete und der Frage nach der Integration dieser historischen Erfahrung in das Geschichtsbewusstsein der Deutschen nachging.

Die Abteilung Zentrale Dokumentation erfüllte auch im Jahre 2004 ihren Auftrag, einen umfassenden Überblick über die veröffentlichte Meinung in Deutschland zu erstellen. Dafür wählen die Mitarbeiter die wichtigsten politisch, gesellschaftlich und zeitgeschichtlich relevanten Beiträge in den Printmedien und im Fernsehen sowie die wesentlichen Veröffentlichungen der staatlichen Organe, der Parteien, Verbände, Kirchen und gesellschaftlichen Institutionen aus. Die Dokumentation stellt die ausgewählten Beiträge allen Mitarbeitern der Stiftung im Inland wie im Ausland für ihre Arbeit zur Verfügung. Immer häufiger nutzen Mitarbeiter der Stiftung auch die seit dem Jahr 2002 bestehende Möglichkeit, unmittelbar von ihrem Arbeitsplatz aus auf die Pressedokumen-

tation zuzugreifen. Die Zahl dieser direkten Recherchen hat sich seit zwei Jahren auf etwa 6000 mehr als verdoppelt. Die Mitarbeiter der Dokumentation haben im Jahr 2004 wiederum etwa 3000 Anfragen mit einer großen Fülle von Material beantwortet.

Die Mediendokumentation hat 2004 damit begonnen, Aufzeichnungen – etwa von Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung – in digitaler Form vorzunehmen. Sie wird in den kommenden Jahren die Arbeit mit elektronischen Speichermedien ausbauen.

Die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine modern ausgestattete wissenschaftliche Spezialbibliothek mit einer einzigartigen Sammlung zu Geschichte, Programmatik, Politik und Persönlichkeiten der christlichen Demokratie in Deutschland und Europa. Sie bietet eine breite Palette von Dienstleistungen, insbesondere für die Mitarbeiter der Stiftung, aber auch Auskünfte und Beratung für externe Interessenten. Der Medienbestand ist öffentlich zugänglich, Führungen von Gruppen und Einzelpersonen werden auf Anfrage durchgeführt.

Aktuell verwaltet die Bibliothek knapp 165.000 Medien (Bücher, Broschüren, Jahrbücher und AV-Medien) sowie 384 laufende Zeitschriftenabonnements. Die Zahl der Neuzugänge betrug 2004 bei Büchern 2633 Medien, bei Zeitschriften 525 Einheiten. Als herausragende Bestandsergänzung sind zu nennen: frühe Jahrgänge von CDU- und CSU-Pressediensten sowie fremdsprachige Publi-

kationen aus den KAS-Auslandsvertretungen in Südamerika und Afrika.

Unabhängig von den jeweiligen Standorten der Stiftung erhalten Mitarbeiter Informationen über wichtige neue Fachliteratur. Das Aufsatzinfo mit wechselnden Themenschwerpunkten erschien in 11 Ausgaben, während der HAL-Lesedienst dreimal im Jahr über die zentralen Themen und Schwerpunkte der Fachzeitschriften informierte.

Den professionellen Aus- und Fernleihservice der Bibliothek nutzten im vergangenen Jahr 432 Mitarbeiter der KAS. Die Zahl der entliehenen Medien aus eigenem Bestand erhöhte sich 2004 auf 13.870 Einheiten (2003: 11.480). Für spezielle Forschungsprojekte wurden 787 Bücher und Aufsatzkopien aus anderen Einrichtungen über Ortsausleihe oder Fernleihe im deutschen Leihverkehr besorgt.

Im Rahmen von Sach- und Literaturrecherchen wurden 2004 insgesamt 1598 Aufträge bearbeitet, nicht nur für Mitarbeiter der KAS, sondern auch für externe Kunden aus den Bereichen von Schule, Hochschule, Medien und Politik. Die am stärksten nachgefragten Inhalte bezogen sich 2004 vor dem Hintergrund der zahlreichen Wahlen auf Europa-, Länder- und Kommunalebene auf Parteigeschichte, Parteiprogrammatik, Wahlforschung sowie Persönlichkeiten der Christlichen Demokratie in Geschichte und Gegenwart.





# Akademie in Berlin

**Zum sechsten Mal lud die Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Motto „Willkommen (in) Europa“ zu einem Tag der offenen Tür mit Sommerfest und Symposium in ihre Akademie im Tiergarten ein. Diese ganztägige Veranstaltung stand im Zeichen der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union und diente der Information über die neuen Mitgliedsländern sowie der Diskussion über die Weiterentwicklung europäischer Politikfelder.**



**Denktag** Auch 2004 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung ein bundesweites Programm zum 27. Januar – dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ziel ist, den vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ausgerufenen Gedenktag mit Leben zu erfüllen und junge Menschen zur Beschäftigung mit dem Holocaust zu bewegen. Ein wichtiges Instrument dazu ist der Wettbewerb „DenkTag im Internet“, den die KAS im Januar 2004 zum dritten Mal auslobte. Der offizielle Wettbewerbsstart war Teil eines ganztägigen Programms in der Akademie in Berlin: Der Vormittag richtete sich vor allem an junge Leute: Schüler der Jüdischen Oberschule Berlin präsentieren erstmals ihren von der KAS geförderten und in Prag gedrehten Zeitzeugen-Film. Anschließend diskutierten sie über die Bedeutung des Holocaust für junge Juden in Deutschland heute. Am Nachmittag schloss sich das Symposium „Erinnern in der multikulturellen Gesellschaft“ an. Wissenschaftler, Lehrer und Gedenkstättenmitarbeiter erörterten die Bedingungen für Holocausterziehung in multiethnischen Zusammenhängen. Am Abend las KAS-Literaturpreisträger Hartmut Lange aus seiner Novelle „Das Konzert“, die Trauer, Gedenken und Erinnerung thematisiert.

Spezielle Berlin-Seminare zum Thema Erinnerungsorte und -kultur, die das ganze Jahr über die das gesamte Bundesgebiet ausgeschrieben werden, ergänzen die DenkTag-Aktivitäten.

**Jüdisches Leben in Litauen** Grausam ausgelöscht durch Krieg und Holocaust, an den Rand gedrängt in der Zeit des Kommunismus, erlebt das Judentum im Osten Europas heute eine

kleine Renaissance. Diese stand im Mittelpunkt einer Veranstaltungsreihe, die die KAS auch im Blick auf die EU-Osterweiterung initiiert hat und mit dem Themenabend „Jüdisches Leben in Litauen“ im Jahr 2004 fortführte. Was sind heute die Bedingungen jüdischen Lebens in Litauen? Welchen Stellenwert hat das Judentum in Litauen, lebt das jüdische Leben oder ist es nur mehr Nostalgie? Diesen Fragen wurde im Gespräch, aber auch mit Musik und Literatur nachgegangen.

**Sommerfest** Unter dem Motto „Neuer Nachbar im Osten – Russland und die Europäische Union“ lud die Stiftung zum siebten Mal zu einem Tag der offenen Tür mit Sommerfest in ihre Berliner Akademie ein. Nach der EU-Osterweiterung stellt sich die Frage nach der künftigen Rolle Russlands im Verhältnis zur Europäischen Union.

Auf einem Symposium diskutierten nach der Begrüßung durch Professor Beate Neuss, Stellvertretende KAS-Vorsitzende, und der gemeinsamen Eröffnung durch Bundesminister a.D. Wolfgang Schäuble MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, sowie Walerij Bogomolow, Sekretär des Generalrates der Partei „Einiges Russland“ und Stellvertretender Vorsitzender der Duma-Fraktion „Einiges Russland“, Politiker und Experten aus Deutschland und Russland sowohl über den „Wandel des politischen Systems Russlands“ als auch über „Reformen in Russland und Wirtschaftskooperation im europäischen Raum“.

Abends eröffneten der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a. D. Professor Bernhard Vogel MdB, Ange-



la Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Walerij Bogomolow das Sommerfest. Neben Präsentationen wurden die Gäste mit einem bunten Rahmenprogramm unterhalten. Dazu gehörten u. a. das Don Kosaken Balalaika Ensemble, ein Simultanschachspiel und die Ausstellung von Natalja Turnowa „Spiele-Arbeiten aus den Jahren 1987 - 2004“.

**Mittelstandsforum** Das Berliner Mittelstandsforums präsentierte sich im Jahr 2004 unter der Moderation von Marie-Luise Dött MdB, Mitglied des Bundesvorstandes der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, mit Veranstaltungen zu Themen wie „Welche Reformen braucht Deutschland?“ mit Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, und Friedrich Merz MdB, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum „Wirtschaftsfaktor Energie – Motor für den Arbeitsmarkt?“ u.a. mit Klaus W. Lippold MdB, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „Risiken und Chancen der EU-Erweiterung aus der Sicht des deutschen Mittelstandes“ (in Kooperation mit dem Studienzentrum Weikersheim) u.a. mit Erich G. Fritz MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, „Frauen als Führungskräfte – Chance für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien“ u.a. mit Edeltraut Töpfer MdB, Richterin am Kammergericht a. D., Landesvorsitzende der Frauen-Union Berlin und zu „Alternativen Formen der Finanzierung für den Mittelstand“.

**Europa-Picknick** Zum 1. Mai 2004 traten zehn Staaten der Europäischen Union bei. Die KAS beging dieses historische Ereignis mit einem Europa-Tag im April in der Akademie in Berlin. Der Vormittag stand im Zeichen der Politik. Ein Symposium u.a. unter Beteiligung der polnischen Europaministerin, Professor Danuta Hübner, und des Ministers des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Christoph-E. Palmer, spürte der Frage nach, wohin die Reise des neuen Europa gehen wird. Welche politischen und konstitutionellen Herausforderungen stellen sich in Europa? Welche neuen Interessenskonstellationen und -koalitionen werden die Wirklichkeit im Europa der 25 bestimmen? Angela Merkel, Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU Deutschlands, legte im Anschluss an die Diskussionsrunde ihre Vorstellung von Europas Zukunft dar.



Der Nachmittag richtete sich an das „junge Europa“. Junge Menschen aus Ost und West diskutieren in sechs Foren über die Chancen, die die Einheit des Kontinents bietet, sowie über die Vorstellungen der jungen Generation von einem zukünftigen Europa. Information und Begegnung, Gedanken- und Ideenaustausch, Kontakte knüpfen und Netzwerke pflegen bestimmten den Abend.

Zwei Besonderheiten kennzeichneten die Europawahl 2004: Das Europäische Parlament (EP) wurde zum ersten Mal auch von den Bürgern der zehn neuen Staaten gewählt; zudem konnte es auf 25 Jahre Direktwahl zurückblicken. Diese beiden Faktoren waren Anlass für die KAS, über den bisher zurückgelegten Weg und die Zukunftsaufgaben der europäischen Einigung nachzudenken. Wie ein roter Faden ziehen sich Fragen der Demokratisierung, der Bürgernähe und der Transparenz durch die Bemühungen um die Fortentwicklung der EU. Der Europaabgeordnete Professor Hans-Gert Pöttering, der seit fast 25 Jahren die europäische Einigung mitgestaltet, sowie Angela Merkel, Vorsitzende des CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, appellierten im Rahmen einer Buchvorstellung daran, das dieses Bemühen jetzt – nach dem wichtigen Etappenziel einer europäischen Verfassung – nicht erlahmen dürfe. Auch der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt würdigte in einer Diskussionsveranstaltung anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „25 Jahre Direktwahl zum Europäischen Parlament“ die Entwicklung des EPs von einer Beratende Versammlung zu einem politischen Akteur.

**Letzte DDR-Kommunalwahl** Wahlen in der DDR hatten von Anfang an die Funktion, die bestehende und in der Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED zu bestätigen. Schon das Wahlsystem nach „Einheitslisten“ und das Verfahren zur Aufstellung der Kandidaten schlossen eine echte demokratische Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeit aus. Nach Glasnost und Perestroika und nachdem in Polen und Ungarn bereits freie Wahlen stattgefunden hatten, griffen die regimekritischen Akteure bei der DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 mit der Überwachung der Wahllokale und der Kontrolle der Stimmenauszählung erstmals aktiv in den politischen Prozess in der DDR ein und läuteten mit dem Nachweis der Manipulation und Fälschung den Anfang vom Ende der DDR ein. An diese Ereignisse erinnerte die KAS im 15. Jahr der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls. Der Thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus sowie der Bundestagsabgeordnete Rainer Eppelmann und einige Zeitzeugen und damalige Wahlbeobachter ließen die Geschehnisse Revue passieren und reflektierten über den Zugewinn an demokratischer Freiheit durch die deutsche Vereinigung.

**Schicksalsthema Bildung** Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU), die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) und die Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) wollen in der Bildungsdebatte gemeinsam deutlich machen, dass es nicht nur um die Vermittlung von (Fach)Wissen geht, sondern dass die Vermittlung von Werten und die Entfaltung der ganzen Persönlichkeit das Ziel einer jeden Bildungspolitik sein muss, der das christliche Menschenbild zu Grunde liegt. Deshalb haben diese Organisationen im Jahr 2004 die neue Veranstaltungsreihe „Schicksalsthema Bildung“ gestartet.



# Anhang

# Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Vorsitzender

**Professor Dr. Bernhard Vogel**  
Ministerpräsident a.D.

Stellvertretende Vorsitzende

**Anton Pfeifer**  
Staatsminister a.D.

**Dr. Norbert Lammert MdB**  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

**Professor Dr. Beate Neuss**  
Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz

Schatzmeister

**Dr. Franz Schoser**

Generalsekretär

**Wilhelm Staudacher**  
Staatssekretär a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder

**Otto Bernhardt MdB**  
Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

**Hermann Gröhe MdB**  
Rechtsanwalt

**Peter Hintze MdB**  
Parl. Staatssekretär a.D.

**Volker Kauder MdB**  
Generalsekretär der CDU Deutschlands

**Dr. Helmut Kohl**  
Bundeskanzler a.D.

**Dr. Hermann Kues MdB**  
Beauftragter für Kirchen- und Religionsgemeinschaften  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Christine Lieberknecht MdL**  
Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

**Dr. Angela Merkel MdB**  
Vorsitzende der CDU Deutschlands und  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Ronald Pofalla MdB**  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

**Professor Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP**  
Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion im Europäischen Parlament

**Professor Dr. Günter Rinsche**  
ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der  
EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

**Volker Rühle MdB**  
Bundesminister a.D.

**Dr. Wolfgang Schäuble MdB**  
Bundesminister a.D.

**Professor Dr. Hans-Peter Schwarz**  
ehem. Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft  
der Universität Bonn

**Dr. Dorothee Wilms**  
Bundesministerin a.D.

**Christian Wulff MdL**  
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

# Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## **Bettina Adenauer**

Honorarkonsulin der Republik Island

## **Otto Bernhardt MdB**

Vorsitzender der  
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

## **Professor Dr.**

### **Kurt H. Biedenkopf MdL**

Ministerpräsident a.D.

## **Beate Blechinger MdL**

Ministerin der Justiz  
des Landes Brandenburg

## **Dr. Norbert Blüm**

Bundesminister a.D.

## **Dr. Christoph Böhr MdL**

Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz  
und der CDU-Fraktion im  
Landtag von Rheinland-Pfalz

## **Emine Demirbüken-Wegner**

Integrationsbeauftragte des Berliner  
Bezirks Tempelhof-Schöneberg

## **Eberhard Diepgen**

Regierender Bürgermeister a.D. von Berlin

## **Jürgen Echternach**

Parl. Staatssekretär a.D.

## **Rainer Eppelmann MdB**

Vorstandsvorsitzender der Stiftung zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur

## **Dr. Gerd Gies**

Ministerpräsident a.D.

## **Dr. Reinhard Göhner MdB**

Hauptgeschäftsführer der  
Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände (BDA)

## **Hermann Gröhe MdB**

Rechtsanwalt

## **Peter Hintze MdB**

Parl. Staatssekretär a.D.

## **Dr. Egon A. Klepsch**

Ehrenpräsident der Europa-Union  
Deutschlands

## **Roland Koch MdL**

Ministerpräsident des Landes Hessen

## **Dr. Renate Köcher**

Geschäftsführerin des Instituts für  
Demoskopie Allensbach

## **Brigitta Kögler**

Rechtsanwältin

## **Dr. Helmut Kohl**

Bundeskanzler a.D.

## **Dr. Hermann Kues MdB**

Beauftragter für Kirchen- und Religions-  
gemeinschaften der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

## **Dr. Norbert Lammert MdB**

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

## **Professor Dr. Gerd Langguth**

Staatssekretär a.D.

## **Professor Dr. Carl Otto Lenz**

Generalanwalt a.D. am Gerichtshof der  
Europäischen Gemeinschaften

## **Christine Lieberknecht MdL**

Vorsitzende der CDU-Fraktion  
im Thüringer Landtag

## **Dr. Gisela**

### **Meister-Scheufelen**

Präsidentin des Statistischen  
Landesamtes Baden-Württemberg

## **Dr. Angela Merkel MdB**

Vorsitzende der CDU Deutschlands  
und der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

## **Friedrich Merz MdB**

Rechtsanwalt

## **Heidemarie Mundlos MdL**

Bundesvorsitzende des Deutschen  
Elternvereins e.V.

## **Peter Müller MdL**

Ministerpräsident des Saarlandes

## **Hartmut Nassauer MdEP**

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im  
Europäischen Parlament

## **Bernd Neumann MdB**

Parl. Staatssekretär a.D.

## **Professor Dr. Beate Neuss**

Professorin für Internationale Politik an  
der TU Chemnitz

## **Claudia Nolte MdB**

Bundesministerin a.D.

## **Doris Pack MdEP**

Vorsitzende der Stiftung für die deutsch-  
französische kulturelle Zusammenarbeit

## **Dr. Wolfgang Peiner**

Senator, Präses der Finanzbehörde Hamburg

## **Anton Pfeifer**

Staatsminister a.D.

## **Ronald Pofalla MdB**

Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

## **Ruprecht Polenz MdB**

Präsident der Deutschen Atlantischen  
Gesellschaft

## **Professor Dr.**

### **Hans-Gert Pöttering MdEP**

Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion im  
Europäischen Parlament

## **Peter Radunski**

Senator a.D.

## **Hans-Peter Replik MdB**

Parl. Staatssekretär a.D.

## **Herbert Reul MdEP**

Generalsekretär a.D. des  
CDU-Landesverbandes  
Nordrhein-Westfalen

## **Professor Dr. Dr. h.c. mult.**

### **Heinz Riesenhuber MdB**

Bundesminister a.D.

## **Professor Dr.**

### **Günter Rinsche**

ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe  
in der EVP-Fraktion des  
Europäischen Parlaments

## **Adolf Roth**

ehem. Vorsitzender des  
Haushaltsausschusses des  
Deutschen Bundestages

## **Volker Rühle MdB**

Bundesminister a.D.

## **Dr. Wolfgang Schäuble MdB**

Bundesminister a.D.

## **Dr. Franz Schoser**

Schatzmeister der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

## **Werner Schreiber**

Vorsitzender der Stiftung  
Christlich-Soziale Politik e.V.

## **Professor Dr.**

### **Hans-Peter Schwarz**

ehem. Direktor des Seminars für  
Politische Wissenschaft der  
Universität Bonn

## **Dr. h.c. Rudolf Seiters**

Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

## **Wilhelm Staudacher**

Generalsekretär der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

## **Erwin Teufel MdL**

Ministerpräsident des Landes  
Baden-Württemberg

## **Professor Dr.**

### **Bernhard Vogel**

Ministerpräsident a.D.

## **Dr. Dorothee Wilms**

Bundesministerin a.D.

# Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung berief im Jahr 2000 ein Kuratorium. Dieses Gremium berät und unterstützt die Arbeit der KAS. Seine Aufgabe ist es insbesondere, als Seismograph auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen. In das Kuratorium wurden Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur berufen.

Das Kuratorium:

**Professor Dr. Roman Herzog**

Bundespräsident a.D.,  
Vorsitzender des Kuratoriums

**Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf**

Ministerpräsident a.D.

**Dr. h.c. Birgit Breuel**

Präsidentin a.D. der ehem. Treuhandanstalt

**Professor Dr. Manfred Erhardt**

Generalsekretär a.D. des Stifterverbandes für  
die Deutsche Wissenschaft

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.**

**Wolfgang Frühwald**

Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung  
(ruhende Mitgliedschaft)

**Barbara Groth**

Intendantin a.D. des Senders Freies Berlin (SFB)

**Professor Monika Grütters MdB**

Sprecherin des Vorstandes der Kulturstiftung  
Brandenburger Tor der Bankgesellschaft Berlin

**Professor Dr. Ulrich von Hehl**

Professor für Neuere und Neueste Geschichte,  
Universität Leipzig

**Professor Dr. Eilert Herms**

Direktor des Instituts für Ethik an der Ev.-theol. Fakultät  
der Universität Tübingen

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.**

**Wolfgang A. Herrmann**

Präsident der Technischen Universität München

**Professor Dr. Horst Köhler**

Bundespräsident  
(ruhende Mitgliedschaft)

**Dr. Volkmar Köhler**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

**Professor Dr. Dr. h.c. mult. Paul Mikat**

Präsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft

**Klaus-Peter Müller**

Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG

**Klaus D. Naumann**

Generalinspekteur a.D., ehem. Vorsitzender des  
Nato-Militärausschusses

**Professor Dr. Udo Reiter**

Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)

**Professor Dr. Eberhard Schockenhoff**

Professor für Moraltheologie an der Albert-Ludwigs-Universität  
in Freiburg i.Br.

**Professor Dr. Rupert Scholz**

Sprecher des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere  
Verwaltungslehre und Finanzrecht an der Universität München

**Professor Dr. Dr. h.c. Volker Schumpelick**

Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik,  
Universitätsklinikum Aachen

**Ingrid Sehrbrock**

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Dr. h.c. Rudolf Seiters**

Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

**Professor Dr. Christoph Stölzl**

Senator a. D.

**Professor Dr. h.c. Dieter Stolte**

Herausgeber der WELT und der Berliner Morgenpost

**Dr. h.c. Horst Teltschik**

Präsident der Boeing International Corporation Deutschland

**Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans Tietmeyer**

Präsident i.R. der Deutschen Bundesbank

**Professor Udo Zimmermann**

Generalintendant a.D. der Deutschen Oper Berlin

# Organisationsplan

## Vorstand

Vorsitzender Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Bernhard Vogel St. Augustin 420

Generalsekretär Wilhelm Staudacher Berlin 240 / St. Augustin 500

Stellvertretender Generalsekretär Christoph Kannengießer St. Augustin 430 / Berlin 260

Vorstandsbüro Dr. Frank Müller St. Augustin 423

53757 Sankt Augustin  
Rathausallee 12  
Tel.: 02241/246-0 (Zentrale)  
Fax: 02241/246-591

10907 Berlin  
Tiergartenstraße 35  
Tel.: 030/26996-0 (Zentrale)  
Fax: 030/26996-217

50389 Wesseling  
Schloss Erchholz  
Urfelder Straße 221  
Tel.: 02236/707-0 (Zentrale)  
Fax: 02236/707-346

10907 Berlin  
Lützow-Center  
Landgrafenstraße 14  
Wichmannstraße 6/7  
Tel.: 030/26996-0 (Zentrale)  
Fax: 030/26996-217

Zentralabteilung Kommunikation und Medien Walter Bajohr St. Augustin 517	Akademie Dr. Melanie Piepenschneider Berlin 230	Politik und Beratung Dr. Michael Borchard Berlin 550	Internationale Zusammenarbeit Dr. Gerhard Wahlers Berlin 525	Wissenschaftliche Dienste Dr. Günter Buchstab St. Augustin 210	Begabtenförderung und Kultur Dr. Günter Rüter St. Augustin 280	Personal und Allgemeine Verwaltung Rolf Halfmann St. Augustin 540	Finanzen Günther Slopianka St. Augustin 400	EDV, Informationssysteme Axel Schwadorf St. Augustin 412
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Uta Hellweg Berlin 222	Hauptstadtforum Dr. Melanie Piepenschneider Berlin 230	Wirtschaftspolitik Dr. Klaus Pähler Berlin 517	Evaluierung Dr. Kristina Pratsch-Hucko Berlin 361	Historisches Archiv / Historische Forschung Dr. Günter Buchstab St. Augustin 210	Beruforientierung / Berufsförderung Armin Pawlik St. Augustin 541	Personal und Entwicklung N.N. St. Augustin 528	Haushalt Günter Kraus St. Augustin 410	Bürokommunikation / Support Walter Hauser St. Augustin 408
Online-Redaktion Internet KASNet Helke Schreiber	Politische Bildung Berlin Renate Abt Berlin 253	Gesellschaftspolitik Dr. Norbert Arnold Berlin 504	Grundsatzfragen Dr. Helmut Reifeld Berlin 467	Zentrale Dokumentation Dietmar Haak St. Augustin 497	Altstipendiaten Dr. Wolfgang-Michael Böttcher St. Augustin 503	Personal Ausland Dr. Thomas Knirsch Berlin 365	Projektverwaltung Norbert Kriechel St. Augustin 507	Server- und Netzbetrieb Christoph Kley St. Augustin 268
Publikationen Elisabeth Enders	Veranstaltungsorganisation / Protokoll (Akademie und Berlin) Verena Holz Berlin 238	Innenpolitik Dr. Ralf Thomas Baus Berlin 503	Europa, Nordamerika Dr. Peter Fischer-Bollin Berlin 526	Bibliothek Hildegard Kregel St. Augustin 207	Deutsche Studentenförderung Dr. Gerd Fischer St. Augustin 323	Allgemeine Verwaltung Rolf Halfmann St. Augustin 540	Rechnungswesen Jürgen Lichtenberg St. Augustin 402	Applikationen / Datenbanken Axel Schwadorf St. Augustin 412
Politische Meinung Rita A. Tüpper	Hausverwaltung (Akademie und Lützow-Center) Michael Klein Berlin 288	Europa- und Außenpolitik Dr. Karl-Heinz Kamp Berlin 510	Afrika und Naher Osten Dr. Holger Dix Berlin 527	Politische Bildung und Wirtschaft Dr. Martin Reuber Wesseling 218	Journalisten-Akademie Walter Bajohr komm. (Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien) St. Augustin 517	Controlling / Revision Günther Martin St. Augustin 415	Private Finanzierung / Steuern Petra Kulcsar St. Augustin 616	
Bevollmächtigter des Generalsekretärs Berlin Paul B. Wink Berlin 280	Asien Dr. Peter Köppinger Berlin 398	Politische Kommunikation Frank Pries Wesseling 213	Organisation Brigitte Förster Wesseling 278	Deutsche Graduiertenförderung Dr. Daniela Tandecki St. Augustin 511	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuße St. Augustin 320	Organisation / Stipendien Albrecht Schuhmann St. Augustin 329	Kultur Dr. Hans-Jörg Clement Berlin 221	
	Lateinamerika Dr. Werner Böhler Berlin 375	Inlandsprogramme Winfried Weck Berlin 289	Haushalt / Verwaltung Walter Glos Berlin 481					

Jeweils aktuelle Version im Internet  
email: [vorname.nachname@kas.de](mailto:vorname.nachname@kas.de)

Stand : Februar 2005

# Außenstellen der Stiftung

## AFRIKA und NAHER OSTEN

### ÄGYPTEN

Dr. Michael Lange  
35, Abu El-Feda Street  
Flat No.18  
Zamalek Cairo  
Tel.: 00202 / 7354329  
Fax: 00202 / 7372121  
E-mail: kaf@internetegypt.com

### BENIN

Klaus Lötzer  
Lot 07 Les Cocotiers (en Face Ecole  
Primaire)  
Cotonou  
Tel.: 00229 / 301022  
Fax: 00229 / 300142  
Mobil: 00229 / 954066  
E-mail: sekretariat@kas-benin.de

### GHANA

Anna Katharina Schelnberger  
House No. 103  
Osu Badu Street  
Accra  
Tel. + Fax: 00233 / 21 768629/30  
Mobil: 00233 / 21785188  
E-mail: kafgh@wwwplus.com

### ISRAEL

Dr. h.c. Johannes Gerster  
Lloyd George St. 6  
Jerusalem 91082  
Tel.: 009722 / 5671830  
Fax: 009722 / 5671831  
Mobil: 00972 / 54567037  
E-mail: kasjerus@netvision.net.il

### JORDANIEN

Dr. Hardy Ostry  
23, Ismael Haqqi Abdou Str.  
Sweifiye  
(next Airport Rd / 7th Circle)  
Amman  
Tel.: 009626 / 5929777  
Fax: 009626 / 5933087  
Mobil: 00962 / 77839938  
E-mail: info@kas.org.jo

### KENIA

Gerd Dieter Bossen  
Mbaruk Road 27  
Kilimani – Golf Course / Nairobi  
Tel.: 00254 / 202725957  
Fax: 00254 / 202724902  
E-mail: bossenkas@wananchi.com

### KONGO

Ingo Badoreck  
Avenue de La Révolution, no. 402  
7e Rue résidentielle  
Kinshasa – Limete  
Tel.: 00243 / 81-8801787  
Fax: 00243 / 81-3010313  
E-mail: kas@jobantech.cd

### MAROKKO

Jan Senkyr  
B.P. 8002 Rabat Nations Unies  
10.000 Rabat  
Tel.: 0021237 / 776273  
Mobil: 00212-61-490017  
Fax: 0021237 / 776171  
E-mail: kasma@kas.org.ma

### MOSAMBIK

Burkhard Margraf (bis 30.06.2005)  
Dr. Ingo Scholz (ab 15.06.2005)  
Rua Daniel Napatima 363, Maputo  
Tel.: 002581 / 485894  
Fax: 002581 / 485875  
E-mail: kasmoz@tvcabo.co.mz

### NAMIBIA

Dr. Wolfgang Maier  
Sanlam Centre  
Independence Ave. 154  
8th Floor – Room 805  
Windhoek  
Tel.: 0026461 / 225568  
Fax: 0026461 / 225678  
E-mail: kas@mweb.com.na

### NIGERIA

Jens Paulus  
4, Alex Kadiri Close  
off Katsina Alla Crescent  
Maitama, Abuja  
Tel.: 00234 / 94132233  
Mobil: 00234 / 8033208999  
Fax: 00234 / 94132234  
E-mail: jens.paulus@gmx.de

### Palästinensische Autonomiegebiete

Thomas Birringer (ab 01.06.2005)  
34 Al-Ma'aref St.  
Al-Bireh / Ramallah  
Tel.: 00972 / 22980144  
Mobil: 00972 / 59671565  
Fax: 00972 / 22964816  
E-mail: director@kas-palestine.org

### REPUBLIK SÜDAFRIKA

Andrea Ostheimer  
60 Hume Road  
Dunkeld 2196, Johannesburg  
Tel.: 002711 / 2142913  
Fax: 002711 / 2142913  
E-mail: info@kas.org.za

### SENEGAL

Dr. Karsten Dümmel  
Stèle Mermoz 32  
Route de la Pyrotechnie, Dakar  
Tel.: 00221 / 8697778  
Fax: 00221 / 8602430  
E-mail: kasdakar@sentoosn

### TANZANIA

Dr. Ingo Scholz (zuständig)  
Isimani Rd. Plot No. 367  
Dar Es Salaam  
Tel.: 0025522 / 2153174  
Fax: 0025522 / 2151990  
E-mail: kasdar@kicheko.com

### TUNESIEN

Dr. Hardy Ostry (zuständig)  
3, Rue Mahmoud El Ghaznaoui  
1082 Cité El Mahrajène  
El Menzah IV – Tunis  
Tel.: 00216 / 71751420  
Fax: 00216 / 71750090  
E-mail: info@kas.com.tn

### UGANDA

Wolfgang Hilberer  
7B Acacia Avenue  
Kololo – Kampala  
Tel.: 0025641 / 259611  
Mobil: 00256 77 / 405028  
Fax: 0025641 / 255495  
E-mail: kaf@imul.com

### ZIMBABWE

Dr. Beatrice Schlee  
26, Sandringham Drive,  
Alexandra Park  
Harare  
Tel. und Fax: 002634 / 745395  
Tel. und Fax: 002634 / 745397  
Econet: 00263 / 91 292211  
E-mail: info@kaf.co.zw

## ASIEN

### AFGHANISTAN

N. N.  
Wazir Akbar Khan  
291, 10 Street  
Kabul  
Tel.: 00870 / 761650774  
Mobil: 0093 / 70-280745  
E-mail: kas.kabul@ceretechs.com

### CHINA

Winfried Jung  
Lufthansa Center C813  
No. 50 Liangmaqiao Road  
Beijing 100016  
Tel.: 008610 / 6462 2207  
Mobil: 008613 / 801306854  
Fax: 008610 / 6462 2209  
E-mail: beijing@kaschina.com

### N.N.

Shanghai Project Office  
Overseas Chinese Mansion 1903/04  
129 Yan'an Xi Lu  
200040 Shanghai  
Tel.: 0086 / 21-6249-1722  
Fax: 0086 / 21-6249-4549  
Mobil: 0086 / 1360 166 2005  
E-mail: kas-shanghai@gmx.net

### INDIEN

Jörg Wolff  
German House, 1st Floor  
2, Nyaya Marg  
Chanakyapuri  
New Delhi 110 021  
Tel.: 009111 / 26113520  
Fax: 009111 / 26113536  
E-mail: adenauer@vsnl.com

### INDONESIEN

Dr. Norbert Eschborn  
Plaza Aminta, 4th Floor  
Jl. Let. Jend. TB Simatupang Kav. 10  
Jakarta 12310  
Tel.: 006221 / 75909411  
Fax: 006221 / 75909415  
E-mail: eschborn@kasindo.org

### KAMBODSCHA

Wolfgang Meyer  
House No. 4, Street 462  
Khan Chamkar Mon  
Phnom Penh  
Tel.: 00855 / 15914541  
Fax: 00855 / 23213364  
E-mail: konrad@online.com.kh

### MALAYSIA

Peter Schier  
Suite 18.1, Level 18  
Menara Genesis  
No. 33, Jalan Sultan Ismail  
50250 Kuala Lumpur  
Tel.: 00603 / 2713 7321  
Fax: 00603 / 2713 7320  
E-mail: kaskul@pd.jaring.my

### MONGOLEI

Dr. Thomas Schrapel  
Erkhuugijn gudamj 5  
Ulaanbaatar 210620  
Tel.: 00976-11 / 350544  
Fax: 00976-11 / 350542  
E-mail: kasmon@magicnet.mn

### PHILIPPINEN

Klaus Preschle  
ALPAP I Building, 3rd Floor  
140 Leviste Street  
Salcedo Village  
Makati City, Metro Manila  
Manila  
Tel.: 00632 / 8943427  
Fax: 00632 / 8936199  
Mobil: 0063 / 9175264576  
E-mail: preschle@kaf-mnl.com

### REPUBLIK KOREA

Thomas Awe  
Dookyoung Bld. 301  
Hannamdong 66-1  
Yongsamku 140-210  
Seoul  
Tel.: 0082-2 / 7933979  
Fax: 0082-2 / 7933979  
E-mail: kasseoul@korea.com

### SINGAPUR

Werner vom Busch  
Dr. Colin A. Dürkop  
34, Bukit Pasoh Rd.  
Singapore 089848  
Tel.: 0065 / 6 2272001  
Fax: 0065 / 6 2278342  
E-mail: duerkop@kas-asia.org

### SRI LANKA

Dr. Carola Stein  
16/3 Senanayake Avenue  
Nawala  
Tel u. Fax: 009411 / 2805562  
E-mail: adenauer@slt.lk

### THAILAND

N.N.  
Bangkok Tower, 10th Floor  
2170 New Petchburi Rd.  
Huay Khwang  
Bangkok 10 320  
Tel.: 00662 / 3080008  
Fax: 00662 / 3080010  
E-mail: kasthai@ksc.th.com

### USBEKISTAN

Hans-J. Kaiser  
45, Usbekistanskii Prospekt  
700003 Taschkent  
Tel.: 0099871 / 1326126  
Fax: 0099871 / 1391298  
E-mail: kas-uzb@bcc.com.uz

### VIETNAM

Dr. Willibold Frehner  
7; Trieu Viet Vuong  
Hanoi  
Tel.: 00844 / 9432791  
Fax: 00844 / 9432790  
E-mail: frehner.kas.hanoi@fpt.vn

## LATEINAMERIKA

## ARGENTINIEN

Hans Hartwig Blomeier  
Suipacha 1175  
Piso 3  
1008 Ciudad de Buenos Aires  
Tel.: 005411 / 43262552  
Fax: 005411 / 43269944  
E-mail: hans.blomeier@kas.org.ar

## BOLIVIEN

Annette Schwarzbauer  
(bis 30.06.2005)  
Calle Garcia 2433 entre B. Salinas  
y P. Salazar Sopocachi, La Paz  
Tel.: 005912 / 2417368  
Fax: 005912 / 2417358  
E-mail: kasbol@acelerate.com

## BRASILIEN

Dr. Wilhelm Hofmeister  
Praca Floriano 19, 30° andar, Centro  
Cep 20031-924 Rio de Janeiro RJ  
Tel.: 005521 / 22205441  
Fax: 005521 / 22205448  
E-mail: konrad@adenauer.com.br

## Dr. Klaus Hermanns

Av. Dom Luis, 880 - Salas 601/602  
Cep 60.160-230 - Fortaleza - Ceará  
Tel.: 005585 / 32619293  
Fax: 005585 / 32612164  
E-mail: kas-fortaleza@adenauer.com.br

## CHILE

Dr. Helmut Wittelsbürger  
Enrique Nercaseaux 2381  
Providencia  
Santiago de Chile  
Tel.: 00562 / 2342089  
Fax: 00562 / 2342210  
E-mail: fkachile@fka.cl

## COSTA RICA

Reinhard Willig  
Calle 32, Av. 0 y 1, 2do. Piso Edificio  
La Carmelita  
Paseo Colón, San José  
Tel.: 00506 / 233 5874  
Fax: 00506 / 233 3279  
E-mail: kafcrhm@racsa.co.cr

## EKUADOR

Helga Rothfritz  
Edificio Aseguradora del Sur, Piso 7  
Avenida República de El Salvador  
361 y Moscu, Quito  
Tel.: 005932 / 2269764  
Mobil: 005932 / 9448106  
Fax: 005932 / 2242438  
E-mail: kasecu@kas.org.ec

## GUATEMALA

Hans-Jürgen Weiss (bis 30.04.2005)  
Dr. Stefan Hofmann (ab 01.05.2005)  
Apartado Postal 761 A  
8a Calle 0-32, Zona 9  
01009 Ciudad de Guatemala  
Tel.: 00502 / 23603585  
Mobil: 00502 / 59038084  
Fax: 00502 / 23603605  
E-mail: kasgua@intelnett.com

## KOLUMBIEN

Heinrich Meyer  
Av. 19 No. 118-95 Of. 212-214  
Santafé de Bogota  
Tel.: 00571 / 6208775  
Fax: 00571 / 6208765  
E-mail: kascol@cable.net.co

## MEXIKO

Dr. Hubert Gehring  
C. Río Guadiana #3  
Col. Cuauhtémoc  
Deleg. Cuauhtémoc  
C.P. 06500 México, D.F.  
Tel.: 005255 / 55664511  
Fax: 005255 / 55664455  
E-mail: kasmex@kasmex.org.mx

## NICARAGUA

Reinhard Willig (zuständig)  
Km 14 Carretera Sur, a mano  
izquierda, 300 metros, Managua  
Tel.: 005052 / 657880  
Fax: 005052 / 657896  
E-mail: kas@ibw.com.ni

## PERU

Markus Rosenberger  
Calle Arica # 794  
Miraflores - Lima 18  
Tel.: 00511 / 4458087  
Fax: 00511 / 4459374  
E-mail: konrad@kas.org.pe

## URUGUAY

Dr. Jan Woischnik  
Plaza de Cagancha 1356, Of. 804  
11.100 Montevideo  
Tel.: 005982 / 9020943  
Fax: 005982 / 9086781  
E-mail: info@kasuy.org

## VENEZUELA

Michael Lingenthal  
Av. Luis Roche,  
entre 6a y 7a Transversal  
Quinta Las Lomas, Altamira, Caracas  
Tel.: 0058212 / 2634533  
Fax: 0058212 / 2652054  
E-mail: lingenthal@kasven.com.ve

## EUROPA UND USA

## BELGIEN (Europabüro)

Dr. Peter R. Weilemann  
Dr. Peter Köppinger (Entwicklungs-  
polischer Dialog)  
Avenue de l'Yser 11  
B - 1040 Brüssel  
Tel.: 00322 / 7430743  
Fax: 00322 / 7430749  
E-mail: sekretariat@eukas.be

## BALTISCHE LÄNDER

ESTLAND  
Sveta Päärü, Büro Tallinn  
Raekoja Plats 17  
EE - 10146 Tallinn  
Tel.: 00372 / 6276700  
Fax: 00372 / 6276703  
E-mail: tallinn@adenauer.ee

## LETTLAND

- Regionalbüro -  
Dr. Andreas von Below  
Alberta iela 13  
LV-1010 Riga  
Tel.: 00371 / 7039325  
Fax: 00371 / 7039327  
E-mail: riga@adenauer.lv

## LITAUEN

Raimundas Pilkis  
Büro Vilnius  
Savicijonu g. 11-6  
Augustijonu g.1-6  
LT 01127 Vilnius  
Tel.: 00370 / 52691178  
Fax: 00370 / 52691179  
E-mail: kas-vln@post.omnitel.net

## BOSNIEN-HERZEGOWINA

Dr. Caroline Hornstein Tomiä  
Cobanija 6  
BiH - 71000 Sarajevo  
Tel.: 00387 / 33215240  
Fax: 00387 / 33215239  
E-mail: kas@smartnet.ba

## BULGARIEN

Ralf Jaksch  
Boulevard "Janko Sakasov" 19  
4. Etage, App. 11  
BG - 1504 Sofia  
Tel.: 00359-2-9 43 43 88  
Fax: 00359-2-9 43 34 59  
E-mail: kas.sofia@mb.bia-bg.com

## BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN

Dr. Bernhard Lamers  
Bulevar Kralja Aleksandra 298 III  
YU - 11000 Belgrad  
Tel.: 00381 / 113807442  
Fax: 00381 / 113807446  
E-mail: lamers@kas-bg.org

## FRANKREICH

Dr. Beatrice Gorawantschy  
15 bis, rue de Marignan  
F - 75008 Paris  
Tel.: 0033 / 1 56691500  
Fax: 0033 / 1 56691501  
E-mail: kas-paris@wanadoo.fr

## GROBBRITANNIEN

Thomas Bernd Stehling  
London Office  
59c Warwick Square  
GB - London SW1V 2AL  
Tel.: 0044-20 / 78344119  
Fax: 0044-20 / 78344124  
E-mail: thomas.stehling@kas.de

## ITALIEN

Centro Internazionale d'incontri  
Cadenabbia  
Villa La Collina  
Via Roma 11  
I - 22011 Cadenabbia (Co)  
Tel.: 0039 / 34444111  
Fax: 0039 / 34441058  
E-mail: villalacollina@tiscalinet.it

## KROATIEN

Dr. Christian Schmitz  
I. G. Kovacica 25 I  
HR - 10000 Zagreb  
Tel.: 00385 / 14882650  
Fax: 00385 / 14882656  
Mobil: 00385 / 98 453968  
E-mail: elma.kas@inet.hr

## MAZEDONIEN

Ulrich Kleppmann  
Ul. „Maksim Gorki“ 16, Kat 3  
MK - 1000 Skopje  
Tel.: 00389 / 23231122  
Fax: 00389 / 23135290  
Mobil: 00389 / 70279594  
E-mail: kas@unet.com.mk

## POLEN

Stephan Raabe  
ul. J. Dabrowskiego 56  
PL - 02-561 Warschau  
Tel.: 0048-22 / 8453894  
Fax: 0048-22 / 8485437  
E-mail: kas-w-wa@kas.pl

## RUMÄNIEN

Dr. Günter Dill  
Str. Sf. Elefterie nr. 27  
050524 Bukarest  
Tel. u. Fax: 0040 / 214108235  
Mobil: 0040 / 724206706  
E-mail: office@kas.ro

## RUSSISCHE FÖDERATION

Dr. Thomas Kunze  
Ul. Twerskaja 16/2  
Gebäude 3, Büro 3  
125009 Moskau  
Tel.: 0070959 / 357778  
Fax: 0070959 / 357779  
Mobil: 007095 / 7244572  
E-mail: thomas\_kunze@adenauer.ru

## Gabriele Baumann

Newskij Prospekt 1  
191186 St. Petersburg  
Tel.: 007-812 / 3157236  
Fax: 007-812 / 3157811  
E-mail: kasspb@online.ru

## SLOWAKISCHE REPUBLIK

Dr. Stefan Gehrold (zuständig)  
Agáta Peňoková, Zelená 8  
SK - 81101 Bratislava  
Tel.: 004212 / 54419438  
Fax: 004212 / 54419441  
E-mail: kasslovak@nextra.sk

## SPANIEN

Michael Däumer  
Paseo de la Castellana 167  
E - 28046 Madrid  
Tel.: 003491 / 5796186  
Fax: 003491 / 5718612  
E-mail: kasmad@gmx.net

## TSCHECHISCHE REPUBLIK

Dr. Stefan Gehrold  
Klimentská 46  
CZ - 11002 Prag 1  
Tel.: 00420-2-22320190  
Fax: 00420-2-22320198  
E-mail: kasprag@kasprag.cz

## TÜRKEI

Frank Spengler  
Ahmet Rasim Sokak 27  
06550 Cankaya  
Ankara  
Tel.: 0090312 / 4417350  
Fax: 0090312 / 4403248  
E-mail: kas@konrad.org.tr

## UKRAINE

Ralf Wachsmuth  
wul. Schowkowschtschna, 10, Whg. 4.  
UA - 01021 Kiew  
Tel.: 0038-044 / 4927443  
Fax: 0038-044 / 4927443  
E-mail: konrad@adenauer.kiev.ua

## UNGARN

Klaus Weigelt  
Batthyány u. 49  
H - 1015 Budapest  
Tel.: 00361 / 4875010  
Fax: 00361 / 4875011  
E-mail: klaus.weigelt@adenauer.hu

## USA

Dr. Norbert Wagner  
Washington Research Office  
2005 Massachusetts Avenue, N.W.  
Washington, D.C. 20036  
Tel.: 001-202 / 4645840  
Fax: 001-202 / 4645848  
E-mail: office@kasusa.org

# Die Stiftung in Deutschland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Begabtenförderung und Kultur,  
EDV, Finanzen, Personal und Allgemeine  
Verwaltung, Wissenschaftliche Dienste,  
Zentralabteilung Kommunikation und  
Medien  
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Tel.: 0 22 41 / 2 46-0  
Fax: 0 22 41 / 2 46-591  
zentrale@kas.de  
www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Akademie, Internationale Zusammenarbeit,  
Politik und Beratung, Pressestelle  
Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin  
Tel.: 0 30 / 2 69 96-0  
Fax: 0 30 / 2 69 96-2 61  
zentrale-berlin@kas.de

## Bildungszentren und Bildungswerke

### Politische Bildung und Kommunalpolitik

Leitung: Dr. Stephan Eisel  
Schloß Eichholz  
Urfelder Straße 221  
50389 Wesseling  
Tel.: 0 22 36 / 7 07-0  
Fax: 0 22 36 / 7 07-3 55  
www.kas-eichholz.de

### Bildungszentrum Wendgräben

Leitung: Norbert Beckmann-Dierkes  
Wendgräbener Chaussee 1  
39279 Wendgräben  
Tel.: 03 92 45 / 952 351  
Fax: 03 92 45 / 952 366  
www.kas-wendgraeben.de

### Politische Bildung Berlin

Leitung: Renate Abt  
Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin  
Tel.: 0 30 / 2 69 96-0  
Fax: 0 30 / 2 69 96-243  
www.kas-berlin.de

### Bildungswerk Bremen

Leitung: Reinhard Wessel  
Martinistraße 25, 28195 Bremen  
Tel.: 04 21 / 1 63 00 90  
Fax: 04 21 / 1 63 00 99  
www.kas-bremen.de

### Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt  
Märkische Straße 111, 44141 Dortmund  
Tel.: 02 31 / 10 87 77 70  
Fax: 02 31 / 10 87 77 77  
www.kas-dortmund.de

### Bildungswerk Dresden

Leitung: Rita Schorpp  
Königstraße 23  
01097 Dresden  
Tel.: 03 51 / 56 34 46 0  
Fax: 03 51 / 56 34 46 10  
www.kas-dresden.de

### Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Dr. Martin Michalzik  
Benrather Straße 11  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 02 11 / 83 68 05 60  
Fax: 02 11 / 83 68 05 69  
www.kas-duesseldorf.de

### Bildungswerk Erfurt

Leitung: Andreas Kleine-Kraneburg  
Thomas-Müntzer-Straße 21 a  
99084 Erfurt  
Tel.: 03 61 / 65 49 10  
Fax: 03 61 / 65 49 11 1  
www.kas-erfurt.de

### Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf  
Schusterstraße 34-36  
79098 Freiburg  
Tel.: 07 61 / 3 34 43  
Fax: 07 61 / 3 75 46  
www.kas-freiburg.de

### Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Manfred Dahlke  
Warburgstraße 12  
20354 Hamburg  
Tel.: 0 40 / 21 98 50 80  
Fax: 0 40 / 21 98 50 89  
www.kas-hamburg.de

### Bildungswerk Hannover

Leitung: Christian Schleicher  
Leinstraße 8  
30159 Hannover  
Tel.: 05 11 / 40 08 09 80  
Fax: 05 11 / 40 08 09 89  
www.kas-hannover.de

### Bildungswerk Karlsruhe

Kaiserstraße 209  
76133 Karlsruhe  
Tel.: 07 21 / 9 20 63-0  
Fax: 07 21 / 9 20 63-20  
www.kas-karlsruhe.de

### Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz van Lier  
Weißlilienengasse 5  
55116 Mainz  
Tel.: 0 61 31 / 2 01 69 30  
Fax: 0 61 31 / 2 01 69 39  
www.kas-mainz.de

### Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Georg Schmid  
Eichenstraße 99  
26131 Oldenburg  
Tel.: 04 41 / 59 34 66  
Fax: 04 41 / 59 34 58  
www.kas-oldenburg.de

### Büro Osnabrück

Johannisstraße 55  
49074 Osnabrück  
Tel.: 05 41 / 35 73 59 0  
Fax: 05 41 / 35 73 59 9

### Bildungswerk Potsdam

Leitung: Christoph Korneli  
Rudolf-Breitscheid-Str. 64  
14482 Potsdam  
Tel.: 03 31 / 74 88 76 10  
Fax: 03 31 / 74 88 76 15  
www.kas-potsdam.de

### Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner  
Neumarkt 11  
66117 Saarbrücken  
Tel.: 06 81 / 92 79 88 0  
Fax: 06 81 / 92 79 88 9  
www.kas-saarbruecken.de

### Bildungswerk Schwerin

Leitung: Wolfgang Ahner-Tönnis  
Arsenalstraße 10  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 / 55 57 05 0  
Fax: 03 81 / 55 57 05 9  
www.kas-schwerin.de

### Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Schröder  
Lange Straße 18 a  
70174 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 87 03 09 3  
Fax: 07 11 / 87 03 09 55  
www.kas-stuttgart.de

### Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen  
Bahnhofstraße 38  
65185 Wiesbaden  
Tel.: 06 11 / 15 75 98 0  
Fax: 06 11 / 15 75 98 19  
www.kas-wiesbaden.de

## Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text der „gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden.

Telefon: 030 / 269 96-216/-256

Telefax: 030 / 269 96-261

Internet: [www.kas.de](http://www.kas.de)

# Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003

## Bilanz

	31.12.2003	Zum Vergleich 31.12.2002
	€	T €
<b>AKTIVA</b>		
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	141.522,00	255
II. Sachanlagen	46.389.486,80	50.076
III. Finanzanlagen	25.677,55	26
	46.556.686,35	50.357
<b>B. SONDERVERMÖGEN</b>		
Fonds	4.362.301,12	4.397
<b>C. UMLAUFVERMÖGEN</b>		
I. Vorräte	66.226,85	69
II. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	730.283,01	749
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.438.688,01	2.496
	2.235.197,87	3.314
<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		
	5.736.069,71	3.189
	58.890.255,05	61.257
<b>PASSIVA</b>		
A. EIGENE MITTEL	4.831.638,99	4.241
B. RÜCKLAGEN	403.390,50	321
C. ZWECKGEBUNDENE FONDS	1.269.854,64	1.350
D. ZUSCHÜSSE ZUR ANLAGENFINANZIERUNG	44.799.319,90	48.580
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN	2.763.732,30	1.904
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	4.822.318,72	4.861
	58.890.255,05	61.257

Dieser Jahresabschluss wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG geprüft und bestätigt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht ihre Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer eines jeden Jahres auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im Bundesanzeiger. Die letzte Veröffentlichung erfolgte in der Ausgabe Nr. 10, Seite 1162/1163 am 15. Januar 2005.

# Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003

## Gewinn- und Verlustrechnung

### für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003

	2003 €	Zum Vergleich 2002 T €
<b>I. Zuwendungen und Zuschüsse</b>		
1. Zuwendungen des Bundes	97.060.733,82	104.945
2. Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.755.402,01	2.834
3. Sonstige Zuwendungsgeber	1.614.059,22	1.298
	101.430.195,05	109.077
<b>II. Erträge aus Fonds</b>	290.555,61	763
<b>III. Spenden</b>	266.423,71	231
<b>IV. Teilnehmergebühren</b>	1.586.947,49	1.555
<b>V. Andere Einnahmen</b>	2.043.990,38	1.304
<b>VI. Projektausgaben</b>		
1. Internationale Zusammenarbeit	53.569.799,02	58.940
2. Förderung von Studenten und Graduierten	9.433.488,49	9.189
3. Kongresse, Tagungen und Seminare	4.801.216,15	5.318
4. Ausstellungen und Publikationen	978.263,87	997
5. Forschungsausgaben	91.562,14	253
6. Sonstige Projektausgaben	167.380,69	134
	69.041.710,36	74.831
<b>VII. Ausgaben Fonds</b>	290.555,61	763
<b>VIII. Personalausgaben</b>	25.688.131,35	25.238
<b>IX. Sächliche Verwaltungsausgaben</b>	8.057.343,33	8.090
<b>X. Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen</b>	545.684,71	2.617
<b>XI. Zuwendungen an andere Stiftungen</b>	1.325.771,00	1.291
<b>XII. Übrige Ausgaben</b>	527.568,96	61
<b>XIII. Abschreibungen auf Sachanlagen</b>	40.758,24	42
<b>XIV. Einnahmenüberschuss</b>	100.588,68	-3
<b>XV. Entnahmen aus Rücklagen</b>	173.454,66	108
<b>XVI. Einstellung in Rücklagen</b>	256.063,93	78
<b>XVII. Bilanzergebnis</b>	17.979,41	27

# Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003

## Bescheinigung

Zu dem Jahresabschluss haben wir folgende Bescheinigung erteilt:

### „An den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den einschlägigen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleitete Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften erfolgen insbesondere bei der unmittelbaren Verausgabung angeschaffter beweglicher Vermögensgegenstände im Ausland, durch die Gesamtbewertung von Wertpapiervermögen, durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt."

Köln, 16. Juli 2004  
Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gockel  
Wirtschaftsprüfer

Brüggemann  
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2003:

### Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	Stand 31.12.2003	Stand 31.12.2002
Mitarbeiter der Zentrale in Sankt Augustin	263	321
Übrige Mitarbeiter in Deutschland	209	172
Auslandsmitarbeiter	80	77
insgesamt	552	570

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landespartei vorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

### Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 22 Mitgliedern\*) sind:

- 9 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 2 Mitglieder eines Landtages
- 4 Mitglieder des Bundespartei vorstandes
- 3 Mitglieder eines Landespartei vorstandes
- 1 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 9 ohne o.a. Führungsfunktionen

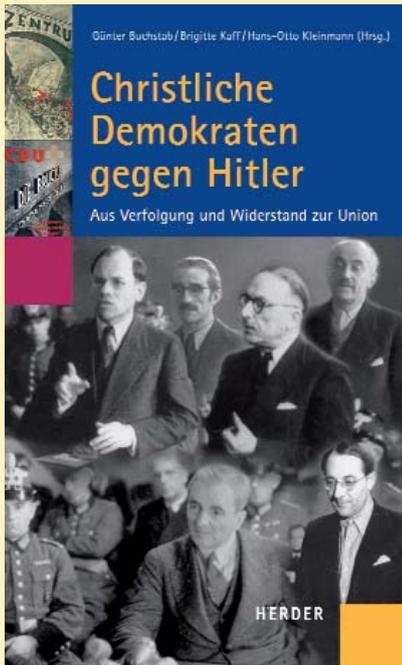
\*) einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

# Gesamtübersicht der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

<b>I. Einnahmen</b>	2005 (Plan) T €	2004 (Soll) T €
<b>1. Zuwendungen und Zuschüsse</b>		
Zuwendungen des Bundes	92.794,7	95.908,2 *)
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.212,6	2.265,2
Sonstige Zuwendungsgeber	1.635,0	1.644,8
<b>2. Fonds / Spenden</b>	653,9	533,2
<b>3. Teilnehmergebühren</b>	1.613,0	1.415,0
<b>4. Sonstige Einnahmen</b>	1.673,8	1.227,4
<b>Gesamt</b>	100.583,0	102.993,8

<b>II. Ausgaben</b>	2005 (Plan) T €	2004 (Soll) T €
<b>1. Projektausgaben</b>		
Förderung von Studenten und Graduierten	9.575,0	9.401,6
Tagungen und Seminare	4.775,4	4.620,8
Internationale Zusammenarbeit	49.904,5	51.106,7
Veröffentlichungen / Ausstellungen	869,0	1.049,3
Forschungsprojekte	159,7	138,3
Förderung von Kunst und Kultur	282,0	214,0
Sonstige Projektausgaben	196,9	211,6
<b>2. Personalkosten (Inland)</b>	25.184,0	25.492,2
<b>3. Sächliche Verwaltungsausgaben</b>		
Geschäftsbedarf	2.840,9	2.982,8
Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	3.171,1	3.511,4
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (einschl. Reisekosten, Zinsen und ähnliche Ausgaben)	1.564,9	1.669,5
<b>4. Übrige Ausgaben</b>	1.484,1	1.943,6
<b>5. Ausgaben für Investitionen</b>	575,5	652,0
<b>Gesamt</b>	100.583,0	102.993,8

\*) einschließlich Sondermittel Aktionsplan 2015/Armutsbekämpfung



Fast vergessen ist, daß Gründung und Aufstieg von CDU und CSU zu einer dominierenden politischen Kraft maßgeblich auf den Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Diktatur beruhen. Was 1945 als überkonfessionelle Volkspartei entstand, hatte eine starke Kontinuität im Personal wie im Programmatischen. Den Kern bildeten jene Männer und Frauen, die meist schon vor 1933 politisch aktiv waren und deren Immunität gegenüber dem Nationalsozialismus stark ausgeprägt war. Viele von ihnen engagierten sich im Kampf gegen Hitler. Ihr Schicksal und ihr Anteil an der geistigen und politischen Neuorientierung und Neugestaltung werden in diesem Band dokumentiert.

# Neuerscheinungen

## Zukunftsforum Politik

Klaus Brake, Sven Iversen (Hrsg.)  
Ideen für Berlin. Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge  
(Heft 57)  
ISBN 3-937731-07-5

Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.)  
Jedes Kind zählt: Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung  
(Heft 58)  
ISBN 3-937731-09-1

Christine Lieberknecht, Thomas Rachel, Stephan Reimers u.a.  
Christ sein in der Politik:  
Hermann Ehlers heute –  
anlässlich seines 100. Geburtstages  
(Heft 59)  
ISBN 3-937731-13-X

Jörg-Dieter Gauger, Jürgen Poeschel  
Zur Krise und Reform der Universität  
(Heft 60)  
ISBN 3-937731-14-8

Michael Borchard, Udo Margedant (Hrsg.)  
Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission  
(Heft 61)  
ISBN 3-937731-25-3

Günter Buchstab, Jörg-Dieter Gauger  
Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus  
(Heft 62)  
ISBN 3-937731-31-8

Peter Jurczek, Bernhard Köppen  
Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern  
(Heft 63)  
ISBN 3-937731-40-7

Udo Margedant (Hrsg.)  
Föderalismus in Europa III  
(Heft 64)  
ISBN 3-937731-38-5

## Kommunalpolitisches Forum – Materialien für die Arbeit vor Ort

Heinrich Hoffschulte, Dieter Patt, Wolfgang Schuster, Henning Walcha  
Europäische Integration. Kommunales Leitthema der Zukunft.  
Bürgermeister am Katzentisch?  
(Heft 28)  
ISBN 3-937731-02-4

Ulrike Blumenreich, Bernd Wagner  
Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Kulturbereich  
(Heft 29)  
ISBN 3-937731-27-X

Kommunales Wahllexikon.  
(Heft 24, aktualisierte Fassung)  
ISBN 3-933714-25-7

## Zeitschriften

Historisch-Politische Mitteilungen.  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann.  
11. Jahrgang, Böhlau Verlag, Köln 2004,  
ISSN 0943-691X  
erscheint jährlich

KAS-Auslandsinformationen.  
Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Gerhard Wahlers.  
ISSN 0177-7521  
erscheint monatlich

Die Politische Meinung.  
Für die Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Bernhard Vogel.  
ISSN 0032-3446  
erscheint monatlich

## Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Matthias Stickler  
Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände, 1949-1972  
FQ Band 46  
Droste, Düsseldorf 2004, 480 Seiten  
ISBN 3-7700-1896-6

## Veranstaltungsdokumentationen

Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin 2004

Michael Braun, Birgit Lermen (Hrsg.)  
Begegnungen mit dem Nachbarn (III.):  
Französische Gegenwartsliteratur  
ISBN 3-937731-33-4

Günter Buchstab (Hrsg.)  
Zur Gedenkstättenproblematik.  
Dokumentation der Veranstaltung vom  
30. Januar 2004

Thomas von Danwitz,  
Jean Rossetto (Hrsg.)  
Eine Verfassung für die Europäische  
Union  
ISBN 3-937731-42-3

Thomas Eich, Helmut Reifeld (Hrsg.)  
Bioethik im christlich-islamischen Dialog  
ISBN 3-937731-35-0  
*Die Broschüre ist auch in arabischer  
Sprache erschienen:*  
ISBN 3-937731-39-3

Hartmut Grewe (Hrsg.)  
Energie und Umwelt.  
Weichenstellung für eine nachhaltige  
Stromversorgung  
ISBN 3-397731-28-8

Birgit Lermen, Günter Rüter (Hrsg.)  
In Gottes Namen?  
Zur kulturellen und politischen Debatte  
um Religion und Gewalt  
ISBN 3-937731-20-2

Bernhard Vogel (Hrsg.)  
Preis Soziale Marktwirtschaft 2003.  
Berthold Leibinger: Leitfigur des  
industriellen Mittelstandes  
ISBN 3-937731-12-1

Bernhard Vogel (Hrsg.)  
Europa – Vereint oder entzweit?  
Die Rolle der Katholischen Kirche im  
Prozess der europäischen Integration  
ISBN 3-937731-21-0

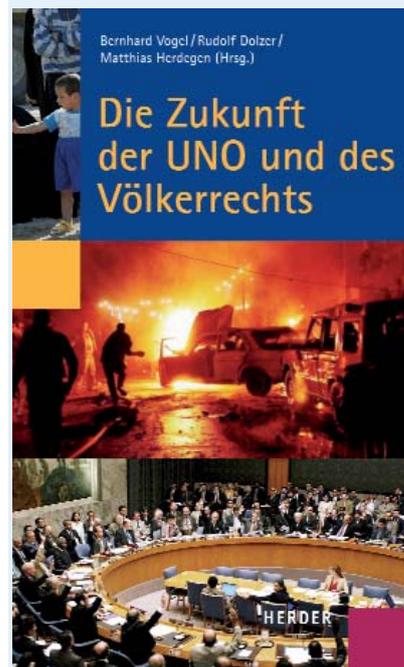
## Taschenbücher im Herder-Verlag

Günter Buchstab, Brigitte Kaff, Hans-Otto  
Kleinmann (Hrsg.)  
Christliche Demokraten gegen Hitler.  
Aus Verfolgung und Widerstand zur Union  
Freiburg 2004  
ISBN 3-451-20805-9

Günter Buchstab, Rudolf Uertz (Hrsg.)  
Christliche Demokratie im zusammen-  
wachsenden Europa.  
Entwicklungen – Programmatik –  
Perspektiven  
Freiburg 2004  
ISBN 3-451-20577-7

Rudolf Dolzer, Matthias Herdegen,  
Bernhard Vogel (Hrsg.)  
Die Zukunft der UNO und des  
Völkerrechts.  
Freiburg 2004  
ISBN 3-451-20899-7

Volker Schumpelick,  
Bernhard Vogel (Hrsg.)  
Grenzen der Gesundheit.  
Freiburg 2004  
ISBN 3-451-20586-6



Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes schien eine friedliche und positive Entwicklung auf der Welt möglich. Spätestens der Irak-Krieg jedoch hat gezeigt, welche fatalen Implikationen das Fehlen einer funktionierenden Weltordnung hat. Wie müssen das Völkerrecht und seine Instrumente – besonders der UN-Sicherheitsrat – weiterentwickelt werden, um sie den modernen Herausforderungen anzupassen? Wo endet präventive Politik und wo beginnt der präventive Militärschlag? Wer setzt notfalls den Freiheitsanspruch der Menschen gegen Diktatoren durch? Diesen Fragen zum Völkerrecht als Garant internationaler Stabilität widmen sich die Autoren dieses Bandes – darunter renommierte Wissenschaftler und Politiker.



Was verstehen wir unter Gesundheit, was unter Krankheit? Wird Gesundheit ein Privileg der Reichen? Welche Reformen sind notwendig, damit sie finanzierbar bleibt? Den Grenzen von Gesundheit und ärztlichem Handeln spüren die Autoren dieses Bandes nach. Anhand von medizinischen Fallbeispielen erörtern sie darüber hinaus ethische Fragen, mit denen sich Ärzte konfrontiert sehen. Interdisziplinär wird diskutiert, welche Reformen das Gesundheitswesen fit für die Zukunft machen. Zu Wort kommen Mediziner, Theologen, Philosophen, Juristen, Politiker, Journalisten sowie Vertreter von Krankenkassen und Pharmaindustrie. Die Beiträge basieren auf einem Symposium in der Villa La Collina am Comer See, das im Rahmen der Cadenabbia-Gesprächsreihe „Medizin – Ethik – Recht“ stattfand.

## Einzeltitel

Andreas von Below,  
Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.)  
Der Demokratie verpflichtet.  
Bausteine für eine zukunftsweisende  
Konzeption der politischen Jugend- und  
Erwachsenenbildung  
Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin 2004  
ISBN 3-933714-99-0

Oscar W. Gabriel, Beate Neuss,  
Günter Rüter (Hrsg.)  
Konjunktur der Köpfe?  
Eliten in der modernen  
Wissensgesellschaft  
Droste Verlag, Düsseldorf 2004  
ISBN 3-7700-1189-9

Wilhelm Hofmeister,  
H.C.F. Mansilla (Hrsg.)  
Die Entzauberung des kritischen Geistes:  
Intellektuelle und Politik in Lateinamerika  
transcript, Bielefeld 2004  
ISBN 3-89942-220-1

Norbert Lammert (Hrsg.)  
Alles nur Theater?  
Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und  
Bürgergesellschaft  
Köln, Dumont, 2004  
ISBN 3-8321-7871-6

Lars Schmidt, Rudolf Uertz (Hrsg.)  
Beginn einer neuen Ära?  
Die Sozialdoktrin der russisch-orthodoxen  
Kirche vom August 2000 im interkulturellen  
Dialog  
Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin 2004  
ISBN 3-937731-01-6

Berndt Seite  
Weißer Rauch.  
Eine Erzählung aus den Tagen des  
Mauerfalls 1989  
Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Sankt Augustin 2004  
ISBN 3-937731-30-X

Literaturpreis 2004: Herta Müller  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Sankt Augustin 2004

Lokaljournalistenpreis der  
Konrad-Adenauer-Stiftung 2003  
Sankt Augustin 2004

## Onlinepublikationen

Im Gespräch  
Kulturpolitische Umschau  
Zwei Ausgaben 2004  
[www.kas.de/publikationen/im\\_gespraech.html](http://www.kas.de/publikationen/im_gespraech.html)

Länderberichte  
Politische Kurzberichte aus den  
KAS-Auslandsbüros  
[www.kas.de/publikationen/laenderberichte.html](http://www.kas.de/publikationen/laenderberichte.html)

Newsletter  
[www.kas.de/publikationen/newsletter.html](http://www.kas.de/publikationen/newsletter.html)

Wahlen.kas.de  
Wahlberichte und Analysen aus dem  
In- und Ausland  
[http://www.kas.de/themen\\_projekte/wahlen/1780\\_webseite.html](http://www.kas.de/themen_projekte/wahlen/1780_webseite.html)

Weitere Online-Dokumentationen zu vielfältigen Themen stehen im Internet zum Herunterladen bereit. Eine Auswahl:  
Großstadt in der Literatur –  
Bio- und Gentechnologie: Chancen für Deutschland –  
Perspektiven für eine Medienordnung der Zukunft –  
Der Anfang vom Ende: Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 –  
Der amerikanische Wahlkampf 2004.  
American Campaigning Revisited  
Deutschland und Lateinamerika.  
Neue Impulse für eine bewährte Partnerschaft –  
Irak, Türkei und der Mittlere Osten.  
Außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland –  
Die Verleihung des Preises Soziale Marktwirtschaft 2004 an Helmut O. Maucher

Alle Downloads auf einen Blick:  
[http://www.kas.de/upload/dokumente/liste\\_Online-Publikationen.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/liste_Online-Publikationen.pdf)

# Spenden Sie übers Internet!

Sie können ab sofort Ihre Spende unter [www.kas.de](http://www.kas.de) durch **Bankeinzug**, über **Kreditkarte** oder durch **Überweisung** auf unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt, Köln Nr. 304042, BLZ 300 308 80 der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute kommen lassen.

Sie erhalten dann kurz nach Spendengutschrift von uns eine Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanzamt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen Förderung der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EstDV Anlage 1 Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr.7, Nr. 10 und Nr. 12 durch Bescheid des Finanzamtes Sankt Augustin vom 2.12.2004 für das Jahr 2003 unter St.-Nr. 222/5740/0892 als gemeinnützig anerkannt worden und von der Körperschaftsteuer befreit.

[www.kas.de](http://www.kas.de) 

Wir kümmern uns um die Zukunft, ohne unsere Geschichte zu vergessen. Wir wollen gestalten helfen. Sie können uns dabei unterstützen.

BERNHARD VOGEL, MINISTERPRÄSIDENT A. D.  
VORSITZENDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert und fordert Höchstleistungen, Individualität und Kreativität. Wer Verantwortung übernehmen will, wird darauf bestens vorbereitet.

BJÖRN BRÜCKERHOFF, STIPENDIAT,  
GRIMME-PREISTRÄGER

# Freundeskreis



# Freundeskreis

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Fax-Nummer: 02241/246-539

Ja, ich möchte zum Freundeskreis gehören und werde die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßig unterstützen.

Der Mindestbeitrag pro Jahr beträgt: Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro. Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag    500,00  250,00  180,00  120,00  60,00

Firma

Ich zahle meinen Jahresbeitrag  jährlich  halbjährlich

Titel Name/Ansprechpartner Vorname

Telefon Telefax

Straße Hausnummer

E-Mail Geburtsdatum

PLZ Ort

Ort, Datum Unterschrift

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen Förderbeitrag ab dem  zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Die Zahlung erfolgt:  über mein Bankkonto

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

über meine Kreditkarte  American Express  Eurocard/Mastercard  Visa

(nur für Förderer im Ausland)

Karten-Nr.

Karteninhaber

Karte gültig bis

Ort, Datum Unterschrift

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53754 Sankt Augustin, petra.kulcsar@kas.de